

175
JAHRE

WIRTSCHAFTSKAMMER WIEN

INHALT

- 06 Editorial** – DI Walter Ruck – Präsident der Wirtschaftskammer Wien
- 08 Geleitworte**
Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher – Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft
Dr. Michael Ludwig – Bürgermeister und Landeshauptmann von Wien
Dr. Harald Mahrer – Präsident der Wirtschaftskammer Österreich
- 14 Kapitel 1** – Ein Meilenstein für Österreichs Unternehmen
Mit starker Stimme für die Interessen der Wirtschaft
- 26 Kapitel 2** – Von der Dampfmaschine zur Künstlichen Intelligenz
Die Entwicklung der Wirtschaft im zeitlichen Bogen
- 34 Kapitel 3** – Vom Acker zum Müllberg und wieder zurück
Die Bedeutung der Kreislaufwirtschaft einst und jetzt
- 40 Kapitel 4** – Zufluchtsort und Keimstätte des Wissens
Ein Blick auf Lehre und Wirken der Österreichischen Schule der Nationalökonomie
- 48 Kapitel 5** – Vom Anfang und vom (Schein-)Ende der Sozialpartnerschaft
Der österreichische Weg zu Gestaltung und Erhalt der sozialen und wirtschaftlichen Stabilität
- 56 Stimmen aus der Sozialpartnerschaft**
Renate Anderl – Präsidentin Arbeiterkammer Wien und Bundesarbeitskammer
Wolfgang Katzian – Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes
Mag. Christian C. Pochtler – Präsident der Industriellenvereinigung Wien
Norbert Walter MAS CSE – Präsident der Landwirtschaftskammer Wien
- 62 Kapitel 6** – Über den Tellerrand gedacht
Die Denkfabrik „Wiener Wirtschaftskreis“
- 70 Kapitel 7** – Immer am Puls der Zeit
Die Rolle der WK Wien in der Berufs-, Aus- und Weiterbildung
- 78 Kapitel 8** – „Green Economy“ – die große Chance für den Wirtschaftsstandort Wien
Interview mit Präsident DI Walter Ruck und dem Leiter des Wirtschaftsforschungsinstituts, Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD
- 94 Kapitel 9** – Die Präsidenten der Wirtschaftskammer Wien seit der Konstituierung 1849
- 114 Kapitel 10** – Schlüsselereignisse aus der Geschichte der Wirtschaftskammer Wien
- 120** Quellenverzeichnis, Bildverzeichnis und Danksagungen



An der Seite der Unternehmen

Franz Josef I war gerade einmal sechs Wochen im Amt, als sich die „Handelskammer für das Erzherzogtum Österreich unter der Enns“ am 15. Jänner 1849 in Wien erstmals konstituierte. Die „Wiener Handelskammer“, wie sie im täglichen Sprachgebrauch genannt wurde, war errichtet. Diesem Schritt zuvor ging nicht nur das Revolutionsjahr 1848, das für neue Rahmenbedingungen in Politik und Gesellschaft sorgte. Die Entstehung der Wiener Handelskammer war vor allem dem Wunsch der Unternehmer geschuldet, die eine Vertretung ihrer Interessen gegenüber den politischen Entscheidungsträgern und den relevanten Organen der Verwaltung forderten. Fortan durften die in der gesamten Monarchie entstandenen Handelskammern Gesetze und Verordnungen vor ihrer Beschlussfassung begutachten und auch Umlagen einheben. Sie konnten ihre Leistungen auf Basis einer verpflichtenden Mitgliedschaft ausüben.

Die Wiener Handelskammer war bereits damals eine starke „Stimme der Wirtschaft“. Der erste Präsident Theodor Hornbostel, Teilhaber einer Seidenweberei und kurzzeitig auch österreichischer Handelsminister, legte mit seinem Wirken den Grundstein für die moderne Institution, als die sich die Wirtschaftskammer Wien heute versteht. In den Bereichen Interessenvertretung, Service und Bildung ist die Wirtschaftskammer Wien ein unverzichtbarer Bestandteil der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung geworden. Gleichzeitig ist das gute Zusammenwirken zwischen Stadt Wien und Wirtschaftskammer Wien ein wesentlicher Faktor, um den Wirtschaftsstandort fit für die Zukunft zu machen.

Interessanterweise gibt es viele Schnittmengen in den Herausforderungen aus der „Gründerzeit“ der Wirtschaftskammer Wien und heute. Die Welt ist im Umbruch, bisher bewährte Systeme – sowohl in der Gesellschaft, als auch in der Wirtschaft – stehen auf dem Prüfstand. Die steuerliche Belastung der Unternehmen und der Staatsbürgerinnen und Staatsbürger ist hoch. Und wie in den Anfangsjahren der damaligen Handelskammer Wien, schreitet die technologische Entwicklung mit Riesenschritten voran. Waren es damals Dampfmaschinen, bieten heute Digitalisierung und Künstliche Intelligenz enorme Chancen, erfordern aber auch neue Zugänge in Arbeitsprozessen und -organisation.

Die Wiener Unternehmen nehmen diese Herausforderungen an. Die Fähigkeit zur Adaption an neue Verhältnisse, das Lernen im Umgang mit technologischen Veränderungen sowie die Kraft zur Bewältigung schwieriger Situationen im unternehmerischen Alltag – denken wir nur an den Fachkräftemangel – werden die Wiener Unternehmen auch in den nächsten 175 Jahren auszeichnen. Dabei können sie auf die Wirtschaftskammer Wien als starken Partner an ihrer Seite zählen.

DI Walter Ruck
Präsident der Wirtschaftskammer Wien



Wachstum und Wohlstand

Die Wiener Wirtschaftskammer steht seit 175 Jahren an der Seite der Wiener Unternehmerinnen und Unternehmer. Ihr Engagement spiegelt die kontinuierliche Entwicklung und Stärke des Standorts Wien wider, von den glanzvollen Tagen der Gründerzeit bis zur modernen Ära der Innovation und Globalisierung.

Blicken wir zurück in die Mitte des 19. Jahrhunderts, so war Wien bereits zu jener Zeit ein bedeutendes Zentrum wirtschaftlicher Aktivitäten in Europa. Die rege Handelstätigkeit entlang der Donau und die kulturelle Vielfalt der Stadt boten ein fruchtbares Umfeld für Unternehmerinnen und Unternehmer sowie Investorinnen und Investoren aus aller Welt. Die Gründung der Wiener Wirtschaftskammer im Jahr 1849 erfolgte in einer Zeit des Aufbruchs und der Veränderung, als die Industrialisierung neue Möglichkeiten und Herausforderungen mit sich brachte.

Im Laufe der Jahre hat sich Wien kontinuierlich weiterentwickelt und sich den veränderten globalen Rahmenbedingungen angepasst. Von der Aufbruchsstimmung Ende des 19. Jahrhunderts über die katastrophalen Weltkriege bis hin zum Wiederaufbau und der Integration in die europäische Wirtschaftsgemeinschaft – die Wirtschaftskammer Wien war während aller Umbrüche eine starke Interessensvertreterin und Servicepartnerin der Unternehmerinnen und Unternehmer.

Heute, im 21. Jahrhundert, präsentiert sich Wien als moderner und dynamischer Standort mit einer starken internationalen Ausrichtung. Die Stadt hat sich zu einem führenden Zentrum für Innovation, Technologie und Kreativität entwickelt und zieht Unternehmen aus aller Welt an. Die Wirtschaftskammer Wien steht auch heute an der Seite der Unternehmen und gestaltet die Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Wachstum und Wohlstand aktiv mit.

Ich möchte der Wirtschaftskammer Wien daher sehr herzlich zu ihrem 175-jährigen Jubiläum gratulieren und für ihr unermüdliches Engagement und ihre wertvolle Arbeit danken. Möge die Wirtschaftskammer Wien auch in den kommenden Jahren weiterhin erfolgreich dazu beitragen, den Standort Wien zu stärken und zu fördern.

Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher
Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft



Eine Wiener Erfolgsgeschichte

Die Geschichte des „Wirtschaftsstandortes“ Wien reicht bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts zurück. Schon mit den 1830er-Jahren krepelte die Industrielle Revolution alte Traditionen um. Sie brachte Mechanisierung, Massenproduktion und eine starke soziale Umschichtung mit sich. In diese Zeit fällt auch die Gründung der Wirtschaftskammer Wien (WKW), die heuer 175-jähriges Jubiläum feiert.

Im weiteren Verlauf entwickelte sich die Reichshauptstadt zur multifunktionalen Industriestadt. Die Wiener Weltausstellung 1873 präsentierte stolz, was man in puncto Industrie und Gewerbe, Technik und Kultur so alles zu bieten hatte. Zur größten Herausforderung entwickelte sich das rasante Bevölkerungswachstum. Damit gingen soziales Elend und die eklatante Wohnungsnot einher. Das Neue Wien der 1. Republik suchte diese Missstände – bis zum Ende der Demokratie – durch ein ambitioniertes „kommunalpolitisches Experiment“ zu überwinden.

Die großen „Player“ der 2. Republik hatten aus den Fehlern der Zwischenkriegszeit gelernt. Statt auf Polarisierung setzten sie auf Sozialpartnerschaft. Nur so gelang der Wiederaufbau und Modernisierung. Der EU-Beitritt Österreichs 1995 wertete Wien sowohl als internationale Stadt des Dialogs als auch als Wirtschaftsstandort weiter auf. Heute leben wir in einer der ökonomisch erfolgreichsten Städte der EU.

Das Erfolgsrezept? Der sozialpartnerschaftliche Geist! Und dahingehend kann man die gute Zusammenarbeit zwischen Stadt Wien und WKW nicht hoch genug einschätzen. Als Beispiel möchte ich unsere „Zukunftsvereinbarung für Wien 2022 – 2025“ nennen, die von Präsident Walter Ruck und mir beschlossen wurde. So konnten wir – miteinander – die Pandemie bewältigen. So meistern wir aktuelle Herausforderungen wie den Mobilitätswandel, die nachhaltige Energieversorgung, Lehre und Fachkräfteausbildung, die Forcierung des Wissensstandortes sowie die humane Digitalisierung.

Zum 175. Geburtstag gratuliere ich ganz herzlich und freue mich auf weitere erfolgreiche Jahre gemeinsamer Arbeit an unserer lebenswerten Stadt!

Dr. Michael Ludwig
Bürgermeister und Landeshauptmann von Wien



Auch in der Zukunft unverzichtbar

Das 175-jährige Bestehen einer Organisation ist ein bedeutender Meilenstein. Das Jubiläum der Gründung der Handelskammer Wien im Jahr 1849 als erste derartige Organisation in Österreich feiert aber nicht nur Tradition und Beständigkeit, es weist auch in die Zukunft.

Ob Digitalisierung oder Nachhaltigkeit, sich ändernde Märkte, neue Arbeitsweisen, geänderte Konsumgewohnheiten oder Mobilität im Wandel – die Wirtschaft ist bei der Bewältigung von Herausforderungen unverzichtbarer Teil der Lösung. Und die Wirtschaft in Wien ist stark, weil sie bunt, flexibel und innovativ ist.

Österreichs Wirtschaftskammern, mit der Wirtschaftskammer Wien als mitgliederstärkster Landeskammer, sind Plattform für Information, Vernetzung und Wissensaustausch. Gemeinsam bieten wir Unterstützung bei der Transformation und fungieren als Impulsgeber und Enabler.

Auch wenn sich die Aufgaben der Interessenvertretung im Laufe der Zeit gewandelt haben, geblieben ist: Wir erledigen sie mit Blick auf und für unsere Mitglieder, die Beschäftigten in den Unternehmen und für Österreich – und das mit Flexibilität und nach den Grundsätzen Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit.

In der Organisation der eigenen Angelegenheiten – der Selbstverwaltung der Wirtschaft – haben wir eine ganz besondere Tradition. Sie hat dazu geführt, dass in der Wirtschaft sehr viel Eigenes gestaltet wurde und wird – eigene Ausbildungsangebote, soziale Versorgungseinrichtungen, die Selbstverwaltung in der österreichischen Sozialversicherung. So ist in den 175 Jahren seit der Gründung der Handelskammer Wien aus den Wirtschaftskammern heraus viel Innovatives und Neues mit Mehrwert entstanden – und das in einer zukunftsorientierten Art und Weise.

Jetzt ist es jedoch an der Zeit, kurz innezuhalten und einer renommierten Institution zu gratulieren und sie zu feiern: Herzliche Glückwünsche an die Wirtschaftskammer Wien mit Präsident Walter Ruck an der Spitze! Auf die nächsten mindestens 175 Jahre starke Wirtschaftskammer Wien für eine starke Wirtschaft in Wien und Österreich!

Dr. Harald Mahrer
Präsident der Wirtschaftskammer Österreich



KAPITEL 1

Ein Meilenstein
für Österreichs
Unternehmen

Mit starker Stimme
für die Interessen der Wirtschaft

Barbara Holzheu

Die Geschichte der Handelskammerorganisation begann 1849 mit der Gründung der ersten Handelskammer Österreichs in Wien.

Erstmals im Juni 1816 bedauert die niederösterreichische Landesregierung – bis 1920 gleichzeitig auch die Landesregierung von Wien – in einem Antrag zu einem „Verein zur Beförderung der Industrie“ das Fehlen von Handelskammern. Das Gründungsjahr der ersten Handelskammer in Wien fällt mit dem Revolutionsjahr 1848 in eine Zeit der grundlegenden Modernisierung der Gesellschaft. Die Verlagerung der Produktion von der Landwirtschaft zur Industrie beeinflusst die Entstehung einer selbstbewussten, besitzenden BürgerInnenklasse, die nach einer eigenen Organisations- und Machtstruktur strebt und nach eigenen Formen ihres Ausdrucks verlangt. In den Märztagen der bürgerlichen Revolution von Wien bündeln sich alle zur Konstituierung einer Vertretung der wirtschaftlichen Interessen notwendigen liberalen Kräfte: Am 9. März 1848 stellt Rudolf von Arthaber an den Reichsrat den Antrag auf ein Handelskammergesetz. Die „Petition an die niederösterreichischen Stände“ wird von Freiherrn von Kübeck, dem Leiter des Finanzresorts des unmittelbar nach der Märzrevolution gegründeten Kabinetts aufgegriffen und im damaligen liberalen Bürgerparlament beraten. Am 19. April 1848 stellt Graf Montecuculli einen Antrag auf Gründung eines Handelskammergesetzes an den Kaiser. Am 8. Mai 1848 wird das Handelsministerium gemeinsam mit anderen Ministerien zur bürgerlichen Verwaltung mit Sitz im Palais Modena in der Wiener Herrengasse gegründet.

Auf „Grundlage des Beschlusses des Hohen Ministerrathes“ vom 3. Oktober 1848 erlassenen provisorischen Bestimmungen in „Betreff der Errichtung von Handelskammern“ wird an einem Erlass zur Errichtung der Handelskammern gearbeitet. Mit der Niederschlagung der bürgerlichen Revolution in Wien tritt ab 21. November 1848 das Ministerium von Ministerpräsident Felix Fürst Schwarzenberg an, dessen Handelsminister Karl Freiherr von Bruck ist, der als Gründer der europäischen Wirtschaftsidee gilt. Am 15. Dezember 1848 wird das Circulare „Erlass des Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Bauten vom 15. Dezember 1848“ zur Errichtung der Handelskammern

ausgegeben: Das Gründungsdokument der ersten österreichischen Handelskammer in Wien.

Die erste Handelskammer in Österreich wird vorerst nur in Wien tatsächlich errichtet, ansonsten bleibt es bei Vorschlägen für die Standorte und die Wahlmodi. In den Provinzen bleiben die napoleonischen Handelskammern vorerst bestehen. Am 10. Jänner 1849 werden bei einer Beteiligung von 308 Wählern aus der Nominiertenliste 21 Personen – das Maximum an Kammervertretern laut Gesetz – in die Kammer gewählt. Am 15. Jänner 1849 ist die erste derartige Organisation Österreichs als „Handelskammer in Wien“ geschaffen. Diese erste Handelskammer in der gesamten Habsburgermonarchie hat eine Sonderstellung innerhalb aller bereits bestehenden Vereinigungen. Sie ist kein Verein, sie ist eine öffentlich-rechtliche Einrichtung zur Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen von Handel, Industrie und Gewerbe. Ab ihrer Errichtung im Jahr 1849 bis 1859 befindet sich der erste Sitz der Handelskammer in Wien in der Feuerwehrezentrale am Hof.

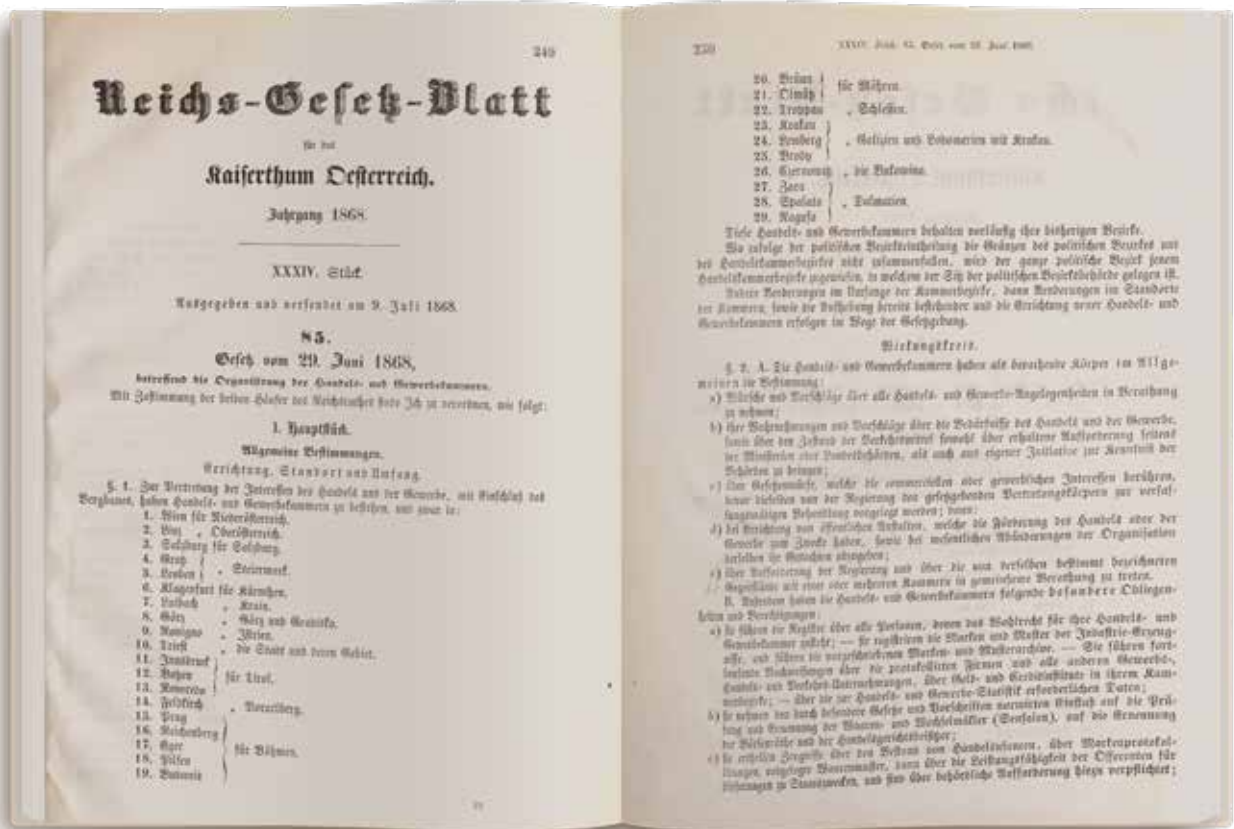
Ihr erster gewählter Präsident ist von 1849 – 1850 der zeitweilige Arbeitsminister und Gumpendorfer Seidenzeugfabrikant Theodor Friedrich Ritter von Hornbostel. Sein Gegenüber als Handelsminister ist der liberale Wirtschaftsvisionär Karl Freiherr von Bruck. Beide Männer lenken im Anfang die Geschicke und das Werden der Wiener Handelskammer.



Theodor Friedrich Ritter von Hornbostel



Karl Freiherr von Bruck



Reichsgesetzblatt zur Organisation der Handels- und Gewerbekammern, 29. Juni 1868.

Die Wiener Handelskammer in der Zeit des Neoabsolutismus bis zur Dezemberverfassung und dem Handelskammergesetz von 1868

Die Wiener Kammer setzt sich ab ihrer Gründung für die Verbesserung der ordnungspolitischen Rahmen für die Handels- und Gewerbetreibenden ein. Sie trägt entscheidend zu einer Reform des Konkurs- und Ausgleichsrechts, zur Erlassung eines Börsengesetzes, zur Bestimmung für einen Marken- und Musterrecht bei und beschickt gleichzeitig auswärtige Veranstaltungen wie die St. Petersburger Ausstellung und die erste Weltausstellung im Kristallpalast im Londoner Hyde Park. 1850 kommt es im Neoabsolutismus zu einer Reduktion der Rechte durch den Kaiser, dennoch wird durch „die Ermächtigung des provisorischen Gesetzes über die Errichtung von Handels- und Gewerbekammern für das Erzherzogtum Österreich unter der Enns“ durch Kaiser Franz Josef mit 18. März 1850 das erste „provisorische“ Handelskammergesetz erlassen. Damit beendet die durch die provisorischen Bestimmungen gebildete liberale erste Kammer in Wien ihre Tätigkeit durch Selbstauflösung. Laut dem Handelskammerstatut vom 26. März 1850 sollen die Handelskammern nicht „Mittler“, sondern Hilfsorgane des Handelsministeriums sein.

Die Beratung mehrerer inzwischen errichteter Kammern wird von einer Genehmigung des Handelsministeriums abhängig gemacht und wird zur Verhinderung eines öffentlichen Forums zur Meinungsäußerung, was zu einer scharfen Verurteilung durch die Wiener Kammer führt. Die Wiener Kammer wird zur „Sammlung und Ordnung des die Gewerbestatistik“ betreffenden Materials verpflichtet und bewährt sich dennoch als eine der wenigen revolutionären Errungenschaften in der Zeit des Neoabsolutismus. Mit dem provisorischen Handelskammergesetz von 1850 werden 60 einheitliche Handels- und Gewerbekammern in den Kronländern gegründet.

Steigende Bedeutung der Kammern im gesamtstaatlichen Kontext

In den Jahren von 1860 – 1868 treten die großen Kammern immer mehr als Sprachrohr für die kleineren Kammern auf und das „Verbot zu einem Zusammenschluss“ der Kammern wird immer weniger wichtig, da die Bedeutung der Kammern im gesamtstaatlichen Kontext ansteigt. Das Palais Montenuovo in der Wiener Strauchgasse wird von 1859 bis 1869 zum zweiten Haus der Handelskammer. Mit dem „Oktoberdiplom“ ändern sich die Strukturen der Monarchie, der Reichs-

rat wird gestärkt und die kontrollierende Kraft durch das zentralistische kaiserliche Monopol abgeschwächt. 1867 wird der einen Reichshälfte ob der Leitha, „Cisleithanien“, eine eigene Verfassung zuteil, die als die sogenannte „Dezemberverfassung“ das Parlament, die sogenannte „Reichsvertretung“ sowie die Gesetze regelt und als Neuerung einen Katalog an bürgerlichen Rechten und Freiheiten enthält: Die „Gleichheit aller Staatsbürgerinnen und Staatsbürger vor dem Gesetz“ ist geschaffen. Die mit „Bürgerministerium Auersperg“ von 1867 bis 1870 beginnende, größtenteils deutsch-liberale Regierung hat direkten Einfluss auf die Arbeit der Handelskammern. Ihr Wirken ist auch inhaltgebend für das Handelskammergesetz von 1868. Vertreter der Handelskammern sind erstmals auch in staatlichen Gremien vertreten. Im Staatseisenbahnrat, im Zollbeirat, im Verzehrsteuerbeirat, im Industriebeirat, in der Erwerbsteuerkommission, als Kuratoren der kaufmännischen und gewerblichen Lehranstalten, mit Einfluss auf die Zensorenkollegien der österreichisch-ungarischen Bank und auf die Kollegien der Handelsgerichtbeisitzer. Durch die Gründung von Frauenerwerbsvereinen – der erste Wiener Frauenerwerbsverein wird 1866 gegründet – wird der Ruf nach einem aktiven Wahlrecht für Frauen, die auch aktiv am Erwerbsleben teilhaben, laut. Doch bleibt das Wahlrecht bei den Handelskammerwahlen von handel- und gewerbetreibenden Frauen trotz der Initiative der Frauenverbände ausgeschlossen. Frauen werden im Gesetz in einem Satz mit unter Vormundschaft und Curatel stehenden Personen erwähnt:

”

Wenn Frauen, oder solche Personen, die unter Vormundschaft oder Curatel stehen, im Alleinbesitz eines Geschäftes sich befinden, so übt das Wahlrecht in ihrem Namen der Geschäftsleiter aus.

§7 RGLB/85 vom 29. Juni 1868

Das liberale Handelskammergesetz vom 29. Juni 1868 erlaubt den Handelskammern wieder, im Sinne ihrer ureigensten Existenzberechtigung als Interes-

senvertreterin der Wirtschaft „in Angelegenheiten ihres Wirkungskreises untereinander in Verkehr zu treten und gemeinsame Beratungen zu pflegen“ (Quelle: RGLB Nr.85/1868). Es kommt ab 1873 zu Delegiertentagen. Diese werden zu den „Österreichischen Handelskammertagen“ und die Kammer in Wien zum Sekretariat. Die „Präsidialkonferenz der österreichischen Handelskammern“ wird geschaffen, an denen die Präsidenten der Kammern und ihre geschäftsführenden Stellvertreter teilnehmen. Vor allem die Zoll- und Handelspolitik werden als gesamtstaatliche Aktivitäten der Handelskammern von 1868 bis 1918 zum Feld der großen Herausforderungen. Für die Wiener Handelskammer als ihre Größte und Mächtigste im Speziellen. Die Handelsverträge mit den wichtigsten europäischen Industriestaaten werden neu verhandelt und in 1880-iger bis 1890-iger Jahren folgen Handelsverträge mit den meisten Staaten Ost- und Südeuropas; dem wichtigsten Absatzgebiet für die Industrie des Habsburgerstaates. Soziale Reformbestrebungen innerhalb der Kammern sollen den arbeitenden Schichten Rechnung tragen. 1895 erfolgt eine Enquete zur Reform der Krankenversicherung, der Maximalarbeitszeit, der Frauen- und Kinderarbeit sowie der Sonntagsruhe. Ein eigener Handelskammertag tagt 1889 in Brünn, bei dem die Unfall- und die Krankenversicherung diskutiert werden. In Reichenberg wird 1906 eine Reform der Arbeiterversicherung diskutiert und Beratungen zur Begrenzung des Arbeitstages, zum Arbeitnehmerschutz, zur Samstagsruhe, zur Heimarbeit, zur Sozialversicherung und der Mitarbeit an sozialrechtlichen Gesetzen wie Arbeitszeit für Frauen- und Kinderarbeit, Pensions- und Unfallversicherung finden statt. Die Wahlordnung der Handelskammer Wien vom 31. März 1883 sieht eine neue Kammerwahlordnung vor. Zum „Schutz des Handwerkes“ wird das Ausüben von Gewerben an einen Befähigungsnachweis gekoppelt. Die Wahlordnung vom 6. Dezember 1901 besagt die „Einrichtung von Gewerbeinspektoraten“ und einer „systematischen Gewerbebeförderung“ durch das Handelsministerium und durch die Handelskammern im „Abhalten von Ausstellungen und Kursen“.

Erweiterte Interessenvertretung durch die freien Verbände

Ab den 1890iger Jahren entstehen zahlreiche freie Verbände von Industrie und Handel in Konkurrenz zur Handelskammer als Interessensvertreterin der

Wirtschaft. 1892 der „Centralverband der Industriellen Österreichs“ mit dem 1897 gegründeten „Bund österreichischer Industrieller“, die sich 1906 zum Industriellenverband mit Sitz im Haus der Industrie am Schwarzenbergplatz zusammenschließen. 1892 gründet sich der Österreichisch-Ungarische Export-Verein und es folgen weitere, den politischen Vereinen Parteien zuzurechnende Vereine. Trotz der starken Präsenz der freien Vereine bleiben die Handelskammern die stärksten Vertretungsorgane der Wirtschaft. Allen voran die Handelskammer Wien. Erst 1918 kommt es zur Gründung eines „Permanenz-Komitees“, dem alle Wirtschaftsvereine angehören. Die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes für Männer im Jahr 1907 führt zum Ende der Vertretung der Handelskammern im Abgeordnetenhaus des Reichsrates und es erlischt das Prinzip der Interessenvertretung innerhalb der Kammern. Alle namhaften Vereine und Interessenvertretungen der Wirtschaft inklusive der Banken siedeln sich zur selben Zeit vom Schwarzenbergplatz aus entlang des Glacis am Parkring und Stubenring an. Das neue Wien des Handels, der Industrie und des Gewerbes entsteht mit dem Haus der Wiener Kaufmannschaft (1903), dem Haus der Industriellenvereinigung (1907–1909), dem Gebäude der Postsparkasse von Otto Wagner (1906). Die Handelskammer Wien zieht erstmals in ihr eigenes Haus, in das 1907 errichtete Palais am Stubenring ein.



© Österreichische Nationalbibliothek

Gewerbefestzug 1929: Die Kamm- und Fächermacher auf der Wiener Ringstraße vor dem Parlament.

Nach dem Zerfall der Monarchie: Demokratie

Zu Ende des Ersten Weltkrieges wird ein österreichisches Warenverkehrsbüro zur Regelung der staatlichen Ein- und Ausfuhren von Waren geschaffen, vor allem in den frühen 1920iger Jahren die erste organisierte Institution der neuen Handelsbeziehungen zu den von Österreich abgetrennten Nationalstaaten. 1919 erfolgt die Übernahme des Gewerbeförderinstituts vom Land Niederösterreich durch die Handelskammer Wien. Das zu Österreich gekommene Burgenland bekommt 1923 eine eigene Kammer in Eisenstadt. Die gemeinsame Organisation der Kammer für Wien und Niederösterreich bleibt bestehen. Das Handelskammergesetz vom 25. Februar 1920 stellt einen Höhepunkt für die Handelskammerorganisation dar. Es schließt den Demokratisierungsprozess der Kammer ab, schafft eine ganzheitliche Organisation zur Vertretung der Wirtschaftsinteressen und legt eine umfassende, nicht mehr durch bestimmte Steuerleistungen festgelegte Mitgliedschaft fest. Die Gliederung der Kammerorganisation durch historisch bewährte Wirtschaftsregionen wird vollendet und legt das Territorialprinzip der Kammern fest. Es existieren noch keine Fachverbände, jedoch werden alle Unternehmen als Mitglieder der gewerblichen Wirtschaft einbezogen. Nach Erlass des Gesetzes findet am 18. November 1920 die Konstituierung der „Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie“ mit dem von 1920 – 1922 gewählten Präsidenten Heinrich Vetter und seinen vier Vizepräsidenten statt.

Die Arbeiterkammern

Der Kongress der „Sozialdemokratischen Freien Gewerkschaften“ fordert am Beginn der Ersten Republik kategorisch die Errichtung von Arbeiterkammern als Schutzschild für die sozialen Errungenschaften. Auch die christlichen Gewerkschaften machen sich für die Errichtung von Arbeiterkammern stark. Am 26. Februar 1920, einen Tag nach dem Beschluss des ersten Handelskammergesetzes der Ersten Republik, beschließt das demokratisch gewählte Parlament der jungen Republik Österreich das „Gesetz über die Errichtung von Kammern für Arbeiter und Angestellte“. Die Arbeiterkammern werden gesetzlich völlig mit den Handelskammern gleichgestellt. An jedem Standort einer Handelskammer wird auch



Konstituierende Sitzung des Bundes österreichischer Gewerbetreibender am 27. April 1935.

eine Arbeiterkammer errichtet. Dem „Arbeitslosenversicherungsbeirat“ gehören Arbeiterkammer- und Handelskammervereine an, um die Kontrolle der Betroffenen über die Verwendung der Mittel sicherzustellen. Ein erstes Konzept für die Sozialpartnerschaft ist geschaffen.

Der Übergang zur berufsständischen Ordnung

Die Kammern sind in den 1920er Jahren auf die Loyalität der aufgrund ihrer „Betriebsnähe“ stärker werdenden Vereine und Bünde angewiesen, was sie als Fachvertretung für den erfolgreichen Interessenausgleich im Gegensatz zu den Fachverbänden in der Organisation der gewerblichen Wirtschaft schwächer werden lässt. Aus diesem Ungleichgewicht der 1920er Jahre innerhalb der Interessenvertretungen ist auch das rechtliche Fundament zum Aufbau einer Bundeshandelskammer mit dem Handelskammergesetz von 1937 gegeben. In den Jahren vom ersten wirklich freien und demokratischen Handelskammergesetz von 1920 bis hin zur berufsständischen Ordnung 1936 versucht die Wiener Kammer den Interessenausgleich innerhalb der von ihr vertretenen Gruppen zu wahren. Sie steht jedoch vor der Schwierigkeit,

dass das Interesse der unterschiedlichen Gruppen das wahrzunehmende Gesamtinteresse vermehrt blockiert ist und immer mehr Zugeständnisse an die Mitglieder gemacht werden müssen. Die Sektionen für „Handel, Gewerbe und Industrie, Finanz und Verkehrswesen“ sind in den Jahren von 1920 – 1936 Verhandlungskomitees ohne eigenes Büro. Sie setzen sich aus den jeweiligen Vertretern des Kammerpräsidiums und aus sonstigen Kammerräten zusammen. Beratungsergebnisse werden von den Vertretern aus allen Sektionen zusammengesetzten Ausschüssen diskutiert und in der Vollversammlung der Kammer beschlossen. 1929 folgt eine Neuorganisation des 1919 von der Wiener Handelskammer übernommenen Gewerbeförderungsinstituts. Unter dem Titel „Rettet das Gewerbe“ finanziert das Gewerbeförderungsinstitut in diesen Jahren massiv das Überleben von Kleingewerbetreibenden, die jedoch nur wenig in die Kasse der Kammer einzahlen. Es gibt keine Selbständigen- und Pensionsversicherung. Durch die massive Zunahme der Arbeitslosigkeit, die um 1929 zu einem massiven Anstieg von Kleingewerben als Möglichkeit des ökonomischen Überlebens führt, reagiert die ständestaatliche Regierung mit diversen Gesetzen wie dem „Untersagungsgesetz“ von 1933, welches das Errichten eines mittelständischen Betriebes von einer Bewilligung des Handels-

ministeriums abhängig macht und mit der „Gewerbesperre“ von 1934, die das Ausüben vorher frei gewesener Kleingewerbe an einen Gewerbeschein oder einen Befähigungsnachweis knüpft. Durch die „berufsständische Gliederung“ der Handelskammern entsteht 1936 aus den einstigen freien Handelskammern eine straffe auf ganz Österreich ausgedehnte Organisation. Es kommt zum Zusammenschluss der unabhängig nebeneinander bestehenden, fachlich gleichgerichteten Vereine und sonstiger Körperschaften zu großen, zentralen Verbänden unter dem Titel „Gewerbebund“. Der erste Präsident des Gewerbebundes 1936 ist Julius Raab. Die berufsständische Gliederung findet ihren rechtlichen Ausdruck im Handelskammergesetz vom 30. Juni 1937, das jedoch aufgrund des sogenannten Anschlusses an das nationalsozialistische Deutschland nicht mehr zur Anwendung kommt. Das Handelskammergesetz vom 30. Juni 1937 hat die Verbindung von Fachverbänden und Handelskammern zum Ziel. Eine Bundeshandelskammer ist erstmals als Dachorganisation vorgesehen. Die Kammern für Wien und Niederösterreich werden nach dem Gesetz eigenständig.



© Österreichische Nationalbibliothek

Kriegsministerium gegenüber dem Palais Stubenring, 1938.

Die Handelskammern im Nationalsozialismus: Das „Gauwirtschaftsgesetz“ nach österreichischem Vorbild

Durch den sogenannten Anschluss vom 13. März 1938 mit dem „Gesetz über die Wiedervereinigung mit dem Deutschen Reich (Eingliederungsgesetz)“ und der allgemeinen Rechts- und Verwaltungsangleichung werden die Kammern bis April 1939 als „Industrie und Handelskammern“ in die reichsdeutsche „Organisation der gewerblichen Wirtschaft“ eingegliedert. Mit der „Verordnung des Reichswirtschaftsministers über die Errichtung der Gauwirtschaftskammern“ vom 20. April 1942 werden 1943 die alten österreichischen Wirtschaftsvertretungen rekonstruiert und zum Vorbild für das „Gesetz über die Gauwirtschaftskammer“ gemacht. Das Gesetz verpflichtet jede Gauwirtschaftskammer, Filialen und auch „Wirtschaftskammern“ zu errichten, die die gesamten regionalen wirtschaftlichen Verbände zusammenschließen. Es bildet fortan innerhalb des Dritten Reiches die rechtliche Grundlage für die Tätigkeit der ehemaligen österreichischen Kammern bis zum Kriegsende 1945 und ist in seiner gesamten, der österreichischen gewerblichen Wirtschaft angepassten, umfassenden Organisation wesentlich für das Kammergesetz von 1946 und die Fachgruppenordnung von 1947 verantwortlich.

Der Neubeginn 1945: Alle unter einem Dach

Neben der Gemeinde Wien ist die Handelskammer Wien ab 12. April 1945 die erste öffentliche Korporation, die sofort nach der Befreiung Wiens durch die Rote Armee ihre Tätigkeit fortsetzen kann. Mit 25. April 1945 erfolgt die Umbenennung von „Gauwirtschaftskammer“ in „Kammer für Handel, Industrie und Geldwesen“. Der erste provisorische Präsident der wiedereröffneten Kammer ist Eduard Heisl, Direktor des Wiener Gewerbeinstituts und ab 1946 Bundesminister für Handel und Wiederaufbau. Er spricht gleich davon, „...dass die Kammer im Zentrum des wirtschaftlichen Lebens ist und ungebrochenen Mutes alles daran setzt, Österreichs Wirtschaft zum Wiedererstehen zu verhelfen“ (E. Heisl, QUELLE: E. Heisl Weg und Leitung der Handelskammer 1849–1945, s.3. In: 1 Jahr Wiederaufbau in Österreich.

Kammerwahlen abgeschlossen

Am Montag wurden die Kammerwahlen überall abgeschlossen. Die Wahlbeteiligung erreichte im Burgenland 75 bis 80 Prozent, in Linz und Wels zirka 60, im Mühlviertel 85 und in anderen Orten Oberösterreichs 90 und mehr Prozent, 946 Mandate oder 82 62 entfielen auf die Liste der O. ö. Wirtschaft. In Graz betrug die Wahlbeteiligung 80, in den einzelnen Bezirken waren überwiegend mehr als 90 Prozent der Wahlberechtigten bei den Urnen erschienen, in Voitsberg sogar 100, in Mariazell und Gußwerk über 89 Prozent.

Bei den Handelskammerwahlen in Wien haben, wie die weiter bekanngegebenen Teilresultate erweisen, die Listen des österreichischen Wirtschaftsbundes fast durchwegs sehr bedeutende Mehrheiten erzielt, so in der Innung der Mechaniker: Berufsliste 181 (3 Mandate), Österreichischer Wirtschaftsbund (ÖWB) 916 (12 Mandate); Installateure: Berufsliste 238 (5), ÖWB 460 (9); Kleingewerbetreibende 31 (0); Spengler und Kupferschmiede: Berufsliste 209 (4), ÖWB 430 (10); Import- und Exporthandel: Fachliste 93 (2), ÖWB 536 (14), Reichsorga 72 (1); Textilienkleinhandel: Fachliste 268 (4), Reichsorga 290 (4), ÖWB 1472 (21); Textilien Großhandel: Fachliste 96 (2), Reichsorga 102 (2), ÖWB 435 (11); Großhandel mit Papier: Fachliste 51 (1), ÖWB 207 (8); Kleinhandel mit Eisen: Fachliste 73 (2), ÖWB 631 (17), Reichsorga 55 (1); Holzhandel: Fachliste 68 (2), unpolitische Liste 78 (2), ÖWB 264 (8); Handelsvertreter: Fachliste 360 (6), ÖWB 1666 (27); Kleinhandel mit Lebens- und Genussmitteln: Reichsorga 1521 (10), Fachliste 792 (5), ÖWB 4453 (32); Schlosser: Berufsliste 297 (5), ÖWB 998 (16); Kraftfahrzeugmechaniker: Berufsliste 119 (3), ÖWB 500 (12); Uhrmacher: Berufsliste 71 (1), ÖWB 333 (9); Kürschner: Berufsliste 270 (6), ÖWB 340 (7); Lederwarenerzeuger usw.: Berufsliste 156 (3), ÖWB 488 (11); Schuhmacher: Berufsliste 1272 (15); Kleingewerbetreibende 261 (3), ÖWB 964 (11); Buchbinder 85 (2), ÖWB 265 (8); Tapezierer: Berufsliste 229 (5), ÖWB 394 (8); Hutmacher usw.: Berufsliste 164 (3), ÖWB 704 (16).

Bis gestern abend waren die Stimmzettel von 36 Innungen gezählt. Die Endresultate werden erst im Laufe des heutigen Tages bekanntwerden.

Auszug aus der Wiener Zeitung Nr. 108 vom 10. Mai 1950, Artikel „Kammerwahlen abgeschlossen“.

1945 – 1955) „...und gleichzeitig auf die Notwendigkeit verweisen, für herrenlose Besitztümer Verwalter einzusetzen und die Wiedergutmachung der sogenannten Arisierungen vorzubereiten“. Die Anfangszeit der Kammer nach Kriegsende 1945 ist davon geprägt, alle der Wirtschaft zur Verfügung stehenden Kräfte zu bündeln, und vor allem die Teile und Organisationen der wirtschaftstreibenden Mitglieder der Kammer wieder zusammenzuführen. Ein schwie-

riges Unterfangen in einem vierfach besetzten Wien und in einem besetzten Österreich. Die Handelskammer Wien versucht sofort, zu ihren Auslandspartnern wieder Kontakt aufzunehmen. In Paris eröffnet 1946 die erste österreichische Außenhandelsstelle. Bereits im Herbst 1945 wird eine Exportmusterschau abgehalten und am 5. Oktober 1945 wird die 1. Wiener Herbstmesse wieder eröffnet. Auf der Basis des Handelskammergesetzes vom 25. Februar 1920 und auf Basis des nicht in Kraft getretenen Handelskammergesetzes vom 30. Juni 1937 wird das erste Handelskammergesetz der Zweiten Republik erarbeitet und tritt als „Bundesgesetz vom 24. Juli 1946 betreffend die Errichtung von Kammern der gewerblichen Wirtschaft“ in Kraft. Die „Kammern für Handel, Gewerbe und Industrie“ werden zur „Kammer der gewerblichen Wirtschaft“ mit einer Bundeswirtschaftskammer, die zentral alle organisatorischen Aufgaben der Kammern übernimmt und ihren Sitz in Wien hat.

Alle Organisationen sind erstmals unter einem Dach und sprechen mit einer Stimme. Es kommt zu einer Ausweitung des Mitgliederkreises, einer Demokratisierung des Wahlrechts, einer Verstärkung der Organisationsfülle, zur Ausweitung der Kompetenzen und zur Einführung der sechsten Sektion Fremdenverkehr. Die wesentlichen Elemente der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft sind die Neuregelung der Handelspolitik, die Wirtschaftsförderung und die Zentrale Verwaltung. Mit diesem Gesetz beginnt aufgrund der trennenden und schmerzlichen Erfahrungen innerhalb der Interessenvertretungen in der Zwischenkriegszeit die Sozialpartnerschaft zwischen der Bundeskammer, der Bauernvertretung und dem Österreichischen Gewerkschaftsbund zu wirken. Der österreichischen Sozialpartnerschaft gehören seit 1945 die Arbeiterkammer Österreich, die Landwirtschaftskammer Österreich, der Österreichische Gewerkschaftsbund und die Bundeswirtschaftskammer an (siehe Kapitel 5 – Seite 48). Sie erweist sich in der Phase des Wiederaufbaus und mit Problemen der Besatzungszeit in Österreich durch die integrative Haltung der Kammern als tragfähige Institution der österreichischen Wirtschaftspolitik und des Interessenausgleiches. Zwei „kühne Improvisateure“, der erste Präsident der Bundeskammer und sein Generalsekretär, Julius Raab und Anton Widmann bringen den Antrag zu dem letzten die Organisation der Handelskammern vollendenden Gesetz nach dem Handelskammergesetz von 1946 ein. Mit der „Fachgruppenordnung“, dem Bundesgesetz vom 15. Juli 1947 (BGBl. 223/1947)



Alois Mock, Außenminister Österreich, und Gulya Horn, Außenminister Ungarn, beim Durchschneiden des Grenzzauns an der ungarischen Grenze am 27. Juni 1989.

ist die für die moderne Handelskammerorganisation entscheidende Vollendung erschaffen. Die „Fachgruppenordnung“ und der „Fachgruppenkatalog“ umfassen die gesamte Neugestaltung der Fachorganisationen auf Landesebene und auf Bundesebene. Es kommt zur Eingliederung der Fachorganisationen in die Handelskammer als autonome, öffentlich-rechtliche Organe zur Vertretung fachlicher Sonderinteressen. Die ersten freien Handelskammerwahlen finden in Österreich am 6. und 7. Mai 1950 mit einer Wahlbeteiligung von 60 % statt. Es ist die erste Wahl in der Zweiten Republik, in der nicht nur bestellte Funktionäre in die Kammern gewählt werden können. Nach der Stabilisierung der Währung beginnt eine Ära der „Verhandlungswirtschaft“, die bis zu den ersten Schritten in die europäische Integration vom Interessenausgleich zwischen Wirtschaft und Politik und ArbeiterInnenschaft getragen ist. Im März 1957 vereinbaren die Präsidenten der Handelskammer und des Gewerkschaftsbundes die Schaffung einer Paritätischen Kommission, 1958 bilden die Sozialpartner den Paritätischen Ausschuss im Kartellrecht, 1963 wird der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen gegründet, 1968 entsteht die Wirtschaftspolitische Absprache und 1969 das Verbändekomitee. Mit 5. November 1961 beteiligt sich die Wiener Kammer zu einem Drittel an der Wiener Hafenbeteiligungsgesellschaft. 1962 erfolgt die Gründung der „Wiener Hafen Betriebsgesellschaft m.b.H.“, der heutigen Wien Holding. Im April 1968 wird die

„Arbeitsgemeinschaft Junge Wirtschaft“ gegründet, die als eigene Körperschaft innerhalb der Landesammern und in der Bundeskammer ihren Sitz hat.

Der Weg in die EWG und der Weg in die Europäische Union

1972 werden die Verhandlungen zu einem Freihandelsabkommen Österreichs mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Gemeinschaft für Kohle und Stahl erfolgreich abgeschlossen. Das Freihandelsabkommen ermöglicht den völligen Abbau von Zöllen und Handelsschranken für gewerbliche und industrielle Waren. Förderaktionen für Klein- und Mittelbetriebe stützen vor allem in Wien die Mitglieder der Handelskammer Wien. 1977 wird vom Wirtschaftsministerium eine Aktion zur Förderung von „Betriebsneugründungen und Betriebsübernahmen“ ins Leben gerufen. Qualifizierungsmaßnahmen durch Aus- und Weiterbildung sowie die Hilfe zur Selbsthilfe durch die Unterstützung seitens der Kammern sollen helfen, arbeitsmarktpolitische und wirtschaftspolitische Probleme, die durch die Rezession und durch die sich wandelnden Strukturen entstanden sind, entgegenzutreten. 1979 wird die Kammerumlage 2 eingeführt. Der Dienstgeberzuschuss zum Dienstnehmerbeitrag wird an die Lohnsumme geknüpft und ist die Grundlage für

den Familienlastenausgleichsfonds. Die 1980er Jahre sind geprägt von der gelebten Sozialpartnerschaft, der stärker werdenden Internationalisierung und einer steigenden Exportwirtschaft. 1993 tritt Österreich dem EU-Binnenmarkt bei und mit der 10. Handelskammergesetznovelle wird der Ausdruck „Wirtschaftskammer“ als einheitliche Bezeichnung für die Kammern der gewerblichen Wirtschaft eingeführt. Mit 1. Jänner 1995 vollzieht sich der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union. Eine Mitgliederbefragung über die Beibehaltung der Pflichtmitgliedschaft bringt 1995 mit 82 % eine deutliche Mehrheit für die Beibehaltung der Pflichtmitgliedschaft. 1999 tritt das „Wirtschaftskammergesetz 1998-WKG“ in Kraft und im selben Jahr kommt die „Wiener Messe Besitz G.m.b.H“ der Wien Holding zu fünf Prozent in den Besitz der Wirtschaftskammer Wien.

Die 2000er Jahre: Digitalisierung, Globalisierung und Vernetzung

„Ab 2000“ bedeutet für die Wirtschaftskammer Wien ein Herangehen an einen massiven gesellschaftlichen Wandel, der sich durch die Digitalisierung vorerst im städtischen Bereich zeigt. Die „Gaming“ Industrie wird ein immer größerer Wirtschaftsfaktor und die Kreativwirtschaft zeigt sich mit einer steigenden Zahl von Ein-Personenunternehmen (EPU). EPU stellen eine immer größer werdende Gruppe der Mitglieder und benötigen eine neue Art von Service, Förderungs- und Unterstützungsleistungen. „Diversity“ befasst als notwendiger gesellschaftlicher Fachbegriff die Wirtschaftspolitik. Die WKO definiert „Diversity“ als positiv besetzten Gebrauch des Wortes „Vielfalt“. Am 1. Jänner 2002 wird für 12 EU-Staaten der Euro als gemeinsames Zahlungsmittel eingeführt. Österreich profitiert als Exportnation von der gemeinsamen Währung und durch die Preiserhöhung von Waren kommt es auch zu einer Preisstabilität. 2002 erfolgt eine umfangreiche Novelle des Wirtschaftskammergesetzes. Die bisherigen sechs Sektionen werden durch sieben Sparten abgelöst. Mit 1. Dezember 2004 wird mit Brigitte Jank erstmals eine Frau zur Präsidentin der Wirtschaftskammer Wien gewählt. Die „Pflegekrise“ erfasst Anfang der 2000er Jahre Österreich und vor allem Wien. Auf gesetzlicher Ebene wird die Pflege neu geregelt und erstmals eine selbstständige Tätigkeit im Bereich Pflegedienstleistung ermöglicht. Das hohe Interesse in diesem Bereich hat zur Folge, dass 2015 eine eigene Fachgruppe „Personenberatung und

Personenbetreuung“ eingerichtet wird. Die weltweite Finanz- und Bankenkrise der Jahre 2008 und 2009 stellt den gemeinsamen europäischen Raum und die gemeinsame Währungsunion erstmals auf die Probe. In dieser Krisenzeit erhöhen sich Haushaltsdefizite und Staatsschulden in vielen Ländern enorm. 2020 erfasst die COVID 19 Pandemie die Welt und gleichzeitig mit der Pandemie wird die Stabilität des Euro-Systems geschwächt. Für die Wirtschaftskammer Wien bedeuten diese notfalls-bedingten Veränderungen und die dadurch erzwungenen Maßnahmen in der Wirtschaft eine besondere Herausforderung. Der Härtefallfonds der Regierung, das neue Modell der Kurzarbeit und das vermehrte Arbeiten zu Hause (homeoffice), der „Boom“ der Zustelldienste, der stark steigende Onlinehandel und die rasant zunehmende Digitalisierung mit der Verwendung von Künstlicher Intelligenz (KI) bedürfen neuer Herangehensweisen in der Interessenvertretung, die in sehr kurzer Zeit umgesetzt und verhandelt werden müssen. Die durch den Ukraine Krieg seit 2022 gestiegenen Energiepreise und die hohe Inflation sind die aktuellen Herausforderungen der Wirtschaft und ihrer Interessenvertretung. In der Frage der Energiewende fällt der Wirtschaftskammer Wien eine aktiv beratende und begleitende Funktion zu. Mit der 2022 neu etablierten Marke „meinkaufstadt.wien“, der Nachfolgerin der „Wiener Einkaufsstraßen“, unterstützt die Wirtschaftskammer Wien im engen Zusammenwirken mit der Stadt Wien gezielt die regionale Wirtschaft. Mit „WKO im Bezirk“ wird unter der Präsidentschaft von DI Walter Ruck in der Wirtschaftskammer Wien eine neue regional ausgerichtete Einheit geschaffen, welche im Sinne einer virtuellen Bezirksstelle die Interessen der UnternehmerInnen stärkt.

DIE AUTORIN

Mag.a phil. Barbara Holzheu, geb. 1974 in Mürzzuschlag, studierte Geschichte und Politikwissenschaften in Wien und ist freiberufliche Historikerin. Zu ihrem Forschungsschwerpunkt zählt u.a. die Österreichische Emigrations- und Remigrationsgeschichte. Sie bringt ihre Expertise auch in TV-Produktionen, beispielsweise „Baumeister der Republik“ (2016), „Menschen & Mächte“ (2007) und „Hugo Portisch – Aufregend war es immer“ (2017), ein.



© Antonia Weichselbaumer



KAPITEL 2

Von der
Dampfmaschine zur
Künstlichen Intelligenz

Die Entwicklung der Wirtschaft
im zeitlichen Bogen

Harald Hornacek

Die Entwicklung der Wirtschaft in Wien ist durch zahlreiche Technologiesprünge und stets neue Herausforderungen gekennzeichnet.

Die Anfänge

Handwerk hat nicht nur den bekannten „goldenen Boden“, sondern in Wien auch eine unglaublich lange Tradition. Schon im Mittelalter verstand man darunter nicht nur Berufe, die auf manueller oder technischer Arbeit beruhten, sondern auch Dienstleistungsgewerbe und Kleinhandel. Als politischer Faktor waren die „Handwerker“ als umfassende Berufsgruppe bereits im 13. Jahrhundert in Entscheidungen eingebunden, wengleich Mitgliedschaften des „Inneren Rats“, wie das politische Gremium der Stadt Wien damals hieß, eher den höher gestellten Handwerkern vorbehalten blieben, wie Kürschnern oder Goldschmieden. Über die Jahrhunderte entwickelte sich in Wien eine Vielzahl von Berufen und Unternehmen, die zumeist dem Kleinst- und Kleinunternehmertum zuzuordnen waren. Heute würde man wohl von „Ein-Personen-Unternehmen“ sprechen. Diese vielen kleinen Unternehmen waren – vielfach in berufsorientierten Zünften organisiert – in Wien umgeben von den Vertretern der großen Banken, der Industrie, die ihre Zentralen in Wien hatten und natürlich auch der Politik. Wien galt als „Konsumzentrum“ der Monarchie und beheimatete auch die großen Handelshäuser – und eine Vielzahl begabter Kunst- und Handwerksmeister.

Wien, die Stadt der Mode

So war und ist Wien etwa eine Stadt der Mode: Um 1850 gab es in Wien 176 Cravatenmacher, die auch Modelle für Damen entwarfen. Auch die Pfaidler, die Hemdenmacher, waren wichtig und beliebt in der besseren Gesellschaft. Im kleinen Rahmen recht erfolgreich hielten sich über Jahrhunderte – eine gemeinsame Ordnung stammt aus 1428 – Kammacher und Bürstenbinder. Zu den bekannten Vertretern dieses Handwerks zählte Ferdinand Dommayer (1799–1858), nach dem neben einem Café in Hietzig auch eine Gasse benannt wurde. Zu einiger Berühmtheit gelangte Rudolf Ritter von Arthaber (1795–1867), der aus der väterlichen Tuchwarenhandlung einen international gefragten Lieferanten von Schals machte und nebenbei einer der Gründerväter der heutigen Wirtschaftskammer Wien war.



Geschäftskarte des Juweliers, Gold- und Silberschmieds Joseph Reiner, Spänglergasse nahe Graben (Haus der österreichischen Sparkassa), Stadt 567/8, Wien, um 1840, Ludwig Christian Förster (Verlag).



Geschäftskarte/Firmenetikett des Goldschmieds Johann Seidel, Spittelberg 110, Wien, um 1835.



Geschäftskarte/Firmenetikett der Seidenwarenfabrik von Johann Oberthanner, Feldgasse, Schottenfeld 318, Wien, um 1840.

Auch Perückenhersteller machten in Wien gute Geschäfte – heute gibt es nur noch eine Handvoll von ihnen. Unternehmen wie diese prägten das Wiener Stadtbild noch für einige Jahrzehnte. Heute ist Wien eine Stadt international gefeierter Designerinnen und Designer wie Lena Hoschek, Atıl Kutoğlu, Thang de Hoo oder Marina Hoermanseder.

Das Wien der Jahrhundertwende

An der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert galten in Wien rund 10 % der Bevölkerung als zum Bürgertum gehörig. Darunter waren neben wenigen Adeligen viele HandwerkerInnen und Gewerbetreibende, aber auch ArbeiterInnen, TagelöhnerInnen und Dienstpersonal. Die Stadt wuchs rasant, von 1,67 Mio. EinwohnerInnen im Jahr 1900 auf 2,1 Mio. Menschen im Jahr 1910. Das hatte Folgen. So fanden immer mehr Menschen Geschmack am guten Einrichtungsstil, bis heute berühmt sind die „Thonet“-Möbel, die der Möbeltischler Michael Thonet (1796–1871) erfand. Doch neben bürgerlichen Palais, Villen und Wohnungen mit Salons und Zimmern für das Hauspersonal gab es eine enorme Anzahl von Mietskasernen. Nur 5 % der rund 400.000 Wohnungen hatten Wasser und Toilette und die Mieten waren hoch. Während in der Forschung vor allem auf die prekären Lebensumstände und Wohnsituationen der Arbeiterschaft eingegangen wurde, wird übersehen, dass auch die Wohn- und Lebensbedingungen der Handwerker alles andere als einfach waren. Insgesamt jedoch verbesserten sich die Lebensbedingungen im Laufe des 20. Jahrhunderts mit dem Aufkommen von sozialen Reformen und dem Ausbau der städtischen Infrastruktur.

Zuwanderung bringt Chancen und Veränderungen

Vor und um die Jahrhundertwende war Wien eine lebendige, stark wachsende und vielfältige Stadt. Das städtische Leben bot eine breite Palette von Dienstleistungen und Märkten, auf denen Gewerbetreibenden



„Wie die Czechen beim Ausbau des Parlamentes helfen“, 1871, Vinzenz Katzler (Lithograf), Reiffenstein & Rösch (Druckerei).

de ihre Waren verkaufen konnten. Sie zog aber auch viele Menschen, vor allem aus den Kronländern, an. So kamen, um nur ein Beispiel zu geben, 1869 rund 17 % aller Wiener Tischlergesellen aus Böhmen und Mähren. Auch die „Ziegelböhm“ erlangten als wichtige Arbeitskräfte Berühmtheit. Andererseits führten die schlechten Wohnverhältnisse zu Aufständen, die sich etwa im April 1895 in einem Streik in den Wienerberger Ziegelwerken – ein Unternehmen, das heute noch überaus erfolgreich ist – entluden. In der Zeit danach hat sich viel verändert, im Wien von heute sind Menschen mit Migrationshintergrund eine treibende Kraft in der wirtschaftlichen Entwicklung.

Harte Zeiten für Wiens Betriebe

Die Zeit bis zum 1. Weltkrieg und später auch die Zwischenkriegszeit gehörten zu den herausforderndsten Epochen für die Wiener Bevölkerung und die Unternehmen. Viele Betriebe waren stolz, als „k. u. k. Hoflieferanten“ zu fungieren – ein Privileg, das mit dem Ende der Monarchie zwar an Einkommensmöglichkeiten, nicht jedoch an Glanz verlor. Doch in diese Jahrzehnte fielen auch gravierende technologische Veränderungen, die nun auf das wirtschaftliche Leben durchschlugen. Die industrielle Revolution hatte endgültig das Ruder übernommen, neue Produktionsmethoden veränderten die Arbeitsabläufe enorm. In Wien wurden Maschinen in verschiedenen Branchen, wie der Textilindustrie mit ihren mechanischen Webstühlen, der Metallverarbeitung mit neuen Presswerkzeugen und der Druckindustrie mit modernen Zeitungsdruckmaschinen eingesetzt. Gewerbetreibende mussten sich an diese Veränderungen anpassen oder ihre Dienstleistungen spezialisieren, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs und der Gründung der Republik Österreich im Jahr 1918 änderten sich auch die Rahmenbedingungen und das wirtschaftliche Umfeld. Umso wichtiger war schon damals die Vertretung der unternehmerischen Interessen in der damaligen Handelskammer, aus der letztlich die heutige Wirtschaftskammer Wien hervorging.

Wiener Diskussionskultur

Was über die Jahrhunderte beständig von Bedeutung blieb, das war die berühmte Wiener Diskussionskultur. Man traf sich im Gasthaus, beim Heurigen oder



Weltausstellung 1873: Maschinen- und Waggonfabriks-Aktien-Gesellschaft in Simmering vormals H. D. Schmid, 1873, Michael Frankenstein & Comp. (Fotoatelier), Wiener Photographen-Association (Verlag).

im Café, um sich auszutauschen und Neuigkeiten zu erfahren. Zwar sind Berufe wie der für die Weinproduktion so wichtige Fassbinder heute in der Stadt praktisch ausgestorben. Offene Plätze und Lokale haben sich jedoch, in immer neuen Formen, als Ort der Begegnung erhalten. In der Zwischenkriegszeit begann sich allerdings auch die politische Auseinandersetzung zu radikalisieren, wobei so manches Hinterzimmer einer Gaststätte als Versammlungs- und Diskussionsraum diente. Zu diskutieren gab es in Wien eben immer etwas und das äußerte sich auch in einer heute unvorstellbaren Medienvielfalt mit sage und schreibe 29 Tageszeitungen und sieben Sonntags- bzw. Montagsblättern im Jahr 1929. Und wer wollte, konnte in der Trafik stückweise seine Zigaretten kaufen.

Kleingewerbe und Handel dominieren

Es gibt eine Vielzahl von Berufsbezeichnungen, die damals noch aktuell waren und heute meist ausgestorben sind. So etwa die Fragner, Kleinhändler von Lebensmitteln oder auch Seife. Oder die Goldschlager (auch: Goldschläger) oder Blattgoldhersteller, die in Wien sehr angesehen waren und Blattgold und Silberblatt anfertigten, das zur Veredelung diente, die aber auch Schilder produzierten. Um 1930 waren die meisten WienerInnen im Kleingewerbe und Handel beschäftigt, wobei im Zuge der Wirtschaftskrise die Arbeitslosigkeit in den nächsten Jahren rapide ansteigt. Damit die Menschen trotz aller Schwierig-

keiten auch Unterhaltung genießen konnten, gab es Ende der 1920er Jahre neben den Revue-Theatern und Kabarett-Häusern in Wien 173 „Lichtspieltheater“, wie die Kinos damals hießen, mit rund 74.300 Plätzen. Davon können die heutigen Wiener Kinos nur noch träumen. Bis in den 1970er Jahre hinein galt Wien noch als Hort der „Heimattfilm“-Produktionen. Mit deren Ende dauerte es bis zur Gegenwart, ehe Wien wieder zu einer beliebten Filmmetropole wurde, in der heute immer wieder internationale Großproduktionen gedreht werden.

Anfänge der Internationalisierung

In diese Zeit fällt auch die erste größere Internationalisierungswelle. Heute sind mehr als 50 % der österreichischen Wirtschaftsleistung dem Export zu verdanken. Das war nicht immer so. Doch mit dem Ausbau der Eisenbahn vor allem ab 1850 kamen nicht nur Rohstoffe und Waren nach Wien, sondern gingen auch aus der Stadt hinaus. So konnten Wiener Handwerksbetriebe auch überregionale und internationale Märkte bedienen. Nicht zuletzt trug die Weltausstellung 1873 wesentlich zur Entwicklung Wiens zu einer internationalen Metropole des Industriezeitalters bei. Der Ausbau der Infrastruktur umfasste u.a. die Verdoppelung des Eisenbahnnetzes, die Donau-Regulierung und die 1. Wiener Hochquellenwasserleitung. Ab dann kam dem Außenhandel, auch jenem Wiens, mit einem Schlag mehr Bedeutung zu, wobei der eigentliche Außenhandel erst mit dem Zerfall der

Monarchie und damit dem Ende der Kronländer begann. Ab 1945 erfolgte schließlich die Handelsorientierung zum Westen hin.

Technologische Treiber

Noch wichtiger für die kommenden gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen waren aber die technologischen Fortschritte seit Bestehen der Wirtschaftskammer Wien. Da wäre das Telefon zu nennen, das 1876 von Alexander Graham Bell erfunden wurde: Am 1. August 1886 konnte man erstmals ein staatliches Telefonnetz in Wien in Anspruch nehmen. Auch in den Unternehmen, zunächst den größeren, später auch den kleineren, hielt das Telefon nach und nach Einzug. Einige Jahre zuvor, 1879, hatte Thomas Alva Edison seine Kohlenfaden-Lampe präsentiert. Bis sie in jedem Wohnraum zu finden war, sollten noch Jahre vergehen. Die ersten Lampen wurden 1880 im Volksgarten installiert, am 21. August 1885 wurde der erste elektrische Luster im Gemeinderat-Sitzungssaal des Rathauses in Betrieb genommen. Außerdem erfolgte die Modernisierung in der Mobilität: 1888 hatte Siegfried Marcus seinen Wagen mit Viertakt-Verbrennermotor präsentiert, 1892 fuhr die erste „Kraftdroschke“ von Gottfried Daimler durch die Wiener Innenstadt. Sie sorgte für Aufsehen bei Hof und Adel sowie den vermögenden Bürgern, verunsicherte aber auch die etablierten Kutschen- und Wagenbauer. Anfangs belächelt, fand das Automobil immer mehr Anhänger. 1905 wurden Sicherheitspolizeiliche Bestimmungen für den Betrieb von Automobilen und Motorrädern erlassen, man musste fortan einen Führerschein sowie ein Kennzeichen vorweisen. Am 30. Juni 1913 gab es in Wien 6.190 Automobile, davon waren 1.619 Taxis. Fünf Jahre später wurde die erste „Spezialfachscheule für Automobilismus“, eine Fahrschule in der Marxergasse 30, gegründet. Mit dem Aufkommen des Autos und dem damit einhergehenden Niedergang der Kutschen verloren nicht nur viele Hufschmiede in Wien ihre Existenzberechtigung. Auch Riernermeister, die Riemen und Zuggeschirr produzierten, verschwanden nach und nach aus dem Stadtbild, ebenso Schmierhändler, die Schmiere für die Wagenräder bereitstellten oder die Wagner, die Wagen bauten. Überlebt haben die Fiaker. Waren zwischen 1860 und 1900 über 1.000 Fiaker in Wien unterwegs, sind es heute noch rund 30 Fiaker-Unternehmen, die mit rund 150 Gespannen vor allem die vielen Wien-Touristen bedienen.

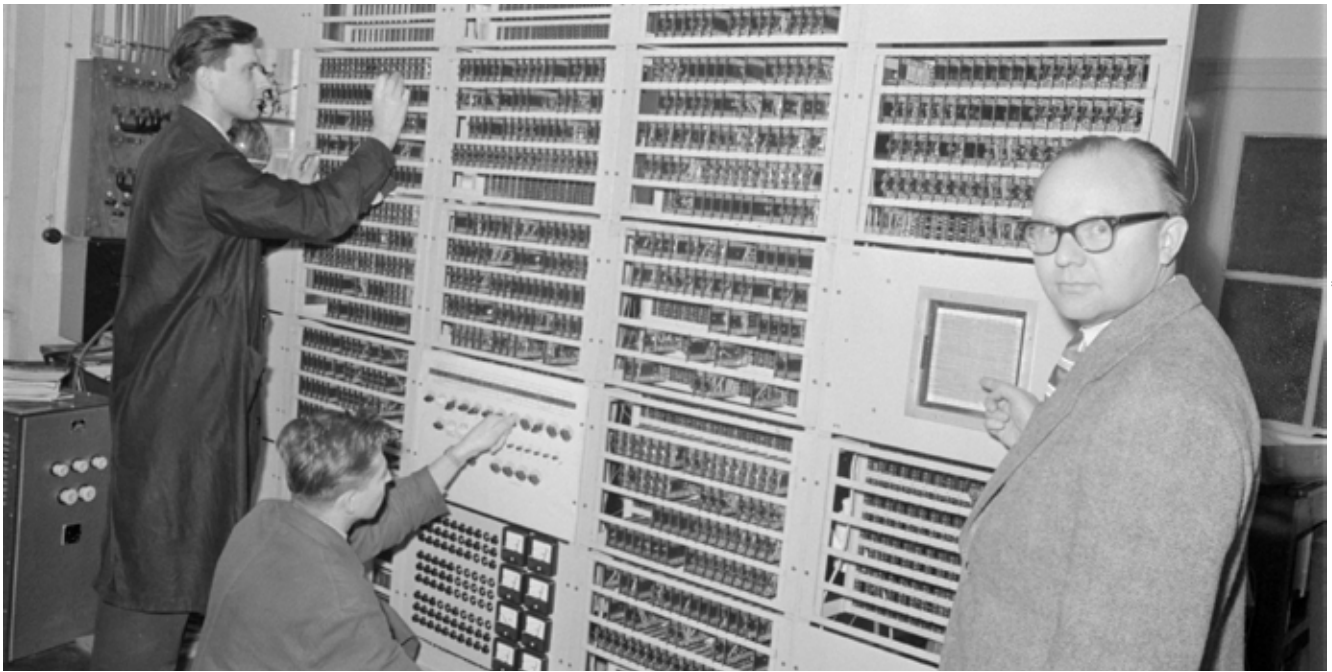
Technologieschub: Radio, TV, U-Bahn und Handy

Nach dem 1. Weltkrieg kam das Radio auf. 1924 wird die erste offizielle Radiosendung Österreichs ausgestrahlt. Das Radio als Massenmedium gewinnt rasch an Bedeutung, später auch als Werbeträger für die Wirtschaft. Der Zweite Weltkrieg mit all seinen verheerenden Folgen traf auch die Wiener Unternehmen hart. Doch nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs war Wien verhältnismäßig rasch wieder aufgestanden. Auch die Wirtschaftskammer Wien konsolidierte sich binnen weniger Monate neu. Mit dem vielzitierten Aufschwung nach dem Krieg kam auch das Fernsehen ins Land, 1955 liefen erste Sendungen drei Mal wöchentlich für rund 30 Minuten – was kaum jemand wahrnahm, da nur wenige Apparate in Betrieb waren. Ab 1958 gab es dann einen regulären Fernsehbetrieb.

Dass die heutige Digitalisierung auch ihre Wurzeln in Wien hat, wissen nur wenige. Denkt man an die ersten Computer, übersieht man oft das „Mailüfterl“ – jenen Rechner, der 1956 bis 1958 von Prof. Heinz Zemanek und seinem Team an der TU Wien gebaut wurde.

Mit dem U-Bahn-Bau in den 1970er und 1980er Jahren wurde das öffentliche Verkehrsnetz massiv erweitert. Damit gewannen die Wiener Händler zwar viele neue Kunden, mussten aber auch den Verlust etablierter Stammkundschaft hinnehmen, die nun rascher und bequem in andere Wiener Bezirke gelangten. Ein Beispiel für die damaligen Veränderungen ist die Fußgängerzone in der Kärntner Straße, die am 6. August 1974 eröffnet wurde. Dem vorangegangen war ein heftiger politischer Streit, die von Existenzängsten der ansässigen Kaufmannschaft bis zum architektonischen Disput getragen waren. Ähnlich war die Diskussion um die Mariahilfer Straße, die ab 2014 sukzessive zur heutigen verkehrsberuhigten Zone umgebaut wurde.

In den 1980er Jahren kamen schließlich die Mobiltelefone auf den Markt – zunächst extrem teuer, später auch für die Masse leistbar. Laut einer Analyse des FMK aus 2022 stammt das älteste Handy Österreichs, das noch genutzt wird, aus dem Jahr 1993 – ein Ericsson GH, das im GSM-Netz registriert ist. Ein weiteres markantes Ereignis, das vor allem die Wiener Jugend prägte, war das Aufkommen der Beisl-Szene in den 1980ern sowie die Eröffnung der Donauinsel mit ihrer „Partymeile“.



Erste Elektronenrechenmaschine Österreichs ‚Mailüfterl‘, Prof. Heinz Zemanek, TU Wien, mit zwei Technikern, die an der Maschine arbeiten, im Jahre 1958.

Junge Gastronomen machten die Wiener City zu einem Jugend-Magneten. Jahre des Beisl-Booms folgten, der allerdings nach der Corona-Pandemie deutlich an Fahrt verloren hat. Auch die Wiener Nachtgastronomie ist noch nicht wieder auf Vor-Pandemie-Niveau. Ein Zeichen dafür, dass sich die Wünsche und Ziele der Wiener Bevölkerung auch immer wieder verändern.

Auf dem Weg nach Europa

Die 1990er Jahre waren eine Zeit permanenten Umbruchs, der auch vor den Wiener Unternehmen nicht Halt machte. Der ORF fasste die Jahre in der Ankündigung der Serie „Die 90er Jahre – Auf dem Weg nach Europa“ sehr kurz und bündig wie folgt zusammen: „Jugoslawienkrieg, Flüchtlingswellen, EU-Beitritt, verurteilte Massenmörder, Briefbomben, Lichtermeer, Asylpolitik, Haider-Aufstieg, Groer-Rücktritt, Globalisierung, DJ Ötzi.“ Wirtschaftlich profitierten Österreich und Wien enorm von den Veränderungen und den Schüben, die von der Ostöffnung und dem EU-Beitritt ausgingen. Gleichzeitig ist der Krieg vor der Haustüre in Ex-Jugoslawien für viele noch greifbar nahe. Im Zuge des Balkankrieges kamen viele Menschen auf der Flucht nach Wien, blieben hier und bilden heute eine anerkannte Gruppe in der Wiener Wirtschaft. In der Wirtschaft vollzog sich ein dramatischer Wandel, der PC kam in jedes Haus, Ausbildung wurde immer wichtiger, weil immer mehr

Jobs entsprechende Qualifikationen erforderten. Gleichzeitig wuchs der Druck auf dem Arbeitsmarkt durch die Zuwanderung, die letzten Endes aber auch als ein Ausdruck der Globalisierung gesehen werden kann. Die politische Diskussion wurde immer härter – und auch uneinsichtiger – geführt, der Dialog blieb mitunter auf der Strecke. Es sind Situationen, die wir heute wieder oder noch immer erleben.

Die Nuller-Jahre – Herausforderungen en masse

Ab dem Jahr 2000 waren die Wiener Unternehmen mit einer Vielzahl von teilweise tiefgreifenden Veränderungen konfrontiert. Der Anschlag auf das World Trade Center (2001) schwang bis nach Österreich durch, die Angst vor einem Weltkrieg war spürbar. 2002 trat Österreich der Euro-Zone bei, eine Entwicklung, die lange vorbereitet wurde und dennoch für zahllose Diskussionen sorgte. Allein die Umrüstung der Handkassen auf die neuen Banknoten und Euro- bzw. Cent-Münzen beschäftigte monatelang Medien und Menschen. Und doch ist diese Zeit auch eine, in der sich der Aufschwung relativ bald wieder einstellt: Die Jahre 2005–2009 waren von der internationalen Wirtschaftsentwicklung geprägt. Und auf die Jahre der Hochkonjunktur folgte der Ausbruch der größten Wirtschaftskrise seit vielen Jahrzehnten, die später von den Schockwellen der Corona-Pandemie und des Ukraine-Krieges übertroffen werden

sollte. Vor allem aber waren die Wiener Unternehmen erneut mit enormen technologischen Veränderungen konfrontiert. Facebook wurde 2004, WhatsApp 2009 gegründet und das iPhone 2007 vorgestellt – heute erscheint dies so weit weg und ist doch erst wenige Jahre her. Wo immer es nötig ist, war und ist die Wirtschaftskammer vorne mit dabei, wenn es um Erleichterungen für die Unternehmen geht – etwa 2009 bei der Reform der Marktordnung oder bei der besseren sozialen Absicherung der Unternehmen.

Auf dem Weg in die Energiezukunft

Die neueste Entwicklung, die unsere Welt verändern soll, ist bereits im Laufen. Solarenergie, PV-Strom oder Windenergie beeinflussen die Art und Weise, wie Energie erzeugt wird – und die Wiener Unternehmen sind mittendrin. So wie vor Jahrzehnten durch das Aufkommen von Erdgas in der Raumwärme die Kohlenhändler zunehmend aus dem Stadtbild verschwanden, sollen nun umweltfreundliche Energiequellen für Wärme sorgen. Energiegemeinschaften in Grätzln und auf Firmendächern entstehen, unterstützt durch gemeinsame Initiativen der Stadt Wien und der Wirtschaftskammer Wien. Und in Zeiten steigenden Umweltschutzbewusstseins gewinnen sogar auch Berufe wieder an Bedeutung, die fast in Vergessenheit geraten sind – Schuhmacher beispielsweise. 180 Unternehmen sorgen aktuell in Wien dafür, dass die Menschen ihr Schuhwerk möglichst lange tragen können. Auch handgemachte Seifen sind wieder gefragt. Eben das macht Wiens Unternehmen aus: ihre enorme Anpassungsfähigkeit und Überlebensfähigkeit.

Und jetzt: Die Künstliche Intelligenz

An der Schwelle zu einem neuen Zeitalter stehen die Wiener Unternehmen nun durch die Künstliche Intelligenz. Sie ermöglicht grundlegend neue Geschäftsmodelle, Produktionsmethoden und auch neue und innovative Formen der Zusammenarbeit. Unternehmen wie Bitpanda, N26, GoStudent oder PlanRadar zählen in ihren Segmenten zur Weltspitze. Heute nutzen laut einer Studie der Wirtschaftskammer Wien bereits 38 % der Wiener Unternehmen KI-Tools. Zwei Drittel der Betriebe sind der Meinung, dass KI das Leben der Menschen erleichtern und verbessern wird. Mehr als die

Hälfte ist überzeugt, dass KI ihr Team unterstützen wird. In Wien entsteht damit gerade das nächste Kapitel einer jahrhundertlangen Erfolgsgeschichte, die in den alten Stadtmauern des Jahres 1849 begann und heute in einer mitteleuropäischen Metropole von internationaler Bedeutung fortgeschrieben wird.

DER AUTOR

Harald Hornacek, 1968 in Wien geboren, lernte das journalistische Handwerk bei APA, Kurier, WirtschaftsWoche, REGAL und CASH. Danach Chefredakteur u.a. für „die Wirtschaft“ und „SUCCEED“. Seit 2020 leitender Redakteur bei MediaPrint/Kronen Zeitung sowie für Special Interest-Projekte bei COPE/Styria und ORF Nachlese. Verschiedene Aufgaben bei der Wirtschaftskammer Wien, u.a. als Mitarbeiter der Pressestelle sowie für Projektarbeiten.



© Moni Fellner

GESCHICHTEN VOM GELD

- Ab **1900** ist die Krone alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel der Österreich-Ungarischen Monarchie.
- **1925** wird die Krone durch den Schilling ersetzt.
- Nach dem Anschluss Österreichs an Deutschland wird die Reichsmark Zahlungsmittel.
- Nach der Befreiung Österreichs im Mai **1945** bringen die Alliierten eigene Schillingnoten mit dem Aufdruck „Alliierte Militärbehörde“ in Umlauf.
- Ab **1950** werden auf den Scheinen bedeutende Persönlichkeiten aus Kunst, Kultur und Politik abgebildet.
- **2002** wird der Schilling vom Euro abgelöst.

(Österreichisches Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum)



KAPITEL 3

Vom Acker
zum Müllberg
und wieder zurück

Die Bedeutung der
Kreislaufwirtschaft einst und jetzt

Hannes Hippacher

Das Prinzip der Kreislaufwirtschaft gibt es viel länger, als man glauben würde. Ihre Entwicklung ist auch immer ein Spiegel der Zeit.

Kreislaufwirtschaft und ihre Entwicklung von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis heute, zeigt den Wandel von einer landwirtschaftlich geprägten Gesellschaft über die Wegwerfgesellschaft hin zu einer Gesellschaft, die mehr und mehr auf ressourcenschonendes Wirtschaften ausgerichtet ist.

In der Zeit der Revolution beginnend im März 1848 in Österreich, in der vermehrt eine liberale und demokratischere Lebensweise gefordert wurde, stand die Gesellschaft wirtschaftlich gesehen noch in den Kinderschuhen. Industrialisierung und das damit verbundene kapitalistische Konzept einer durch Wachstum geprägten Wirtschaft wurden als neue Ideen entwickelt, um Wohlstand zu sichern. Der Übergang von einer landwirtschaftlich geprägten Gesellschaft, die auf Handwerk und Materialschonung großen Wert legte, hin zu einer industrialisierten Wegwerfgesellschaft in der heutigen Zeit, ist auf eine Vielzahl von Faktoren, die im Laufe der Zeit zusammenwirkten, zurückzuführen.

Der Aufstieg der Industrialisierung und die zehn Grundsätze der Kreislaufwirtschaft

In der Zeit der Monarchie, vom Kaisertum Österreich bis zur Österreichisch-Ungarischen Doppelmonarchie (1804-1918) war die Landwirtschaft der Schlüssel zur Existenzsicherung großer Bevölkerungsteile. Menschen waren noch sehr eng mit dem Land verbunden, sie lebten von dem, was sie anbauten und nutzten vorwiegend Ressourcen, die sie zur Existenzsicherung benötigten und selbst herstellten. Handwerkliche Fertigkeiten spielten eine große Rolle, da Gegenstände oft mühsam hergestellt wurden und über Generationen hinweg genutzt wurden. Diese Fähigkeiten und Fertigkeiten bilden auch heute den Grundstein einer modernen Kreislaufwirtschaft. Zehn Grundsätze werden heute in der Kreislaufwirtschaftsstrategie der Bundesregierung genannt und hier einem geschichtlichen Vergleich anhand einfacher praktischer Beispiele unterzogen.

Grundsatz 1:

Produkte überflüssig machen.

Der Produktnutzen wird anders erbracht.

Vor 175 Jahren war es durchaus üblich, dass Gäste ihre eigenen Krüge und Becher mitbrachten, wenn sie sich in eine Gaststätte begaben. Dies wurde im Laufe der Zeit aus Bequemlichkeit, hygienischen Gründen oder einfach der mangelnden Akzeptanz der Betreiber nicht mehr gemacht. In den letzten Jahren ist allerdings der „Weg zu Mehrweg“ wieder zu erkennen und einzelne Gastro-Betriebe in Wien fördern die Mitnahme von eigenen Gebinden zur Abholung von Speisen.

Mit der Industriellen Revolution im 18. und 19. Jahrhundert begann aber auch ein grundlegender Wandel. Maschinen ersetzten menschliche Arbeit, was die Produktivität enorm steigerte. Die Massenproduktion wurde zur Norm, was zu einer Fülle an leistbaren, vormals nicht unbedingt notwendigen Gütern führte. Da sich für zahlreiche Produkte die Stückkosten drastisch reduzierten, wurden sie für eine breite Masse erschwinglicher. Dieser Übergang hatte viele positive Auswirkungen auf die Gesellschaft, darunter ein höheres Wohlstandsniveau und eine verbesserte Lebensqualität für viele Menschen.

Grundsatz 2:

Produkte neugestalten und intensiver Nutzen,

z. B.: durch Teilen.

Damals war es in Wien normal, zur Reinigung der Kleider sogenannte Waschwäuser zu besuchen. Mit der heutigen Verfügbarkeit von leistbaren Waschmaschinen für jeden Haushalt verschwanden auch die Waschwäuser. Auch heute gibt es in den Wiener Gemeindebauten noch rund 5.600 Waschküchen und einige private Wäschecenter. Diese haben aber nicht mehr den ökonomischen oder sozialen Stellenwert wie damals.

Die Elektrifizierung war in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nicht weit fortgeschritten und in Wien stellte elektrisch erzeugtes Licht, ungeachtet des Energieverbrauchs, eine disruptive Innovation dar. 1878 wurde beispielsweise der Wiener Eislaufvereinsplatz elektrisch beleuchtet und am 12. Juli 1880 probeweise die Halle des Südbahnhofs. Aber erst in den 1930er Jahren hatten die meisten Haushalte



Halle des Südbahnhofes, Wien 10, Ghegaplatz 6, um 1890–1910.

freien Zugang zu Strom und zwischen den 1950ern und 1970ern vollzog sich der entscheidende Schritt für Elektrogeräte vom Luxus- zum Massenkonsumgut – gemeinsam mit dem „Wirtschaftswunder“ und dem hohen Wirtschaftswachstum. Heute sehen wir die erneuerbaren Energien als Grundpfeiler der Kreislaufwirtschaft an. Vor einigen Jahrzehnten war die Verfügbarkeit von elektrischer Energie im Allgemeinen schon als Meilenstein zu sehen.

Grundsatz 3:

Reduzieren: Steigerung der Effizienz bei der Produktherstellung oder -nutzung durch geringeren Verbrauch von natürlichen Ressourcen und Materialien.

Was damals eine bahnbrechende Innovation und Lebensveränderung für Millionen von Menschen darstellte, wird heute weitgehend belächelt. Die bis vor einigen Jahren allgegenwärtige Glühbirne, die nach dem Funktionsprinzip eines zum Glühen gebrachten Drahtes, welcher von einem Glaskolben luftdicht eingefasst wurde, funktionierte, brachte den Menschen per Knopfdruck das Licht in die Wohnungen. Der Energieverlust, nach dem 95 % in Wärme und nur 5 % in den gewünschten Effekt (Licht) umgewandelt werden, interessierte bis vor einigen Jahren wenige. Das Aufkommen von Leuchtdioden (LED) als Ersatz, brachte eine energetische Reduktion bei beispielsweise einer 100 Watt Glühbirne von knapp 95 %

und kehrte den Effekt um. Eine 5 Watt LED erzielt also heute den gleichen Effekt und wird auch nicht so warm. Auch die Lebensdauer einer LED von rund 100.000 Stunden im Vergleich zu einer Glühbirne von 1.000 Stunden macht den Vergleich sicher.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war Wien von einem enormen Bevölkerungswachstum geprägt. Die kontinuierliche Zuwanderung, die 1910 ihren Höhepunkt hatte und zu einer Bevölkerungszahl von 2,1 Mio. Menschen führte, wurde auch durch Handwerksgehilfen und Lohnarbeiter aus den böhmischen Ländern geprägt, die sich in der Residenzstadt des Kaisers eine Anstellung erhofften. Die Mobilität der Menschen wurde durch drei wesentliche Faktoren geprägt. Die im Staatsgrundgesetz vom 21. Dezember 1867 verankerte Bewegungsfreiheit, die Eröffnung der Eisenbahnlinien mit Kopfbahnhöfen, die am Linienwall endeten und die großen Infrastrukturmaßnahmen, die mit dem Abbruch der Befestigungsanlagen ihren großen Anfang nahmen. Die Steine und Ziegel der Anlagen wurden durch einen Fonds wieder verkauft und damit wurden teilweise die Ringstraßenbauten finanziert sowie die Materialien wiederverwendet. Generell wurde eine enorme Menge an Menschen und Material sowie finanziellen Ressourcen benötigt, um den kontinuierlichen Abtausch zwischen Bevölkerungswachstum und Stadterweiterung zu begegnen. Genau diese Städte waren aber auch der Grund für das Voranschreiten der Industrialisierung und eines damit verbundenen Müllproblems. Abfälle aus Küche oder Latrine konnten

nicht mehr wie traditionell üblich auf dem Feld hinter dem Haus oder vor der Stadt ausgebracht werden und auch nicht den Haustieren verfüttert werden. Jahrhundertelange gültige Formen der Verwendung von (organischen) Abfällen als Sekundärrohstoff schlugen in der Stadt fehl.

Weitere Grundsätze:

4. Wiederverwendung: Funktionsfähige Produkte wiederverwenden, 5. Reparatur: Produkte warten und durch Reparatur weiternutzen, 6. Verbessern: Alte Produkte aufbereiten und auf den neuesten Stand bringen, 7. Wiederaufbereiten: Teile aus defekten Produkten für neue Produkte nutzen, die dieselbe Funktion erfüllen, 8. Anders weiternutzen: Teile aus defekten Produkten für neue Produkte nutzen, die andere Funktionen erfüllen.

Zusammengefasst: Verlängerte Lebensdauer von Produkten, Komponenten und Infrastruktur.

Für diese Punkte ist die Verwendung von Textilien ein gutes Beispiel. Die regionale Produktion, Fertigung und der Handel von Stoffen haben sich im Laufe der Jahrzehnte verlagert. Heute sind rund 50 % aller importierten Textilien aus Asien. Davon entfallen allein rund 20 % auf China. Einem österreichischen Exportvolumen von 3,4 Mrd. Euro im Jahr 2022 vorwiegend innerhalb Europas (85 %) und Afrikas (10 %) steht ein Importvolumen von 5,6 Mrd. Euro gegenüber. Der technische Fortschritt in der Spinntechnik in den letzten 70 Jahren ist beeindruckend. Konnte man mit einer Ringspinnmaschine um 1950 noch ca. 15 kg in einer Stunde Arbeit fertigen, schaffen heute modernste Open-End-Maschinen in derselben Zeit ca. 400 kg. In der heutigen globalisierten Welt sind die Anreize der damals notwendigen Wiederverwendung obsolet geworden.

Der generelle Verlust der oben erwähnten Fertigkeiten sowie der Preis der Produkte geben heute wenig Anlass zur Reparatur oder Aufbereitung von Kleidung. Die Reparatur eines kaputten Reißverschlusses einer Kinderjacke bei einem Schneider in Wien kostete 2024 35 Euro (Einzelfall, ohne Vergleichsangebote). Eine neue Kinderjacke bei einem Geschäft um die Ecke kostete 30 Euro. Es scheint deutlich, dass es nur aus moralischen Gründen aber keinesfalls aus wirtschaftlichen gerechtfertigt erscheint, eine Reparatur



Mistbauer mit Wagen, ca. 1923.

durchzuführen. Ähnliches gilt für die Wiederaufbereitung. Damit bleibt allein die Weiternutzung von funktionstüchtigen Kleidungsstücken durch Familienmitglieder, Bekannte oder Tauschbörsen heute noch wirtschaftlich sinnvoll.

Grundsatz 9:

Recycling: Aufbereiten von Materialien, um eine hohe Qualität zu erhalten und sie wieder in den Materialkreislauf zurückzuführen.

Die alten Formen des Recyclings versagten in einer vorindustrialisierten Stadt und schufen neue Probleme. Um 1870 waren die primären Probleme der Entsorgung auf Asche und organische Stoffe zurückzuführen, die in einer ständig wachsenden Stadt keine „Abnehmer“ fanden. Diese wurden hauptsächlich in rinnende Gewässer vor der Stadt und teilweise noch als Tierfutter entsorgt. Für die Entsorgungen waren im 19. Jahrhundert magistratische Departements zuständig. Diese beauftragten und bezahlten Fuhrleute mit dem Abtransport. Im Jahr 1920 wurde eine eigene Abteilung für Straßenpflege geschaffen, die wir heute als MA48 kennen. Seit der Einfuhr des Coloniasystems, welches 1923 in Wien erstmals zur Anwendung kam, erbrachte die kommunale Müllsammlung eine herausragende Leistung. Zur Steigerung der Recyclingquote werden heute Altstoffe möglichst sortenrein getrennt gesammelt und verwertet. Abfall wurde im Laufe der Geschichte zu einer wertvollen Ressource.

Grundsatz 10:

Thermische Verwertung mit Energierückgewinnung

Abfälle, die nicht anders verwertet werden können, werden energetisch für die Fernwärme-, Fernkälte- und Stromerzeugung genutzt. Somit wird heute



Die neue Müllverbrennungsanlage (MVA) Pfaffenzell in Wien-Simmering, MA53, 15. September 2008.

das „Wiener Modell“ zum Herzstück der Energieeffizienzstrategie der Stadt. Laut den Angaben der Wien Energie verbindet das Modell die Nutzung von Abwärme aus der Stromerzeugung – die sogenannte Kraft-Wärme-Kopplung, die Gewinnung von Energie aus 800.000 t Siedlungsabfall, 200.000 t Klärschlamm sowie 100.000 t Industrie- und Gewerbeabfällen jährlich, die Nutzung industrieller Abwärme sowie den Einsatz erneuerbarer Energieträger miteinander. 1,1 Mio. t Abfälle werden zur Energiegewinnung genutzt. 1,4 Mio. Kunden werden mit Strom, Wärme und Erdgas versorgt, 3 Mio. t CO² können dadurch jährlich eingespart werden.

Resümee

Die Kontinuität bestimmter Prinzipien der Kreislaufwirtschaft überdauern die Zeit. Trotz des Wandels der Technik und der Gesellschaft bleiben Wiederverwendung, Reparatur, Verbesserung und alternative Nutzung von Produkten bestehen – allerdings nicht allgemein, sondern nur vereinzelt. Diese Praktiken, die einst aus der Notwendigkeit der Ressourcenschonung und des ökonomischen Überlebens resultierten, werden heute wiederentdeckt und als effektive Wege zur Reduzierung von Abfall und Ressourcenverbrauch

vorangetrieben. Die Geschichte zeigt, dass der nachhaltige Umgang mit Ressourcen nicht neu ist, sondern seit langem in den menschlichen Gemeinschaften verankert ist. Durch die Wiederbelebung und Anpassung dieser traditionellen Prinzipien an moderne Technologien und wirtschaftliche Bedingungen können wir eine nachhaltigere Zukunft schaffen, die auf dem langjährigen Wissen und den Erfahrungen unserer Vorfahren aufbaut.

DER AUTOR

Mag. (FH) Hannes Hippacher, MSc., geb. 1982 in Graz, studierte Nachhaltige Entwicklung, Management und Politik in Wien und ist Nachhaltigkeitskoordinator der Wirtschaftskammer Wien. Sein Aufgabengebiet in der Organisation beinhaltet u.a. die Darstellung von nachhaltigen Konzepten der Wirtschaft in den Bereichen Energie, Mobilität, Kreislaufwirtschaft und Immobilien. Diese werden auch in anderen Medien der WKW präsentiert.





KAPITEL 4

Zufluchtsort und Keimstätte des Wissens

Ein Blick auf Lehre und Wirken
der Österreichischen Schule
der Nationalökonomie

Alexander Linsbichler

Die Wiener Handelskammer als Lebensretter für die Österreichische Schule der Nationalökonomie.

Ohne die Wirtschaftskammer Wien hätte die Weltwirtschaft in den letzten Jahrzehnten womöglich einen gänzlich anderen Kurs eingeschlagen. Für die massive Reduktion von globaler Armut, trotz rasant steigender Bevölkerung und für den enormen Wohlstandszuwachs in Industrienationen seit dem Zweiten Weltkrieg, ist vielleicht indirekt die Wirtschaftskammer Wien mitverantwortlich. Was auf den ersten Blick womöglich nach einer, dem Festschriftformat geschuldeten, kühnen Übertreibung klingt, soll hier seriös begründet werden.

In den 20er und 30er Jahren des 20. Jahrhunderts bot die Wiener Handelskammer Vertretern der Österreichischen Schule der Nationalökonomie einen Zufluchtsort. Im zentraleuropäischen Umfeld, aber ganz besonders an der Universität Wien, gewannen damals zusehends kollektivistische, totalitäre und antisemitische Kräfte die Oberhand. Den zum Teil jüdischen Vertretern der Österreichischen Schule und ihren individualistischen, liberalen Ideen wurden zunächst akademische Karrierechancen in Wien verbaut und mit dem Anschluss 1938 gar das Existenzrecht abgesprochen.

International viel beachtete Spitzenforschung in politischer Ökonomie wurde somit in den 20er und 30er Jahren nicht an der Universität Wien betrieben, sondern in außeruniversitären, oftmals informellen Institutionen. Ludwig von Mises scharte als leitender Sekretär der Wiener Handelskammer seine brilliantesten Schüler, aber auch prominente Gäste aus dem In- und Ausland um sich und hielt die Österreichische Schule unter widrigen Umständen am Leben. So wurden die Kammerräumlichkeiten am Wiener Stubenring zur Keimzelle des Wiederaufblühens der Österreichischen Schule in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in den USA. Mises' Schüler, allen voran Gottfried Haberler, Fritz Machlup, Friedrich August Hayek und Oskar Morgenstern formten unsere internationale Wirtschafts- und Währungsordnung entscheidend mit. Ohne die innerösterreichischen, sozialpartnerschaftlichen Errungenschaften der Wirtschaftskammer schmälern zu wollen – global relevante Geschichte hat die Wirtschaftskammer mit der Lebensrettung für die Österreichische Schule der Nationalökonomie geschrieben.

Im Anfang waren die Grundsätze

Das Geburtsjahr dieser Denkrichtung wird meist mit 1871 datiert, als Carl Menger die Grundsätze der Volkswirtschaftslehre publizierte. Darin verbesserte er bestehende Theorien (weitgehend) subjektiver Bewertungen und erklärte soziale Phänomene wie Tausch, Preise und Geld als das unintendierte Resultat des Zusammenspiels intendierter menschlicher Handlungen. Menger zeigte, dass Geld ohne Planung und Staatsgewalt entstehen kann – weshalb sich 150 Jahre später unter anderem Verfechter von Kryptowährungen auf ihn berufen, manchmal mit der überzogenen Behauptung, Geld müsse ungeplant und ohne Staat entstehen. Jedenfalls bleibt Mengers innovative Kombination von Subjektivismus mit methodologischem Individualismus trotz diverser Variationen und interner Richtungsstreitigkeiten bis heute ein Eckpfeiler der Österreichischen Schule.



Karl (Carl) Menger, 1840-1921

Menger und viele seiner Studenten genossen hohes Ansehen und Ämter im Staatsapparat der Donaumonarchie. Schulengründer Menger selbst erteilte Kronprinz Rudolf Privatunterricht und war ebenso Lehrstuhlinhaber an der Universität Wien wie die prominentesten Vertreter der zweiten Generation, Friedrich Wieser und Eugen Böhm-Bawerk. Letzterer initiierte als Finanzminister die Einführung einer progressiven Einkommenssteuer (1896). Den Spitzensteuersatz von 5 % schalteten Kritiker damals als kommunistischen Exzess. Die heutigen 55 % plus Lohnnebenkosten illustrieren, wie schnell sich ändern kann, was als „normal“, „extrem“ oder „politisch machbar“ gilt.

In der Zwischenkriegszeit genoss die Österreichische Schule international einen ungebrochen hervorragenden Ruf. Dem prominentesten Vertreter der dritten Generation, Ludwig Mises, blieb aber eine einträgliche Position an der Universität Wien verwehrt, von einer Professur ganz zu schweigen. In den 1930er Jahren war selbst an eine Habilitation für Juden, Liberale oder strikte methodologische Individualisten kaum mehr zu denken. Trotz der innovationsfeindlichen Atmosphäre an der Universität Wien erlebten Wissenschaft, Philosophie und Kunst eine Hochblüte. In mehr oder weniger formellen Institutionen, von außeruniversitären Forschungsinstituten, über Diskussionszirkel bis zur Wiener Kaffeehauskultur, boten sich vielfältige und interdisziplinäre Gelegenheiten, Ideen kreativ zu entfalten und im kritischen Austausch zu prüfen.

Ludwig Mises und die Handelskammer als Dreh- und Angelpunkt

Statt an der Universität machte Mises in der Handelskammer Karriere. Er startete 1910 als „Konzeptpraktikant“ und arbeitete sich bis zum leitenden Sekretär hoch. Wie groß sein Einfluss auf die Wirtschaftspolitik der Ersten Republik tatsächlich war, ist Gegenstand aktueller historischer Forschung. Jedenfalls wurde Mises von der Notenbank, von Ministerien und natürlich vom Präsidium der Handelskammer immer wieder als Berater beigezogen. Weil Mises, wie Hayek beschreibt, ein normales Tagespensum in zwei Stunden Arbeit erledigen konnte, publizierte Mises weiterhin sowohl wissenschaftlich als auch in



Ludwig von Mises, 1881-1973

Tageszeitungen; und er organisierte sein „Privatseminar“, den Miseskreis. Von 1920 bis 1934 trafen sich jeden zweiten Freitag circa 15 persönlich eingeladene, hervorragende Ökonomen und Philosophen in seinem Büro in der Handelskammer, um über Politische Ökonomie und ihre Methodologie zu diskutieren. Unter den bedeutenden internationalen Besuchern war unter anderem Lionel Robbins. Für die damalige Zeit ungewöhnlich war, dass mehrere Ökonomen zu den Stammteilnehmern zählten.

Auch das auf Initiative Mises' und Hayeks gegründete Österreichische Institut für Konjunkturforschung nahm 1927 seine Tätigkeit in den Räumlichkeiten am Stubenring auf. Unter anderem sollte veröffentlichtes Wissen über aktuelle Konjunkturdaten Unternehmen helfen, fundierte Investitionsentscheidungen zu treffen; aber auch für politische Entscheidungen und für proto-sozialpartnerschaftliche Verhandlungen lieferte das Institut eine empirische Basis. Mises und



© Österreichische Nationalbibliothek

Friedrich August Hayek, 1899 – 1992

die Direktoren Hayek und Morgenstern versorgten großartige, an der Universität unerwünschte, Ökonomen und Mathematiker mit Forschungsstellen. Die Qualität der Arbeit schlug sich bald in großzügiger Finanzierung durch die Rockefeller Foundation nieder. Heute ist das Institut unter dem Namen „WIFO“ (Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung) die größte außeruniversitäre Denkfabrik des Landes. In ihrer Korrespondenz ärgerten sich Mises' Schüler später häufig über den zeitweiligen Starrsinn ihres Mentors, aber alle würdigten seine wissenschaftlichen Verdienste und seinen Anteil an den großartigen Karrieren, die viele von ihnen später an US-amerikanischen Universitäten machen sollten. Hätten Mises und die Handelskammer nicht den geistigen und physischen Raum geschaffen, um Mengers Ideen kritisch weiterzuentwickeln, wäre die Österreichische Schule womöglich gemeinsam mit der Ersten Republik untergegangen. So aber schärfte die vierte Generation unter Mises' Ägide ihr Profil und emigrierte nach und

nach, als sich die Situation in Zentraleuropa weiter zuspitzte und viele von ihnen prestigeträchtige Angebote von US-Universitäten erhielten.

Gottfried Haberler: Bibliothekar der Handelskammer und Professor in Harvard

Zu den prominentesten Mitgliedern des Mises-Kreises zählen der spätere Nobelpreisträger Hayek, der Ko-Begründer der Spieltheorie und Berater der US-Regierung in Verteidigungsfragen Oskar Morgenstern, der „letzte Generalist der Ökonomie“ Fritz Machlup, Polyhistor Felix Kaufmann und der Sozialwissenschaftler Alfred Schütz. Letzterer hielt angeblich beim an die Diskussionen anschließenden Umtrunk meist am längsten bis in die Morgenstunden durch. Einer breiten Öffentlichkeit weniger bekannt ist der von 1924 bis 1934 von der Wiener Handelskammer als Bibliothekar und Rechtsberater beschäftigte Gottfried Haberler – zu Unrecht. Seltener als seine Kollegen trat er als Popularisierer und Aufklärer öffentlich in Erscheinung. Stattdessen konzentrierte er sich als „Ökonom der Ökonomen“ auf die Diskussion von theoretischen Details mit Fachkollegen. Von seiner eminenten Stellung in der Disziplin zeugen eine Professur in Harvard, die Präsidentschaft der International Economic Association und die Beauftragung durch den Völkerbund, eine umfassende Studie zur Weltwirtschaftskrise auszuarbeiten. Seine bahnbrechenden theoretischen Arbeiten zum internationalen Freihandel – er arbeitete unter anderem eine moderne, subjektivistische Basis für David Riccardos Einsichten zum komparativen Kostenvorteil aus – flossen auch in die Weiterentwicklung des internationalen Zoll- und Handelsabkommens GATT ein. Haberler beschäftigte sich auch intensiv mit dem Spezialfall der Entwicklungsländer und zeigte, dass unter regulären Bedingungen auch deren Teilnahme am internationalen freien Handel eine verbesserte Güterversorgung in allen beteiligten Ländern zur Folge habe. Zusammen mit Machlup und anderen schaffte es Haberler, durch Strategie, Fachkompetenz und Diplomatie, innerhalb der Vorläuferorganisationen der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds Allianzen zu schmieden. Die Folge waren eine Tendenz zu mehr Freihandel, aber noch einschneidender, die Ablösung des zunehmend ausbeutungsanfälligen Bretton-Woods-Systems und eine Hinwendung zum

internationalen System freier Wechselkurse, das uns heute so selbstverständlich erscheint. Schätzungen zu Folge explodierten in den 1960er Jahren die Zustimmungsraten dazu unter Ökonomen von 5 % auf über 90 % – nicht zuletzt aufgrund von Haberlers Einfluss.

”

Wir leben demnach heute in einer Welt, deren ökonomische Spielregeln maßgeblich von Haberler beeinflusst wurden. Wer weiß, welchen Lauf die Geschichte genommen hätte ohne eine außeruniversitäre Anlaufstelle für den jungen Haberler?

Wie die Volkswirtschaftslehre sich nach dem Zweiten Weltkrieg ohne den Einfluss der Österreichischen Schule entwickelt hätte, ist natürlich ebenso Spekulation. Festzuhalten ist aber zweierlei: Erstens scharte Mises in New York neue Schüler um sich und legte damit den Grundstein für eine spezifische US-amerikanische Variante von Austrian Economics. Zweitens blieben Hayek, Mises, Haberler, Morgenstern und andere in kritischem Austausch mit dem neoklassisch und keynesianisch geprägten Mainstream der Ökonomie. So hielten zahlreiche „Österreichische“ Ideen Einzug in andere Denkschulen, wenngleich oft in adaptierter, abgeschwächter Form. Das betrifft beispielsweise die vermehrte Berücksichtigung des institutionellen, juristischen und kulturellen Rahmens bei der Untersuchung ökonomischer Phänomene sowie den Aufstieg der Informationsökonomik. Letztere analysiert unter anderem die Folgen der asymmetrischen Verteilung von Information. Schon seit Carl Menger, aber ganz besonders seit Hayek und Machlup, betont die Österreichische Schule, dass viele soziale Phänomene nur befriedigend erklärt und verstanden werden können, wenn die ökonomische Theorie berücksichtigt, dass das Wissen der handelnden Individuen unvollständig, ungewiss, verschieden und oftmals fehlerhaft oder implizit ist. Dabei sprechen Österreicher von „Wissen“ statt von „Information“, um zu betonen, dass fast nie nur „objektive“

Daten die Basis menschlichen Handelns sind, sondern auch eine subjektive Interpretation der Situation und der Daten. Individuen handeln auf Basis ihres subjektiven Wissens; möglicherweise finden sie durch Misserfolge heraus, dass ihre Annahmen falsch waren.



Gottfried Haberler, 1900-1995

Wissenschaft und Marktwirtschaft

Ein solcher „Lernerfolg“ durch enttäuschte Erwartungen ist jedoch häufig höchst unangenehm. Wissenschaft und Marktwirtschaft sind Systeme, bei denen nicht jeder jeden Misserfolg selbst erleiden muss, um klüger zu werden. Die institutionalisierte und anhaltende Kritik durch Fachkollegen und deren Experimente zeichnet wissenschaftliches Wissen aus. Das

Recht und die Anreize, viele verschiedene Lösungen parallel ausprobieren zu können, zeichnet marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnungen ebenso aus wie die Nutzung des verstreuten Wissens vieler verschiedener Akteure. Aus diesem Blickwinkel ist der Markt ein Entdeckungsprozess für immer bessere Lösungen zur Befriedigung von Konsumenten.

Die Österreichische Schule der Nationalökonomie ist zwar primär ein wissenschaftliches Forschungsprogramm mit spezifischen Theorien und Methoden, aber ihre Vertreter waren und sind natürlich nicht nur Wissenschaftler, sondern auch Bürger. In dieser Rolle und als Teil der Wiener Spätaufklärung förderten viele von ihnen die Verbreitung und Nutzung sozialwissenschaftlichen Wissens und unterstrichen die positiven Auswirkungen weitgehender Marktwirtschaft auf den materiellen Wohlstand aller, auch der ärmsten Bevölkerungsschichten. Befürwortung der Marktwirtschaft mit ihren Eckpfeilern Privateigentum, Vertragsfreiheit und Freiwilligkeit ist dabei zunächst nicht zu verwechseln mit Interessenvertretung für Unternehmen. Man denke beispielsweise an den Abriss des deutschen Dorfes Lützerath im Jahr 2023, um dem Energieversorgungskonzern RWE Kohleabbau zu ermöglichen. Die Demonstranten gerieten sich

zwar als Antikapitalisten, dabei hätte gerade marktwirtschaftlicher Schutz von Privateigentum bedeutet, dass die Dorfbewohner nicht behördlich zum Verkauf an RWE gezwungen werden können. Tatsächlich argumentieren viele Ökonomen der Österreichischen Schule, dass staatliche Eingriffe häufig internationale Konzerne statt Konsumenten bevorzugen. Kleine und mittlere Unternehmen, die weniger Möglichkeit zur Lobbyierung politischer Entscheidungsträger genießen, würden demnach in freieren Märkten tendenziell profitabler.

Die Wirtschaftskammer agiert im Sinne der Österreichischen Schule, wenn sie ihren Mitgliedern und der österreichischen Bevölkerung insgesamt Wissen zur Verfügung stellt, etwa über rechtliche Rahmenbedingungen und wirtschaftliche Zusammenhänge, um zu informierteren individuellen und gesellschaftlichen Fragen und Entscheidungen beizutragen. Was den Einsatz für weitgehend marktwirtschaftliche Ordnung und Respekt vor Eigentum betrifft, fällt die Bilanz der Aktivitäten der Wirtschaftskammer wohl ebenso positiv aus, auch wenn Mises und Machlup schon in der Zwischenkriegszeit bemängelten, dass die Gewerbeordnung Markteintritte und damit die Entdeckung neuer Lösungen verhindern kann.



© Florian Wieser

Univ.-Prof. Dr. Rudolf Taschner, Univ.-Prof. Dr. Josef Smolle und Walter Ruck bei einer Sitzung des Wiener Wirtschaftskreises im Haus der Wiener Wirtschaft.

LESEEMPFEHLUNGEN

ZUM EINSTIEG:

Klausinger, Hansjörg (Hg.). **Machlup, Morgenstern, Haberler, Hayek und andere: Wirtschaftspublizistische Beiträge in kritischer Zeit (1931-1934)**. Metropolis, 2005.

Linsbichler, Alexander. **Viel mehr als nur Ökonomie. Köpfe und Ideen der Österreichischen Schule der Nationalökonomie**. Böhlau, 2022.
Mises, Ludwig. Liberalismus. Gustav Fischer Verlag, 1927.

Schulak, Eugen Maria & Unterköfler, Herbert. **Die Wiener Schule der Nationalökonomie**. Bibliothek der Provinz, 2009.

Taschwer, Klaus. **Hochburg des Antisemitismus: Der Niedergang der Universität Wien in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts**. Czernin, 2023.

VERTIEFEND:

Haberler, Gottfried. **Der Internationale Handel**. Springer, 1933.

Hayek, Friedrich August. **Entnationalisierung des Geldes. Schriften zur Währungspolitik und Währungsordnung**. Mohr Siebeck, 2023 (1932-1976).

Stadler, Friedrich (Hg.). **Vertriebene Vernunft. Emigration und Exil österreichischer Wissenschaft 1930-1940 (2 Bände)**. LIT, 2004 (1987).

Taghizadegan, Rahim & Rhys James, Huw (Hg.). **Felix Kaufmann's Songs of the Mises-Kreis: Wiener Lieder zu Philosophie und Ökonomie**. mises.at, 2019.

Wiener Wirtschaftskreis

Auch der 2017 gegründete und mit der Wirtschaftskammer Wien affilierte Wiener Wirtschaftskreis (siehe Kapitel 6 – Seite 62) spiegelt den fortwährenden Aufklärungs- und Gestaltungsanspruch der Kammer wider, sieht sich die neue Denkfabrik doch in der Tradition sowohl der Österreichischen Schule der Nationalökonomie als auch des Wiener Kreises, einer intellektuell revolutionären Gruppe von Philosophen, Logikern und Wissenschaftlern in der Zwischenkriegszeit. Im Sinne der Wiener Spätaufklärung soll wissenschaftliches Wissen in individuelle und gesellschaftliche Entscheidungen einfließen und dadurch zur Verbesserung der Lebensumstände beitragen. Dabei warnten Mitglieder des Wiener Kreises wie Otto Neurath sowie Ökonomen der Österreichischen Schule wie Mises eindringlich vor expertokratischen Vorstellungen. Wissenschaft und Experten können über zu erwartende und womöglich unintendierte Folgen aufklären oder übersehene Probleme und Alternativen aufzeigen, aber Entscheidungen sind in Demokratien die Aufgabe und das Recht gewählter politischer Amtsträger. Neurath, Mises und Hayek sind sich auch über die Macht der Ideen einig. Es reicht langfristig nicht, wenn Experten politische Entscheidungsträger beraten. Vielmehr sollen wissenschaftliches Wissen und wissenschaftliche

Weltanschauung, entsprechend aufbereitet, weiten Teilen der Bevölkerung nahegebracht werden. Wie der Wiener Wirtschaftskreis und die Wirtschaftskammer Wien diese äußerst schwierigen Herausforderungen meistern, wird eine Bestandsaufnahme zum 200-jährigen Jubiläum 2049 zeigen.

DER AUTOR

Alexander Linsbichler ist Senior Postdoc am Institut für Philosophie und Wissenschaftstheorie an der Johannes Kepler Universität Linz, wo er das FWF Forschungsprojekt „Adverse Allies: Logical Empiricism and Austrian Economics“ leitet. Er lehrt an der Universität Wien und an der Diplomatischen Akademie. Er hat Aufenthalte als Gastforscher in Manchester (GB) sowie je zweimal in Florianopolis (BRA) und an der Duke University (USA) absolviert. Seine drei Bücher und zahlreichen wissenschaftlichen Aufsätze enthalten Beiträge zu Wissenschaftsphilosophie, Logik und historisch informierter Politischer Ökonomie.



© Alexander Linsbichler





KAPITEL 5

Vom Anfang und (Schein-)Ende der Sozialpartnerschaft

Der österreichische Weg zu
Gestaltung und Erhalt der sozialen
und wirtschaftlichen Stabilität

Oliver Rathkolb

Die österreichische Sozialpartnerschaft ist ein Erfolgsmodell, das sich im Laufe vieler Jahrzehnte immer wieder neu erfunden und fokussiert hat.

Sehr zum Unwillen bedeutender ÖkonomInnen und PolitikwissenschaftlerInnen hat sich in Österreich, stärker als in anderen westeuropäischen Staaten, ein von institutionalisierten Lobbys der ArbeiterInnen und Angestellten (der Gewerkschaften und der Arbeiterkammer) und der privaten ArbeitgeberInnen (Landwirtschaftskammer und Bundeswirtschaftskammer) gestaltetes System des Interessenausgleichs als wirksam erwiesen. Zwar traten vor allem in der Phase der zweiten Großen Koalition 1986–1999 schon deutliche Risse in diesem System auf, doch blieb die These des US-Ökonomen Mancur Olson gültig: Wo wie in Österreich beide wesentlichen wirtschaftspolitischen Lobbys gemeinsam agieren, werden die jeweiligen Gruppeninteressen zugunsten einer wirtschaftsbelebenden Politik ausgeglichen.

Im Folgenden soll versucht werden, etwas Licht in das Dunkel der Sozialpartnerschaft zu bringen, die den sozialen und ökonomischen Aufbau der Zweiten Republik (vor dem Hintergrund günstiger internationaler Rahmenbedingungen) mitbewirkt hat.

Eine wichtige Entscheidung für das Funktionieren der Sozialpartnerschaft fiel bereits Ende April 1945, als durch die Gründung einer straff und zentralistisch organisierten Gewerkschaftsbewegung durch Vertreter von SPÖ, ÖVP und KPÖ eine institutionelle Lehre aus den fragmentierten und ideologisch abgeschotteten Einzelgewerkschaften der Ersten Republik gezogen wurde. In der ÖVP hatte es zwar vor 1945 im Untergrund Debatten gegeben, ob nicht wieder die christlichen Gewerkschaften etabliert werden sollten, aber jüngere ÖVP-Gewerkschafter um Lois Weinberger und Erwin Altenburger setzten sich durch. Auf Seiten der SPÖ war der spätere ÖGB-Präsident Johann Böhm federführend; er hatte Ende 1937 einer Gruppe angehört, die gemeinsam mit Aktivisten des Schuschnigg-Regimes eine Abwehrbewegung gegen das NS-Regime zu etablieren versuchte. In manchen formalen Bereichen gab es Kontinuitäten zu den autoritären Gewerkschaften nach 1934 sowie zur Deutschen Arbeitsfront (DAF), jedoch immer mit klaren demokratischen Rahmenbedingungen, wenn auch unter zentralistischer Grundausrichtung.

Bereits 1946 gab es aber deutliche ideologische Kontroversen und Abgrenzungsbestrebungen gegen eine kommunistische Einheitsgewerkschaft, obwohl die KPÖ auf der Ebene der Betriebsräte teilweise stark repräsentiert war, vor allem in den sowjetisch verwalteten Betrieben. Ebenso wurde deutlich, dass der ÖGB und die ihn aufgrund der entsprechenden Wahlerfolge dominierende sozialistische Fraktion eher die Option der Kooperation als die Auseinandersetzung mittels Streiks wählen würden (trotz der großen sozialen Probleme wurden 1946 nur 35 % der Streiks vom ÖGB anerkannt).

Stärkung des Zusammenhalts

Neben der Zentralisierung war die stärkere Integration in die SPÖ, als dies vor 1933 der Fall gewesen war,



Johann Böhm, 1886-1959

ein weiteres wichtiges Element. Böhm vertrat ebenso wie SPÖ-Vizekanzler Adolf Schärf die Ansicht, dass führende SPÖ-Gewerkschafter (ebenso wie Vertreter der Arbeiterkammer) auch dem SPÖ-Parteivorstand und dem sozialistischen Parlamentsklub angehören sowie entsprechend in der Regierung repräsentiert sein sollten. Eine personelle Machtakkumulation also, die in Zeiten wirtschaftlicher und sozialer Krisen rasche Entscheidungen mit wenigen Akteuren ermöglichte. Auch die ÖVP integrierte die Entscheidungsträger ihrer Gewerkschaftsorganisation (ebenso wie die Vertreter der Bundeswirtschaftskammer), wobei sich zunehmend ab 1947 Julius Raab und die Bundeswirtschaftskammer gegen die „alten“ wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger aus der Ersten Republik und dem „Ständestaat“, repräsentiert durch den Berater Renners, Viktor Kienböck, durchsetzten.



© Österreichische Nationalbibliothek

Julius Raab, 1891-1964

Politische Realitäten

Die Institutionalisierung dieses außerparlamentarischen Entscheidungsprozesses in Form eines „Wirtschaftsdirektoriums“ (es bestand aus den Präsidenten des ÖGB, der Landwirtschaftskammer, der Arbeiterkammer und der Bundeswirtschaftskammer) entsprach zwar der politischen Realität, wurde aber vom Verfassungsgerichtshof 1951 als formale Desavouierung des parlamentarischen Systems aufgehoben. Faktum blieb aber, dass Entscheidungen zu wesentlichen wirtschaftlichen und sozialen Themen von den Akteuren dieser Gruppe entschieden und von Regierung und Parlament nur noch sanktioniert beziehungsweise im Detail verfeinert wurden.

Um die Inflationsraten und die Währungsreform zu dämpfen, wurden zwischen 1947 und 1951 fünf Lohn- und Preisabkommen geschlossen, eine wichtige Tätigkeit, an der auch die Bundeswirtschaftskammer mitwirkte.

Bedeutung über Jahrzehnte

Während die ÖVP an einer rechtlichen Institutionalisierung der sozialpartnerschaftlichen Institutionen und Entscheidungsabläufe weniger interessiert war, versuchte der ÖGB unter Böhm eine Verankerung. Diese gelang dann trotz mancher Widerstände auch in der SPÖ-Spitze um Schärf und Pittermann, als 1957 die Paritätische Kommission für Lohn- und Preisfragen gegründet wurde, die auch die Lohn- und Preisabkommen-Aufgabe übernahm. Dem war 1956 eine Streikwelle vorangegangen, die größte in der Geschichte der Zweiten Republik bis ins Jahr 2000. Die Etablierung des Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen (bestehend aus Delegierten der Wirtschaftskammer Österreich, der Bundesarbeitskammer, der Landwirtschaftskammer Österreich und des ÖGB) im Jahr 1963 war dann ebenfalls eine Art politische »Kanalisation« des Drucks durch Streiks. Wann immer sozialpartnerschaftliche Prozesse institutionalisiert wurden, war es eine Reaktion auf Streikbewegungen; im Falle der Regelung 1963 ziemlich autoritär in einem Abkommen zwischen ÖGB-Präsident Franz Olah und Bundeskanzler Julius Raab.

Bemerkenswert ist, dass in ÖGB und Bundeswirtschaftskammer die Nachfolger von Franz Olah und Julius Raab ungefähr zur selben Zeit in ihre Funktion

gewählt wurden: Anton Benya wurde 1963 Präsident des ÖGB, Rudolf Sallinger 1964 Präsident der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft. Beide sollten 23 Jahre lang die wesentlichen Akteure in der Entscheidungsfindung sein, was auch in einem frühmorgendlichen Jour fixe seinen Ausdruck fand. Sowohl in der Zeit der ÖVP-Alleinregierung – hier wurde immerhin die 40-Stunden-Woche beschlossen – als auch während der SPÖ-Alleinregierung 1970–1983 blieb die Bedeutung dieser Zusammenarbeit bestehen. Die realpolitische Überlegenheit der Sozialpartnerschaft in wirtschafts- und sozialpolitischen – nicht aber in gesellschaftspolitischen – Fragen wurde wohl am besten durch das Faktum repräsentiert, dass Anton Benya 1971–1986 Präsident des Nationalrats blieb. Hier hatten die Sozialpartner eine fest und klar geregelte Abgeordnetenlobby in den beiden großen Parteien. Ministerposten in den SPÖ-Regierungen wurden nach entsprechendem Schlüssel Gewerkschaftsfunktionären zugestanden, bei der ÖVP der Bundeswirtschaftskammer. Dieses Machtkonglomerat war zwar indirekt demokratisch durch Wahlen

legitimiert, aber eben durch Wahlen zu den jeweiligen Interessenvertretungen und nicht zum Nationalrat.

Sichtbare Risse im System

Die knappe Niederlage bei der Abstimmung über das vom ÖGB massiv geforderte Atomkraftwerk Zwentendorf und die Auseinandersetzungen um das Donaukraftwerk Hainburg 1984 waren erste sichtbare Krisen dieses Systems. 1986 wurde zwar nach dem kurzen Zwischenspiel der SPÖ-FPÖ-Koalition die Sozialpartnerschaft noch einmal prolongiert, doch die politische Initiative verlagerte sich nun zunehmend auf die Regierungsebene der neuen Großen Koalition. Bei der Reorganisierung der Verstaatlichten Industrie gab es Reibungspunkte, die 1996 ihren Höhepunkt im Rücktritt Finanzminister Ferdinand Lacinas fanden, motiviert auch durch Demonstrationen höchster ÖGB-Funktionäre gegen Maßnahmen des Finanzministers. In der Frage der EU-Osterweiterung baute sich seit 1997/98 auch im ÖGB Wider-



© Robert Jäger / APA-Archiv / picturedesk.com

ÖGB-Präsident Anton Benya (l.) und Bundeswirtschaftskammerpräsident Rudolf Sallinger (r.) führten am 1. Dezember 1986 im Lohnkonflikt-Handel ein Gespräch.

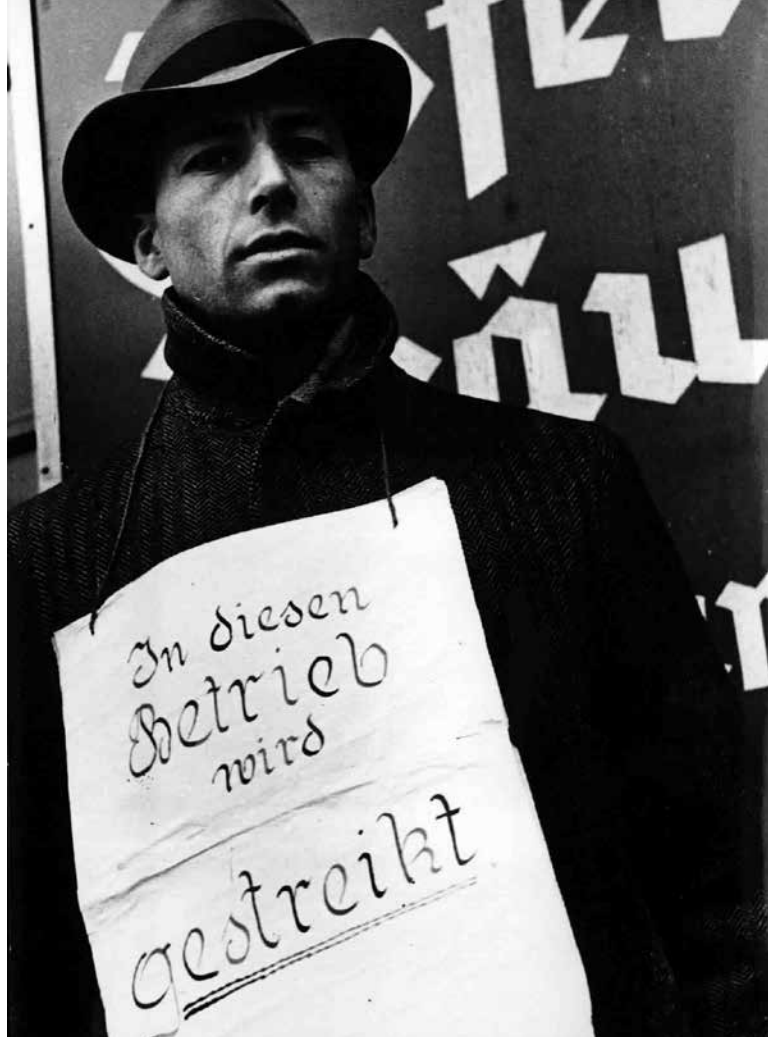
stand auf; man forderte lange Übergangsfristen zum Schutz des eigenen Arbeitsmarktes. An der Pensionsreform 1997 scheiterte die Sozialpartnerschaft ostentativ, da die Interessengegensätze nicht mehr überbrückbar schienen.

Die Paritätische Kommission für Preis- und Lohnfragen, bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern der Sozialpartner und der jeweiligen Bundesregierung ist in weiterer Folge seit 1998 nicht mehr zusammengetreten.

Kollektivverträge als Kernkompetenz

Die zentrale Aufgabe der Verhandlung und des Abschlusses der Kollektivverträge zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist geblieben und wird von den Unterorganisationen der WKÖ und dem ÖGB paktiert.

Versucht man einen Vergleich des österreichischen Weges der Sozialpartnerschaft mit anderen dem Interessenausgleich dienenden Modellen des modernen Wohlfahrtsstaats, so fällt beispielweise gegenüber Skandinavien, vor allem Schweden, folgendes auf: Dort ist der Einfluss der Regierung und des Parlaments stärker als vor allem in den 1960er-Jahren die Dominanz der Sozialpartner in Österreich. Zum Unterschied von anderen kontinentaleuropäischen Wohlfahrtsstaaten hat aber Österreich seine relativ hohen Steuern auch tatsächlich in hohe Beschäftigung umlegen können; Deutschland, Finnland, Belgien und sogar Schweden liegen hier schlechter. Überdies hat Österreich im Vergleich mehr Arbeitsplätze in privaten Dienstleistungsunternehmen, als es die hohen Sozialabgaben im europäischen Vergleich vermuten ließen. Unter dem Strich investierte Österreich in der Entwicklung seit 1945 die Steuerleistungen tatsächlich in ein besseres Beschäftigungsniveau. Dieser Erfolg geht aber zu Lasten der Einkommensverteilung, wobei besonders Frauen im europäischen Durchschnitt in Österreich schlechter bezahlt werden – hier lag Österreich 1995 beispielsweise bei Vollzeitbeschäftigungen unter dem EU-15-Durchschnitt knapp vor Irland, Griechenland, Portugal und den Niederlanden. Die im internationalen Vergleich ausgezeichnete Beschäftigungsquote wurde durch etwas niedrigere Lohnquoten seit 1945 miterzielt, wobei wie erwähnt Frauen aber in Österreich besonders benachteiligt wurden und werden.



Streik für die 48-Stunden-Woche im Gastgewerbe.

Neue Nuancierungen in den Rollenbildern

Durch die Koalition ÖVP-FPÖ seit 2000 wird die Achse ÖVP-Bundeswirtschaftskammer brüchiger, ein Effekt, der beim Verhältnis SPÖ-Gewerkschaftsbewegung schon früher sichtbar wurde. Die FPÖ beziehungsweise das BZÖ wiederum begann sowohl in der Industriellenvereinigung als auch in einzelnen Branchen der ÖVP ihr „Unternehmermonopol“ abzusprechen und hier entsprechende Lobbying-Aktivitäten zu entfalten. Inwieweit die traditionellen Sozialpartner sich in einzelnen Fragen gegen die jeweilige Regierung als temporäre Allianz zusammenschließen, bleibt abzuwarten, ist aber bei den Diskussionen um einen neuen Generationenvertrag (langfristige Sozialversicherungs- und Pensionsreform) denkbar. Eine ähnliche permanente Formulierung der Politik wie in der Hoch-Zeit der Sozialpartnerschaft seit den 1960er- bis in die 1980er-Jahre wird die Sozialpartnerschaft jedoch nicht mehr erlangen.

Auf der Basis von drei wissenschaftlichen Studien hält die Wirtschaftskammer Österreich 2014 fest: „Von der Sozialpartnerschaft gehen positive Wachs-

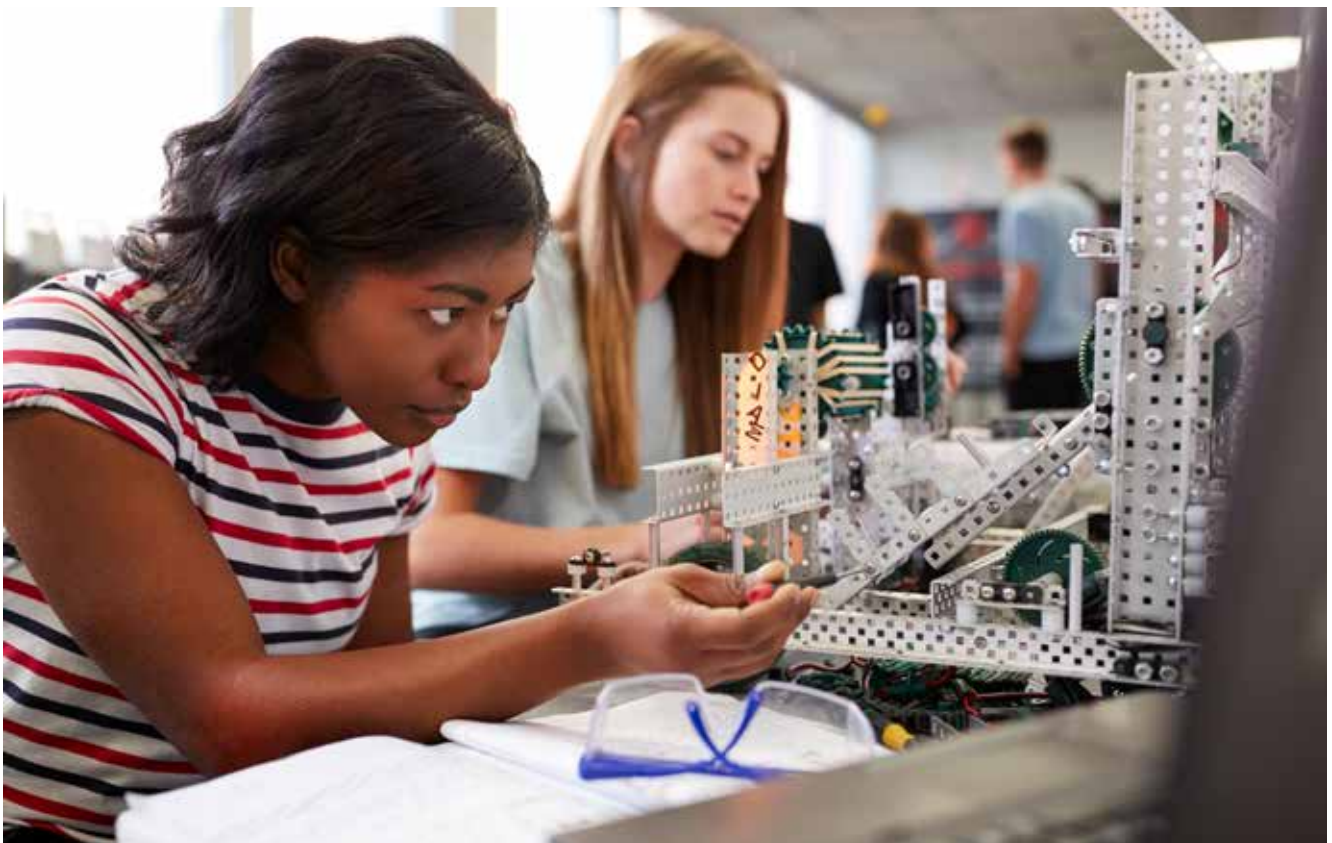
tumseffekte aus: Für Österreich gilt, dass eine Erhöhung der Intensität der Sozialpartnerschaft um zehn Prozent das Wirtschaftswachstum um 0,2 Prozentpunkte erhöhen würde. Länder, die durch einen hohen Einfluss von sozialpartnerschaftlichen Strukturen gekennzeichnet sind, weisen eine bessere makroökonomische Performance auf als Länder mit geringem Einfluss der Sozialpartnerschaft: Das Wirtschaftswachstum ist höher. Die Arbeitslosenquote, insbesondere die Jugendarbeitslosenquote ist geringer. Die Beschäftigungsquoten sind höher. Die Einkommensverteilung ist gleichmäßiger. Darüber hinaus ist in sozialpartnerschaftlich geprägten Ländern das Ausmaß an Arbeitsniederlegungen geringer. Dies minimiert den volkswirtschaftlichen Schaden und schafft stärkere wirtschaftliche Sicherheit, was einen wesentlichen Standortvorteil Österreichs darstellt.“

Gleichzeitig gibt es auch kritische Stimmen, wie beispielsweise jene des Präsidenten der Industriellenvereinigung Georg Kapsch, der meint: „Die Sozialpartnerschaft habe sich im Laufe der Zeit zu einem Korporatismus entwickelt und durchdringe aktuell den gesamten Staat, das gesamte Sozial- und Wirtschaftssystem sowie das gesamte politische

System. Permanente Blockaden hätten zu einer Erstarrung des Systems geführt und der notwendigen Dynamik in einer globalisierten Welt Steine in den Weg gelegt. Österreich leide unter einem Strukturkonservatismus, der dadurch verschärft würde, dass Funktionäre der Sozialpartner im Parlament, in den Sozialversicherungen etc. säßen und so im Rahmen eines paraparlamentarischen Systems die Gewaltentrennung zwischen Exekutive und Legislative aufgelöst würde.“

Dieser kritische Befund trifft meiner Meinung nach nicht nur auf die Sozialpartnerschaft zu, sondern auch auf die ganz spezifischen historischen Traditionen für eigenverantwortliches, ökonomisches Handeln in Österreich, aber durchaus auch in der Europäischen Union.

Genau an diesem Punkt sollte die Sozialpartnerschaft 4.0 im Zeitalter von Turboglobalisierung und Digitale Revolution ansetzen und stärker als bisher zentrale Zukunftsfragen nicht nur in den gemeinsamen Institutionen diskutieren, sondern auch für den öffentlichen und politischen Diskurs konkrete Umsetzungsmodelle für Arbeit und Wirtschaft entwickeln und kommunizieren.



© Monkey Business | stock.adobe.com



Stärke zeigen in Zeiten der Krise

Ähnlich wie in der extrem schwierigen Aufbauphase nach dem Zweiten Weltkrieg sollte sich die Sozialpartnerschaft auch während der globalen Weltfinanzkrise 2007/2008 bewähren. Überdies regelte der General-Kollektivvertrag der Sozialpartner vom September 2021 bis Ende April 2022 zentrale arbeitsrechtliche und betriebliche Unterstützungsmaßnahmen, um die negativen Folgen der Covid-19-Krise im Arbeitsbereich abzufedern. Auch sollten die negativen wirtschaftlichen Folgen des Aggressionskriegs Rußlands gegen die Ukraine gedämpft werden. In diesem Zusammenhang gibt es auch eine Reihe von weiteren Detailmaßnahmen.

Herausforderungen für die Zukunft

Drei Themenfelder möchte ich zum Schluss als Zukunftsherausforderungen auch für die Sozialpartnerschaft herausgreifen: Das Erste betrifft die politisch und emotional heftig aufgeladene Frage von Flucht und Migration sowie Integration vor dem Hintergrund von Facharbeitskräftemangel und demografischer Überalterung – dies ein zentrales Thema für soziale Kohärenz aber auch Innovation. Zwei weitere essentielle Themenfelder, die ebenso wie der Migrationsbereich letztlich nur auf europäischer und globaler Ebene politisch geregelt werden können, sind die auch ökonomisch sinnvolle und für das gemeinsame Überleben zentrale Frage der Reduktion der Ursachen des Klimawandels sowie der bewusste und kontrollierte Einsatz Künstlicher Intelligenz in allen Arbeits- und Bildungsbereichen.

Schon 1993 hat der große liberale Denker Ralf Dahrendorf kritisch festgehalten, dass wir auch in Europa vor einem neuen autoritären Jahrhundert stehen, wenn es uns nicht gelingt, die erfolgreiche soziale Kohäsionspolitik im Wiederaufbau nach 1945 wieder aktiv aufzunehmen und die autoritären Trends zurückzudrängen, Freiheits- und Grundrechte zu stärken und der parlamentarischen Demokratie eine solidere Basis zu bieten.

Gerade für diesen Bereich hat die Sozialpartnerschaft in der Vergangenheit einen wesentlichen positiven sozialpolitischen und ökonomischen Beitrag nach 1945 geleistet und sollte dies weiterhin in der Zukunft anstreben.

DER AUTOR

DDr. Oliver Rathkolb, Univ.-Prof. am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien, Vorsitzender des internationalen wissenschaftlichen Beirats des Hauses der Europäischen Geschichte (Europäisches Parlament, Brüssel), Beiratsmitglied des Archivs der Salzburger Festspiele und des Jüdischen Museums Wien; Autor, Herausgeber und Mitherausgeber zahlreicher Publikationen zu Themen der österreichischen Zeit-, Kultur- und Mediengeschichte sowie Herausgeber der Fachzeitschrift „zeitgeschichte“ und der Reihe „Zeitgeschichte im Kontext“.







Stimmen aus der Sozialpartnerschaft



© Sebastian Philipp

Erfolgreicher Wiener Weg

Wien ist eine Weltstadt mit mehr als 2 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern. Wien ist auch das politische Zentrum des Landes, eine kulturelle Hochburg – und eine Wirtschaftsmetropole. Die Wirtschaftstreibenden – also Stadt Wien, die Wiener Unternehmen und die über eine Million Wiener Beschäftigten – erwirtschaften heute ein Regionalprodukt von über 100 Milliarden Euro. Wien gehört damit zu den wohlhabendsten Regionen der Welt.

Eine Vielzahl von Faktoren sind für diesen Erfolg verantwortlich, die als Wiener Weg zusammengefasst werden können. Die Sozialpartner haben ihren Teil zum Erfolg Wien beigetragen und den wirtschaftlichen Aufstieg Wiens bedeutend mitgeprägt und mitgestaltet. Die Zusammenarbeit der Sozialpartner mit der Stadt Wien geht mittlerweile weit über traditionelle Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik hinaus. Nach dem Motto „Wirtschaft – das sind wir alle“, wird der Blick auch auf die Entstehung von Wertschöpfung und Beschäftigung sowie auf die Versorgung der in Wien lebenden Menschen gelegt. Studien zur Lebensqualität, die Wien weltweit an der Spitze positionieren, bestätigen den Erfolg des Wiener Wegs.

Der Wiener Weg heißt auch: Gemeinsam voran! In der Wirtschafts- und Innovationsstrategie arbeiten die Sozialpartner und die Stadt Wien gemeinsam daran, dass Wien auch in Zukunft eine prosperierende, innovative und lebenswerte Stadt bleibt.

Der konstruktive und wertschätzende Umgang der Wiener Sozialpartner untereinander und der gemeinsame Wille, Wien in eine erfolgreiche Zukunft zu führen und zu begleiten, ist die Basis der guten Zusammenarbeit zwischen Wiener Arbeiter- und Wirtschaftskammer – damals wie heute.

Ich gratuliere herzlich zum Jubiläum und freue mich auf viele weitere Jahre der guten und respektvollen Zusammenarbeit!

Renate Anderl
Präsidentin Arbeiterkammer Wien
und Bundesarbeitskammer



© ÖGB/Christina Schön

Wien – ein guter Platz um zu arbeiten

Wien wurde im Jahr 2023 nicht nur wiederholt zur lebenswertesten Stadt der Welt gekürt. Unsere Bundeshauptstadt ist auch ein herausragender Wirtschaftsstandort – eine Tatsache, belegt von zahlreichen Rankings, die natürlich in unmittelbarem Zusammenhang damit steht, dass die Menschen auch gerne in Wien arbeiten.

Es gibt dank zahlreicher Initiativen ausreichend qualitative Arbeitsplätze. Dieser Kurs soll fortgesetzt werden mit Initiativen wie dem Vienna Economic Council, das gemeinsam mit der Stadtregierung eine Wirtschafts- und Innovationsstrategie bis 2030 entworfen hat. Es geht um Lösungen für die großen Herausforderungen: Klimawandel und Digitalisierung. Konkrete Leitprojekte, die gemeinsam mit den Sozialpartnern ausgearbeitet und umgesetzt werden sollen.

Das ist eine Vorgangsweise, die Gewerkschaften und der ÖGB gerne unterstützen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind der Motor der Stadt. Wir arbeiten daran, dass alle arbeitenden Menschen, durch gute Löhne und faire Rahmenbedingungen ein gutes Leben führen können.

Ein verlässlicher Partner in diesem Bemühen ist die Wirtschaftskammer Wien. Gespräche auf Augenhöhe, Kompromissbereitschaft und Handschlagqualität sind die Basis für den einen sozialpartnerschaftlichen Weg, der wesentlich dazu beigetragen hat, dass Wien ein guter Wirtschaftsstandort ist. Dafür bedanke ich mich bei den Verantwortlichen der Wirtschaftskammer Wien, der ich herzlich zum 175-jährigen Bestehen gratuliere.

Die Herausforderungen ändern sich, aber die Zusammenarbeit wird sich diesen neuen Herausforderungen nicht nur stellen, wir werden sie für eine neue Dynamik im Interesse aller Menschen in Wien nutzen. Behalten wir uns die mentalen Kapazitäten, um miteinander zu reden und zu handeln.

Wolfgang Katzian
Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes



© Manuel Ortfechner

Beständigkeit in Umbruchszeiten

Was hat Wien nur alles erlebt in den vergangenen 175 Jahren! Damals noch Machtzentrum eines monarchischen Vielvölkerstaates, hatte die Stadt gerade erst Gewalt und Wirren des Revolutionsjahres 1848 hinter sich gelassen. Sowohl Bürgerinnen und Bürger als auch die Gewerbetreibenden hatten auf mehr Freiheit und Mitsprache gegenüber der Krone gedrängt. Am Ende musste der Kaiser nachgeben, wodurch 1849 unter anderem auch der Grundstein für die erste Handelskammer Österreichs gelegt werden konnte.

Seitdem haben sich Wien und ganz Österreich noch viele Male gewandelt und weiterentwickelt: Von der Monarchie zur Ersten Republik bis hin, nach Kriegsjahren und alliierter Besatzung, zur modernen, demokratischen Zweiten Republik. Wien, in den letzten Jahren der Monarchie eine Stadt mit über zwei Millionen Einwohnern, Magnet für Intellektuelle und Künstler des damaligen Europas, schrumpfte bis in die 1970er Jahre und verlor an Bedeutung. Nur langsam kämpfte sich unsere Stadt wieder zurück zu neuer Größe – um nach dem Fall des Eisernen Vorhangs zu einer echten Wirtschaftsmetropole im Herzen des nunmehr vereinten Europas aufzusteigen. 2023 endlich knackte Wien schließlich auch wieder die Marke von über zwei Millionen Einwohnern.

Bei all dem Wandel, all den turbulenten Veränderungen, blieb die heutige Wirtschaftskammer Wien, mit kurzer Unterbrechung, ein Anker der Stabilität und ein leuchtendes Symbol für den Fleiß und unternehmerischen Mut der Wiener Wirtschaft.

Zu diesem beständigen Erfolg in beinahe zwei Jahrhunderten bewegter Umbruchszeiten kann man nur von Herzen gratulieren: ad multos annos!

Mag. Christian C. Pochtl
Präsident der Industriellenvereinigung Wien



© Harald Klemm

Wir versorgen eine Millionenstadt: Hand in Hand

Die bürgerliche Revolution des Jahres 1848 hat den Absolutismus in Österreich in die Geschichtsbücher befördert. Bürger und selbst Bauern, nun von der Leibeigenschaft, von Zehent und Robot befreit, schlossen sich zu Vereinen, Parteien, Genossenschaften und Kammern zusammen. Es folgte eine wahre Gründungswelle, die von der zweiten Hälfte des 19. bis ins 20. Jahrhundert anhielt. Und die Wirtschaftskammer Wien steht mit dem Gründungsdatum 1849 ganz an der Spitze dieser Entwicklung, die bis zum heutigen Tag breiten Bevölkerungsschichten Freiheit, Selbständigkeit und Wohlstand bringt; Stichwort: Sozialpartnerschaft.

Die äußeren Umstände in Wien haben sich zwischen dem 19. und dem 21. Jahrhundert grundlegend geändert. Das Beispiel der Versorgung der rasch wachsenden Bevölkerung mit Milch und Milchprodukten illustriert diesen Wandel: So zählte gegen Ende des 19. Jahrhunderts die damalige Reichs- und Residenzhauptstadt über 700 Milchmeiereien und mehr als ein Dutzend Großmolkereien. Heute erinnern gerade noch hippe Co-Working-Spaces in gefliesten Räumen an eine innerstädtische Milchverarbeitung. Und auch eine Milchkuh sucht man im Stadtgebiet vergeblich.

Dennoch sind die Mitglieder der jüngsten Kammer, die LK Wien erblickte erst 1957 das Licht der gesetzlichen Interessenvertretungen, und jene der ältesten eng miteinander verbunden. Das liegt nicht nur daran, dass zahllose Betriebe der Stadtlandwirtschaft auch gewerblich aktiv und somit in der WK Wien Mitglied sind, nein, die klassische Zusammenarbeit zwischen Urproduktion und Verarbeitung ist nach wie vor Standard. Wo? Aus Wiener Gerste wird ein spezielles Wiener Bier, aus Wiener Soja ein Hauptstadt-Tofu, Wiener Zucker süßt den weltbekannten Wiener Mehlspeishimmel, Wiener Gemüse füllt Marktregale in- und outdoor und Spitzengastronomen kredenzen ihren Gästen edle Wiener Weine, um nur ein paar Beispiele zu nennen.

Stadtwirtschaft und Stadtlandwirtschaft sind einander partnerschaftlich verbunden. Gemeinsam versorgt man tagtäglich eine anspruchsvolle Bevölkerung in einer Millionenstadt.

Dass dies auch in den nächsten 175 Jahren so sein möge, das wünscht zum 175-Jahr-Jubiläum,

Norbert Walter MAS CSE
Präsident der Landwirtschaftskammer Wien





KAPITEL 6

Über den
Tellerrand
gedacht

Die Denkfabrik
„Wiener Wirtschaftskreis“

Rudolf Taschner

Die Denkfabrik „Wiener Wirtschaftskreis“ berücksichtigt verschiedene, auch kontroverse und wirtschaftstheoretische Ansätze in ihren Analysen und bietet Raum für möglichst vorurteilsfreies, offenes Denken.

2017 entschloss sich die Wirtschaftskammer Wien auf Initiative von Präsident DI Walter Ruck und Dir. Stv. Dr. Alexander Biach eine Denkfabrik ins Leben zu rufen, die sich mit vielfältigsten Themen des öffentlichen Interesses auseinandersetzt, vornehmlich jenen aus der Wirtschaft und aller mit ihr zusammenhängenden Themenfelder. Der Name dieser Denkfabrik lautet: Wiener Wirtschaftskreis.

Die offene Denkfabrik

Dieser Name knüpft in zweifacher Weise an eine historische Tradition an: Ludwig von Mises, einer der bedeutendsten österreichischen Wirtschaftswissenschaftler und glühender Vertreter der Österreichischen Schule der Nationalökonomie (Kapitel 4 – Seite 40), forschte und lehrte bereits im beginnenden 20. Jahrhundert in den Räumen des seit 1907 am Stubenring gelegenen prachtvollen Hauses der Wiener Wirtschaftskammer. Neben bedeutenden Gelehrten wie Gottfried Haberler, Fritz Machlup, Oskar Mor-

genstern, Gerhard Tintner, Israel Kirzner zählte der spätere Nobelpreisträger Friedrich von Hayek zu seinen Schülern und Dissertanten.

Andererseits der Wiener Kreis: Dieser formierte sich in den 1920er Jahren als Gruppe von Wissenschaftlern aus den unterschiedlichsten Disziplinen rund um den Physiker und Philosophen Moritz Schlick. Sie begründeten die Wissenschaftstheorie des Neopositivismus oder logischen Empirismus und versuchten auf diese Weise, alle wissenschaftlichen Disziplinen auf eine solide Basis zu stellen. Die Wirtschaftswissenschaften sind darin natürlich mit eingeschlossen. Aber der sie im Wiener Kreis vertretende Otto Neurath, dem das Wirtschaftsmuseum Wien seine Gründung verdankt, darf wegen seiner Bevorzugung planwirtschaftlicher Konzepte als Antipode zum liberalen Ludwig von Mises gesehen werden.

In diesem Sinne versteht sich der Wiener Wirtschaftskreis als offene Denkfabrik, welche verschiedene, auch kontroverse und wirtschaftstheoretische Ansätze in ihren Analysen willkommen heißt und zu berücksichtigen versucht, um möglichst vorurteilsfrei offenem Denken Raum zu geben.

Der Wiener Wirtschaftskreis ist stolz, ausgewiesene Fachleute verschiedenster Disziplinen zu seinen ständigen Expertinnen und Experten zählen und auf seiner Homepage www.wienerwirtschaftskreis.at nennen zu dürfen. Bei den bunten Veranstaltungsformaten des Wiener Wirtschaftskreises, die von im kleinen Kreis abgehaltenen Expertengesprächen über Vorträge, über Diskussionsrunden, über Pressegespräche und Medienauftritte bis hin zu Symposien reichen, versucht der Wiener Wirtschaftskreis ein breites Feld von InteressentInnen anzusprechen und zu diesem Zweck möglichst kompetente Koryphäen der jeweiligen Fachgebiete sowohl innerhalb seiner Expertengruppe als auch von außerhalb als Vortragende und Gesprächsteilnehmer zu gewinnen. Es ist dem Wiener Wirtschaftskreis ein Anliegen, dass das Echo seiner Aktivitäten bis in die Ohren politischer EntscheidungsträgerInnen dringt und diese veranlasst, im Sinne der Förderung der Wirtschaft und Mehrung des Wohlstands möglichst vielen der gehörten richtungweisenden Gedanken und konstruktiven Vorschläge Folge zu leisten.

Die vom Wiener Wirtschaftskreis angesprochenen Themen sind zum größten Teil den Bereichen Wirtschaft, Energie und Umwelt, Zukunft und Technolo-



Moritz Schlick, 1882-1936

gie, Arbeit und Beschäftigung, Gesundheit, Bildung entnommen. Diese Bereiche bilden jene Themenfelder ab, welche die Wirtschaftskammer Wien seit ihrer Gründung vor 175 Jahren beschäftigen, damals noch als Handelskammer Wien unter dem Präsidenten und Textilunternehmer Theodor Hornbostel in einer Wiener Wohnung Am Hof residierend und von da an als „prima inter pares“ aller österreichischen Handelskammern geltend.

Selbstverständlich änderten sich im Laufe der Zeit die Fragestellungen. Exemplarisch seien aus dem Fundus der im Wiener Wirtschaftskreis dokumentierten Aufsätze und Veranstaltungsbeiträge zu jedem der sechs genannten Bereiche Beispiele von Themen herausgegriffen:

Zuviel Bürokratie und demografische Probleme

Anknüpfend an einen im Jahr 2018 von Professor Bernhard Felderer unter dem Titel „Aspekte langfristiger Wirtschaftsentwicklung“ im Wiener Wirtschaftskreis gehaltenen Vortrag entstanden einige Papiere, welche die drohenden Hemmnisse prosperierender Wirtschaftsentwicklung in den Blick nehmen, wie zum Beispiel die verfehlte Finanzpolitik der Europäischen Zentralbank, die sträfliche öffentliche Geringschätzung von Forschung und Entwicklung oder die überbordende Bürokratie mit ihrem Wahn, möglichst alles staatlich regulieren zu wollen. Hinzukommend belasten akute Hemmnisse den wirtschaftlichen Fortschritt, die erst nach Felderers Vortrag hereinbrachen, allen voran die Coronapandemie und Kriege in Europa oder in Europas Nähe. Aber das wohl strukturell am stärksten belastende Moment ist jüngst in dem Aufsatz „Das demographische Problem“ angesprochen worden: Noch nie in Europas Geschichte standen so wenige junge Menschen so vielen alten gegenüber, wie es gegenwärtig der Fall ist. Verschärft wird dieses Problem dadurch, dass in dem von Europa allein durch das Mittelmeer getrennten Afrika das Umgekehrte der Fall ist: dort sinkt die Waage mit jung und alt auf den Schalen bedenklich tief an der Seite der Jungen herab.

Knapp formuliert bieten sich zwei Ansätze an, diesem Problem Herr zu werden: eine soziale und durch verbesserte gesundheitliche, hygienische, ökologische

und ökonomische Faktoren fundierte Neuinterpretation, wann man alt ist, und eine zielgerichtete Zuwanderung, die sich an den Bedürfnissen des Einwanderungslandes orientiert und nicht an Opportunitäten der Zuwanderer. Für den Erhalt der Wirtschaftsentwicklung ist es unerlässlich, möglichst rasch die sich aus diesen beiden Ansätzen ergebenden Konsequenzen zu ziehen.

Energie der Zukunft

Zum einen gilt es, das Problem des knappen Angebots umweltverträglicher Energie von der Wurzel her zu lösen. Einerseits wäre es ein grotesker Irrweg, den ständig wachsenden Energiehunger, nicht nur in Österreich, auch in Europa und vor allem weltweit, durch eine Art „Energiefasten“ stillen zu wollen. Andererseits reichen die in Österreich, aber auch die in Europa vorhandenen Kapazitäten für die Gewinnung sogenannter regenerativer Energie, auf die von Wind und Wetter unabhängig zugegriffen werden kann, nicht aus. Der Wiener Wirtschaftskreis gibt in dem von ihm produzierten Video „Energie der Zukunft“ einen kurzen Überblick über den aktuellen Energiebedarf der Österreicherinnen und Österreicher und den Anteil Österreichs am Weltenergieverbrauch sowie den welt-



Azra Korjenic

weiten Verbrauch von fossilen Brennstoffen. Das 3,5 Minuten lange Video zeigt eine Lösung auf, wie wir unmäßigen Kohlendioxid ausstoß vermeiden können: Es bietet sich an, die in Wüstenregionen im Überfluss und mit stabiler Sicherheit vorhandene Sonnenenergie zu nutzen, um den idealen Energieträger Wasserstoff zu gewinnen. Der so gewonnene Wasserstoff oder einer seiner Derivate ist nicht nur ein auf umweltschonendste Weise gewonnener und ebenso umweltschonend verwertbarer Energieträger, der eine Kettenreaktion an Produktivitätsschüben nicht nur im Inland, nicht nur in Europa, sondern auch in den Ländern des Globalen Südens auszulösen vermag.

Zum anderen sind Umweltpolitik und Standortpolitik eng verflochten. Ein Aspekt dieser Verflechtung ist, dass die Versiegelung der Böden mit lebensabweisendem hartem Material hochgradig übermäßig erfolgte und leider immer noch erfolgt. Initiativen, fugenlos gepflasterte, asphaltierte, betonierte Böden „aufzubrechen“ und der Flora zurückzugeben, gewinnen an Gewicht. Und was für horizontale Flächen gilt, sollte auf senkrechte Gebäudefassaden übertragen werden. Professor Azra Korjenic, Expertin des Forschungsbereichs Ökologische Bautechnologien an der Technischen Universität Wien, erläutert dem Wiener Wirtschaftskreis ihre Gedanken:

”

Die unaufhaltsame Verstädterung verschlingt große Mengen natürlicher Vegetation und ersetzt sie durch versiegelte Flächen. Als Lösung bietet sich die Idee an, Natur zurück in die Stadtlandschaft zu bringen. Mit dem Ziel, einen neuen nachhaltigen städtischen Lebensstil zu schaffen, soll die Symbiose zwischen Natur und der Stadt gestärkt werden. Die Begrünung von Bauwerken kann dabei ein Schlüsselement dieser Transformation sein. Da die Außenflächen von Gebäuden einen großen Raum für die Vegetation in den Städten bieten, hat sich die Begrünung von Dächern und Wänden als einer der innovativsten und sich schnell entwickelnden Bereichen in der Welt der Ökologie, des Gartenbaus und der Baubranche erwiesen.

Azra Korjenic

Die Idee lautet somit, die Außenflächen aller Gebäude der Stadt, außer jene, die aufgrund ihrer historischen Fassade bis hin zu den Gründerzeitbauten unangetastet zu bleiben haben, mit Kletterpflanzen dicht zu begrünen. Der energetische wie auch ästhetische Gewinn wäre unermesslich. Die Stadt geht mit der Natur eine Symbiose ein. Es erübrigt sich, aufs Land zu fahren, weil man in der Stadt seine Schönheit erlebt.

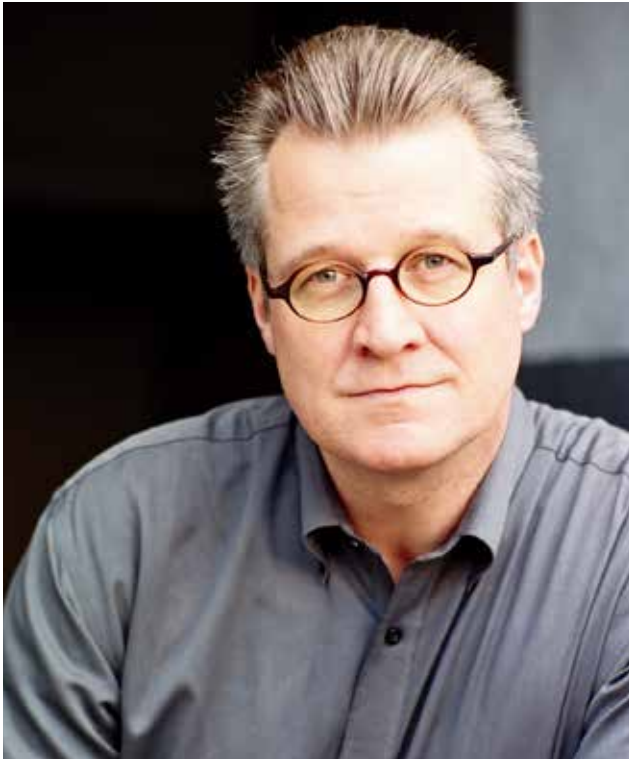
Selbst die, zuvor mit Bauten wie geometrisch durchlöchernten Schuhschachteln, verödeten Bezirke verwandeln sich zu lebenswerten Grätzeln, die Stadt selbst besteht im Wesentlichen nur noch aus historischen Bauten bis hin zu Gründerzeitbauten einerseits und aus Grünflächenbauten andererseits.

Wachstum und Technologie

Als einer der ersten vom Wiener Wirtschaftskreis zu einem Vortrag eingeladenen Experten erklärte sich der Historiker Philipp Blom als Verfechter der These, stetes Wirtschaftswachstum greife „immer tiefer und katastrophaler in natürliche Zusammenhänge ein und verursacht ihren sich rasch beschleunigenden Kollaps“ – daher müsse Wirtschaftswachstum gestoppt werden. Diese These rief Widerspruch

hervor. Denn wer Bloms Gedanken gutheißt, verweigert den vielen, die noch nicht zu den Errungenschaften einer prosperierenden Wirtschaft gelangten, den Zugang zu Wohlstand. Es ergäbe sich bestenfalls ein Einfrieren der Gegenwart, eine Abwehr gegen den Menschen inwohnenden expansiven Drang, Zukunft gestalten zu wollen.

Die Blom Widersprechenden setzen auf kluge, sowohl ökonomisch attraktive als auch die Umwelt schonende Technologien. Als Proponenten dafür konnte der Wiener Wirtschaftskreis unter anderen Professor Wolfram Haider vom Institut für Thermodynamik und Energieumwandlung der Technischen Universität Wien, einen



© Bogenberger Autorenfotos

Philipp Blom

Experten für solarthermische Stromerzeugung, oder Professor Georg Brasseur von der Technischen Universität Graz gewinnen, der insbesondere im Bereich der Mobilität durch Verwendung umweltschonend gewonnener E-Fuels einen Technologieschub mit sich daraus ergebendem stabilem und nachhaltigen Wirtschaftswachstum voraussieht.

Die Zukunft der Arbeit

Der vom Sozialexperten Professor Wolfgang Mazal gehaltene Vortrag „Zur Zukunft der Arbeit“ knüpft an das oben genannte demographische Problem unter anderen Gesichtspunkten an: Historisch betrachtet hat die erste industrielle Revolution des 19. Jahrhunderts mit der Entwicklung von Dampfmaschine und elektromechanischen Geräten den Arbeitsprozess verwandelt. Einen noch einschneidenderen Wandel erleben wir in der gegenwärtigen zweiten industriellen Revolution mit der elektronischen Rechenmaschine, der von Algorithmen gesteuerten Industrie und der digitalen Transformation in alle Lebensbereiche. Vorschnelle und wenig durchdachte Vorstellungen eines Übertrags aller Arbeit auf Maschinen und eines vom bedingungslosen Grundeinkommen genährten Dolce far niente führen jedoch in die Irre. Wohl aber wird – wie schon einige Male im Laufe der Weltgeschichte – der Begriff Arbeit einen umgreifenden Wandel erfahren: weg von dem, was im alten

Griechenland *pónos* genannt und den Sklaven aufgebürdet wurde, hin zu dem von den alten Griechen *érgon* genannten Werk, das der arbeitende Mensch vollzieht, weil damit zugleich ein Wert geschaffen wird.



© Christine Geserick

Professor Dr. Wolfgang Mazal

Die Wahrnehmung von Corona

Die Coronapandemie verdeutlichte, wie sehr Gesundheitsthemen an allen Strängen des gesellschaftlichen Zusammenhalts ziehen. Der Wiener Wirtschaftskreis untersuchte anhand von Beiträgen sowohl seiner im Gesundheitswesen tätigen Fachkundigen als auch anderer Experten aus Politik und Wirtschaft, wie sehr Corona das gesundheitliche, soziale, politische und wirtschaftliche Leben veränderte – jedenfalls aus der Sicht der jeweiligen Situation. So erklärt sich der Titel des von ihm herausgegebenen Buches „Die Wahrnehmung von Corona“.



© MockupSpot | adobe.stock.com, WKW

Neben Analysen der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen von Volkskrankheiten wie Diabetes oder Alzheimer, neben Untersuchungen zu Produktivitätsverlusten im Spitalswesen widmet sich der Wiener Wirtschaftskreis besonders ausführlich dem Thema der Pflege und verbreitet die von Professor Rainer Hasenauer vorangetriebene Idee, mit Hilfe der Digitalisierung in Form von mit künstlicher Intelligenz gesteuerten Pflegesystemen völlig neue Wege in der Pflege zu beschreiten, ja den Anstoß für einen eigenen Wirtschaftszweig zu geben.

Bildung – die Basis der Innovation

Im Rahmen von Diskussionsrunden des Wiener Wirtschaftskreises wurde immer wieder betont, wie entscheidend Bildung für die Bewältigung schwerwiegender Probleme ist.

Auf der einen Seite, die Bildung in den exakten Wissenschaften, in Naturwissenschaft, in der Technik: Die Zahl der Beispiele, welcher Fortschritt von ihnen ausging, ist Legion: Die Chemie schenkte uns Dünger gegen den Hunger in der Welt, Kunststoffe für das gute Leben, Medikamente und Pharmazeutika – allein die Antibabypille bewirkte mehr für die Frauen als politische Parolen. Ohne Physik, ohne Technik sind industrielle Revolution und moderne Wirtschaft undenkbar. Ohne Mathematik gäbe es keine Digitalisierung, keinen Laptop, kein Handy. Täglich werden neue Erkenntnisse gewonnen, neue Erfindungen geschaffen. Einige sind mit Gewissheit so umwälzend, dass sie auf die uns jetzt drängenden Fragen die passenden Antworten liefern. Sie bilden den Brennstoff, der den Motor der Wirtschaft kräftig zum Laufen bringt. Sie zu ersinnen, sie zu entwickeln, sie zu verstehen, sie zu verwerten, erfordert gebildete Menschen, vom Handwerker aktuelle Lage bis zum Ingenieur.

Humanistische Bildung – unverzichtbarer Nährboden

Auf der anderen Seite, die humanistische Bildung, Kunst und Kultur miteingeschlossen: Mit dem Lernen einer Sprache öffnet sich eine neue Welt: die anderer Generationen, die von Fremden. Mit dem Lernen der Geschichte erfolgt das Gleiche. Hier gilt es schmerzhaft bestehende Defizite zu beseitigen. Es spricht für die Offenheit der Wirtschaftskammer Wien, auch

scheinbar von der Wirtschaft fern stehende Themenfelder, wie zum Beispiel jenes der humanistischen Bildung, nicht nur im Blick zu halten, sondern sich sogar – wie etwa im Wiener Wirtschaftskreis – intensiv mit ihnen auseinanderzusetzen. Sie tut dies zum Wohle und Nutzen der UnternehmerInnen, der MitarbeiterInnen und aller Menschen, die in ihrem näheren und weiteren Umfeld leben und arbeiten.

Hayek-Symposium: Impulse für Wirtschaft und Politik von heute

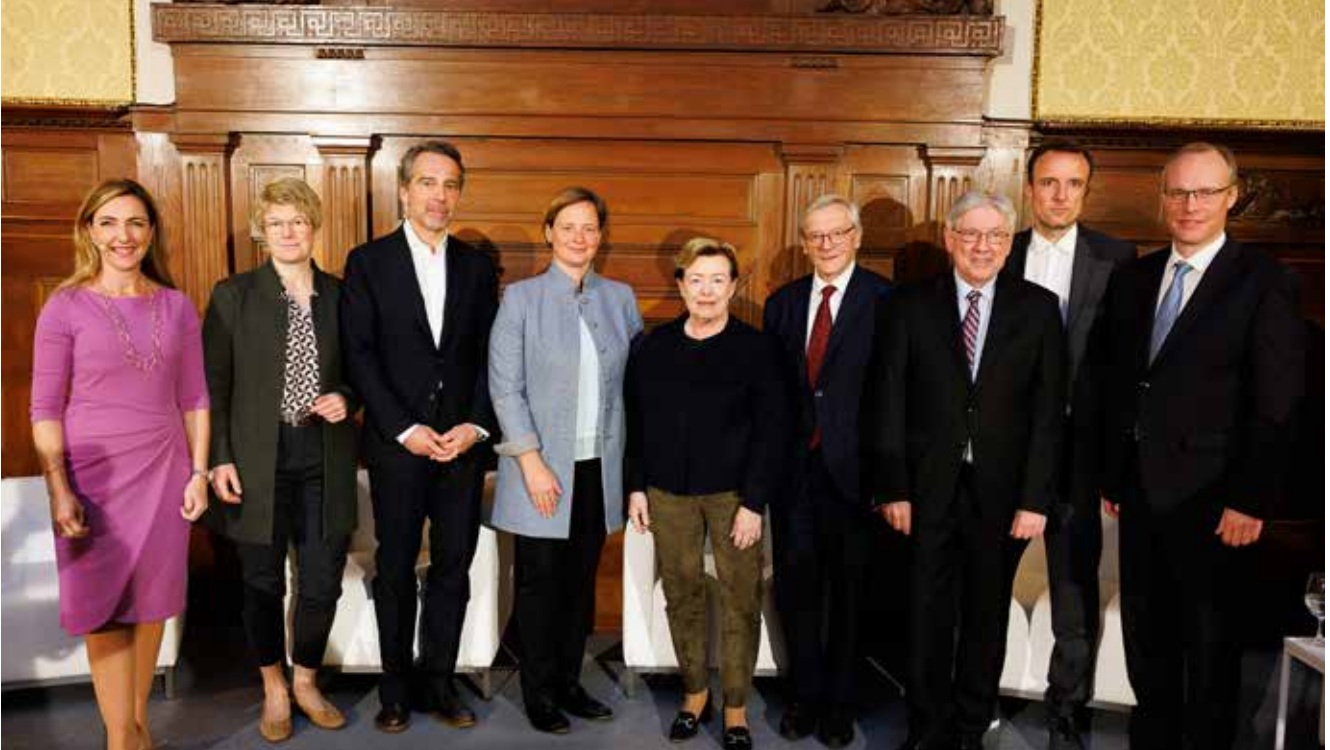
1944 erschien „Der Weg zur Knechtschaft“, das berühmteste Werk von Friedrich August von Hayek, in dem er seine Überlegungen zur einer Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, in der die Freiheit über allem steht, niederschrieb. Die These, dass jeder Planwirtschaft eine Tendenz zum Totalitarismus inne-wohnt und dass es keinen Mittelweg zwischen Sozialismus und Marktwirtschaft geben kann, mutet 2024 aktueller denn je an. Aus diesem Anlass – und auch wegen des 50-jährigen Jubiläums der Nobelpreisverleihung an Hayek 1974 – fand in der Wirtschaftskammer Wien im April 2024 ein hochkarätig besetztes Symposium statt, veranstaltet von der Wirtschaftskammer Wien, der Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung und dem Wiener Wirtschaftskreis. Dabei zeigte sich: Auch in unserer heutigen, hochkomplexen Welt können Hayeks Thesen und Gedanken wichtige Denk- und Handlungsanstöße geben – beispielsweise in Fragen der Vermeidung hoher Staatsverschuldung, der Förderung von Innovation, dem Abbau von überbordender Bürokratie oder der existenziellen Bedeutung von Wissen und Bildung.

DER AUTOR

Univ.-Prof. Dr. Rudolf Taschner, 1953 in Ternitz (Niederösterreich) geboren, ist Professor für Mathematik und leitet den Wiener Wirtschaftskreis. Neben seiner Lehrtätigkeit an der TU Wien und seiner Arbeit im math.space war bzw. ist er Vortragender, Buchautor und Verfasser mathematischer, gesellschaftspolitischer und philosophischer Essays sowie Abgeordneter zum Nationalrat.



© ÖVP/Rausch



Spannende Diskussionen und Vorträge boten Moderatorin Mag. Ina Sabitzer, Prof. Dr. Veronika Grimm, Professorin für Energiesysteme und Marktdesign an der Technischen Universität Nürnberg (Mitglied im Rat der Wirtschaftsweisen), Bundeskanzler a.D. Mag. Christian Kern, DI Iris Ortner, MBA, Geschäftsführende Gesellschafterin IGO Industries, Prof. Dr. Renate Köcher, Geschäftsführerin des Institutes für Demoskopie Allensbach, Bundeskanzler a.D. und Symposiums-Initiator Dr. Wolfgang Schüssel, a.o. Univ.-Prof. i.R. Dr. Hansjörg Klausinger, WU Wien, Mag. Dr. Alexander Linsbichler, MA, Senior Postdoc an der Johannes Kepler Universität Linz und Dr. Alexander Biach, Standortanwalt Wien (v.l.n.r.).



DI Walter Ruck, Präsident der Wirtschaftskammer Wien, eröffnete das Symposium.



Prof. Dr. Rudolf Taschner, Vorsitzender des Wiener Wirtschaftskreises, forderte Mut zur Innovation.



Prof. Dr. Jens Weidmann, Aufsichtsratsvorsitzender der Commerzbank AG sowie Vorsitzender des Kuratoriums der Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung, zog Parallelen zur Gegenwart.



Prof. Dr. Monika Köppl-Turyna, Direktorin ECOAustria, forderte strukturelle Veränderungen im System.



KAPITEL 7

Immer am Puls der Zeit

Die Rolle der WK Wien
in der Berufs-,
Aus- und Weiterbildung

Barbara Kluger-Schieder

Die Rolle der Wirtschaftskammer Wien in der Berufs Aus- und Weiterbildung – vom Lehrlingswesen bis zur Erwachsenenbildung

Für die Wirtschaftskammer Wien war Bildung seit ihren Anfängen in der Mitte des 19. Jahrhunderts eine wichtige Säule ihrer Tätigkeit. Gut ausgebildete Fach- und Arbeitskräfte sind seit jeher das unverzichtbare Fundament einer sich stetig weiterentwickelnden Gesellschaft und Wirtschaft.

Das Lehrlingswesen

Die Geschichte des Lehrlingswesens in Österreich von 1849 bis heute spiegelt die sozioökonomischen Veränderungen, gesetzlichen Entwicklungen und pädagogischen Ansätze wider, die das österreichische Ausbildungssystem im Laufe der Zeit geprägt haben.

Im Jahr 1849 befand sich das Lehrlingswesen in Österreich in einer Zeit des Umbruchs und der politischen Veränderungen. Zu dieser Zeit gab es noch keine umfassenden nationalen Regelungen für das Lehrlingswesen und die Ausbildungspraktiken variierten stark je nach Region, Branche und individuellem Meister.

In vielen Handwerksberufen spielte die Lehrlingsausbildung eine entscheidende Rolle, und Lehrlinge wurden oft in kleinen Werkstätten von erfahrenen Handwerkern, den Meistern, unterrichtet. Die Beziehung zwischen Meistern und Lehrlingen war stark von Traditionen und informellen Absprachen geprägt. Lehrlinge erhielten nicht nur eine fachliche Ausbildung, sondern waren auch in die täglichen betrieblichen und sozialen Abläufe der Werkstätten integriert.

Während des 19. Jahrhunderts erlebte Österreich insgesamt einen wirtschaftlichen Aufschwung, begleitet von einer wachsenden Industrie. Dies führte zu einer verstärkten Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften. Infolgedessen gewann die Lehrlingsausbildung an Bedeutung und viele Handwerksberufe etablierten ihre eigenen Lehrlingsordnungen.

Der Beginn des 20. Jahrhunderts brachte eine deutliche Verbesserung der Lehrlingsausbildung durch die Gewerbegesetzgebung. So wurde festgelegt, dass Lehrlinge während ihrer Ausbildung Anspruch auf eine angemessene Bezahlung haben und vor Ausbeutung zu schützen seien. Die Gründung sogenannter



Wertheim AG, Werkshalle. Der Meister mit einem Lehrbuben bei der Ausbildung an der Drehbank. Wien 10, Wienerbergstraße 21-23, 1953.

annter Fortbildungsschulen, die später eine fachliche Orientierung und die Bezeichnung Berufsschulen erhielten, war Basis eines Ausbildungsmodells, das heute als „Duales System“ weltweite Anerkennung genießt.

Während der Zwischenkriegszeit und der Zeit des Nationalsozialismus wurden das Lehrlingswesen und die Ausbildung weiter reguliert. In der Nachkriegszeit führte der wirtschaftliche Wiederaufbau zu einem drastischen Anstieg der Bedeutung von qualifizierten Arbeitskräften und die Lehrlingsausbildung wurde erneut reformiert.

In den 1960er und 1970er Jahren nahm man wichtige Änderungen am Lehrlingswesen vor. Die Einführung der dualen Berufsausbildung stärkte die Verbindung zwischen Theorie und Praxis. Das Berufsausbildungsgesetz 1969 legte bundesweit und umfassend den rechtlichen Rahmen für diese duale Ausbildung fest, mit der Novelle 1978 wurde in der Wirtschaftskammer Wien und den anderen Landeskammern die Lehrlingsstellen als Behörden im übertragenen Wirkungsbereich eingerichtet.

Die letzten Jahrzehnte waren von Bemühungen geprägt, die Lehrlingsausbildung flexibler und praxisnäher zu gestalten. Die Digitalisierung und technologischen Entwicklungen haben zu neuen Anforderungen an die Ausbildung geführt, Unternehmen und Bildungseinrichtungen arbeiten enger zusammen, um sicherzustellen, dass die Lehrlinge die notwendigen Fähigkeiten für die moderne Arbeitswelt entwickeln.

Insgesamt spiegelt die Geschichte des Lehrlingswesens in Österreich von 1849 bis heute die Anpassungsfähigkeit des Landes an wirtschaftliche Veränderungen und bildungspolitische Herausforderungen wider. Durch die kontinuierliche Weiterentwicklung des Lehrlingswesens trägt Österreich dazu bei, qualifizierte Fachkräfte für die gegenwärtigen und zukünftigen Anforderungen des Arbeitsmarktes auszubilden.

Zukunft lässt sich lernen – die Vienna Business School ist die Schule der Wirtschaft

Was 1857 mit der mutigen Entscheidung von Wiener HändlerInnen zur Gründung einer Wirtschaftsschule parallel zur Entwicklung der Wirtschaftskammer (Gremium der Wiener Kaufmannschaft) begann und 1952 zur Gründung des Fonds der Wiener Kaufmannschaft führte, ist heute eine moderne Bildungseinrichtung un-

ter dem Namen VIENNA BUSINESS SCHOOL (VBS). Mit sechs VBS-Standorten und ca. 3.700 SchülerInnen ist der Fonds der Wiener Kaufmannschaft der zweitgrößte private Schulbetreiber in Österreich.

Die Handelsakademie und –schule in der Akademiestraße war 1857 die insgesamt erste Schule im deutschsprachigen Raum mit einer zeitgemäßen wirtschaftlichen Ausbildung. Als zweites Schulgebäude folgte 1907 die Doppelschule am Hamerlingplatz (Burschen) und in der Schönborngasse (Mädchen). Im Jahr 1954 erfolgte aufgrund des 2. Rückstellungsgesetzes die Rückführung dieser drei Handelsakademien und Handelsschulen, die sich in Gebäuden befanden, die einst der Kaufmannschaft gehörten. Gleichzeitig mit der Rückgabe der Schulen wurden durch einen Vertragsabschluss zwischen dem Fonds und der Gemeinde Wien auch drei ehemalige Vereinsschulen, die die Gemeinde interimistisch geführt hatte, dem Fonds als Schulerhalter überantwortet. Es sind dies die heutigen VBS-Standorte Augarten, Floridsdorf und Mödling.



Handelsakademie an der Adresse Akademiestraße 12 im 1. Wiener Gemeindebezirk.



Der wko campus wien beheimatet das Wirtschaftsförderungsinstitut, das Berufsinformationszentrum und die Fachhochschule der Wiener Wirtschaft sowie die Tourismusschulen MODUL der Wirtschaftskammer Wien am Währinger Gürtel 97 im 18. Wiener Gemeindebezirk.

1997 erfolgte die Umbenennung aller Fondsschulen in „Vienna Business School“. Der Fonds der Wiener Kaufmannschaft hat mit der zukunfts- und wirtschaftsorientierten Ausbildung an der Vienna Business School ein modernes Schulkonzept entwickelt. Die SchülerInnen werden in der „Schule der Wirtschaft“ zielorientiert und effizient auf ihr künftiges Berufsleben vorbereitet und die Förderung der Persönlichkeit ist eine wichtige Grundlage des täglichen Unterrichts. Die hohen beruflichen Chancen der AbsolventInnen ermöglichen Tätigkeiten an den Schaltstellen von Wirtschaft, Medien und Politik, wo sie mit ihren an der VBS erworbenen Fähigkeiten und Kenntnissen den Wirtschaftsstandort Wien entscheidend prägen. „Zukunft lässt sich lernen“ – in der VIENNA BUSINESS SCHOOL.

WIFI – Das Wirtschaftsförderungsinstitut

Am 24. Juli 1946 beschloss der Nationalrat das Handelskammergesetz. Mit diesem Schritt wurde eine Bundeskammer eingerichtet (siehe Kapitel 5 – Seite 48) und zugleich die Gewerbeförderung zu den Wirtschaftsförderungsinstituten – kurz WIFI – zusammengefasst.

In Wien wird am ehemaligen Gelände des Rothschild-Spitals am Währinger Gürtel 97 am 5.10.1960 der Grundstein für das neue Gebäude des WIFI Wien gelegt. Das neue WIFI Wien wird am 14.3.1963 feierlich eröffnet. Unter anderem sind der damalige Erzbischof Kardinal Dr. Franz König, der Bundeskanzler Dr. Alfons Gorbach und der Präsident der Wiener Handelskammer Ing. Rudolf Sallinger anwesend.

Die vor Jahrzehnten formulierten Aufgaben und Ziele haben nichts an ihrer Aktualität verloren, wurden im Laufe der Zeit jedoch den Erfordernissen der wirtschaftlichen Praxis angepasst. Die Kernaufgabe des WIFI Wien, praxisnahe und wirtschaftsorientierte Aus- und Weiterbildungen anzubieten, ist bis heute unverändert. Für Unternehmen und Einzelpersonen werden so die Möglichkeiten geschaffen, ihre Fähigkeiten zu verbessern und den Anforderungen des Arbeitsmarktes gerecht zu werden.

Natürlich hat sich im Laufe der Jahre das Angebot des WIFI Wien ständig erweitert und diversifiziert. Investitionen in die Infrastruktur ermöglichen moderne Schulungseinrichtungen, darunter Klassenräume, Labors und technische Einrichtungen, die eine effektive berufliche Ausbildung gewährleisten.

Besonders wichtig ist die Zusammenarbeit mit Unternehmen, Industrieverbänden und anderen Bildungseinrichtungen. So kann sichergestellt werden, dass die angebotenen Programme den aktuellen Anforderungen des Arbeitsmarktes entsprechen. Dazu wurden digitale Lernangebote und Schulungen entwickelt, um den Bedürfnissen der modernen Arbeitswelt gerecht zu werden.

Ein roter Faden zieht sich durch die WIFI-Geschichte: die Leidenschaft, für die Menschen in der Wirtschaft in allen Erfolgsbelangen da zu sein. Diese wird das WIFI auch künftig begleiten.

BiWi – Berufsinformationszentrum der Wiener Wirtschaft

Die BiWi-Geschichte begann 1989 unter Präsident Ing. Karl Dittrich. Ein Gemeinschaftsprojekt mit dem AMS (damals Arbeitsamt) kam nicht zustande, sodass sich die Wirtschaftskammer Wien (damals Wiener Handelskammer) für ein eigenes Berufsinformationszentrum entschied. Das damalige BiWi-Team startete mit der Arbeit im Gewerbehaus am Rudolf-Sallinger-Platz.

Der offizielle Start erfolgte dann im Herbst 1991 am Währinger Gürtel 97. Davor wurden die alten Gebäude Ecke Gentzgasse Währinger Gürtel (Kino) abge-

rissen und ein neues, modernes Berufsinformationszentrum errichtet.

Die Grundidee war damals und ist bis heute unverändert: Alle Beteiligten profitieren von einer professionellen Berufsorientierung, wobei das BiWi nicht nur zu Lehrberufen informiert, sondern zum gesamten Portfolio an Ausbildungsmöglichkeiten berät. Zusätzlich wird UnternehmerInnen eine Plattform geboten, wo sie ihre Berufe präsentieren und die Anforderungen der Wirtschaft direkt und zielgerichtet kommunizieren können.

Die Berufsorientierungsangebote haben sich von den Anfängen des BiWi bis heute natürlich weiterentwickelt. Im Wesentlichen waren es jedoch von Anfang an Klassenworkshops, Einzelberatungen, berufskundliche Veranstaltungen (Branchenpräsentationen, jetzt BiWi Werkstatt), Bewerbungstraining, Erstellung eines Interessenprofils, digitales und physisches Infomaterial (Berufsinfocomputer, Broschüren, Infomappen ...). Neu hinzugekommen sind seit 2023 psychologisch-diagnostische Testverfahren (Potenzialanalyse) und Beratungsangebote für Erwachsene.

Nach etwa 30 Jahren Betrieb war eine Renovierung der BiWi-Räume erforderlich. 2020 wurde die Innenraumgestaltung vollständig erneuert und auch technisch auf den aktuellen Stand gebracht.



Audimax der FH WIEN

FHWien – Die Fachhochschule der Wiener Wirtschaft

1994 startete die FHWien der WKW mit dem Diplom-Studiengang Tourismus-Management. Zug um Zug wurde das Studienangebot ausgedehnt. Heute ist die FHWien der WKW mit neun Studienbereichen und einem Angebot von 19 Bachelor- und Master-Studiengängen Österreichs führende Fachhochschule für Management & Kommunikation.

Bis zum Jahr 2007 wurden die FH-Studien in Form von Diplom-Studien mit dem akademischen

© Alexander Müller - www.alexandermüller.at

Abschluss Mag. (FH) angeboten. Mit der Umstellung zum europäischen Bologna-Studienkonzept erfolgte im Studienjahr 2007/08 der Umstieg auf Bachelor- und Master-Studien mit den entsprechenden akademischen Abschlüssen. Der Abschluss eines Master-Studiums an der FHWien der WKW berechtigt zu einem weiterführenden Doktors- bzw. PhD-Studium.

Alle unter einem Dach seit 2007: Von 1994 bis 2007 war die FHWien der WKW auf verschiedene Standorte in ganz Wien aufgeteilt. Im Jahr 2007 zogen alle Institute in den wko campus wien am Währinger Gürtel. 2009 wurde der Neubau nochmals großzügig erweitert. Heute stehen der Fachhochschule am wko campus wien, der außerdem das WIFI Wien, die Werbe Akademie, das WIFI Management Forum und die Tourismusschulen Modul beherbergt, über 9.000 Quadratmeter zur Nutzung zur Verfügung.

Hernstein Institut

1962 schlägt die Geburtsstunde des Hernstein Instituts. Die Wiener Wirtschaftskammer erwirbt das

ehemalige Habsburger-Jagdschloss in der Gemeinde Hernstein und baut es zum Seminarzentrum um.

Schon 1966 werden die ersten Seminare abgehalten. Das allererste Hernstein-Seminar ist ein Unternehmens-Planspiel, 1967 führt Prof. Dr. Traugott Lindner das erste gruppenspezifische Seminar auf Schloss Hernstein durch. Damit legt er den Grundstein für die konzeptionelle Ausrichtung des Hernstein Instituts mit dem Schwerpunkt auf Verhaltenstraining.

2001 wird der Hernstein Management Report ins Leben gerufen. Aktuelle Trends in der Personal- und Organisationsentwicklung werden in jährlich durchgeführten Meinungsumfragen unter Führungskräften im deutschsprachigen Raum erhoben. 15 Jahre später feiert das Hernstein Institut sein 50-jähriges Jubiläum. Das Buch „Weil Führung sich ändern muss. Aufgaben und Selbstverständnis in der digitalisierten Welt“ wird veröffentlicht.

2023 startet Hernstein mit dem Jahreswechsel mit einem neuen Eigentümer: der FHWien der WKW. Die Kundinnen und Kunden werden nun auch in der



Schloss Hernstein

Organisationsentwicklung beraten und dabei unterstützt ihre Leistungsfähigkeit zu erhöhen.

Seit mehr als 115 Jahren auf Erfolgskurs – Tourismusschulen MODUL der Wirtschaftskammer Wien

1908 wurde ein Meilenstein in der Geschichte der Tourismusausbildung gesetzt: In diesem Jahr wurde am 15. Oktober der Vorläufer des heutigen MODUL als „Fachschule für das Gastwirts-, Hotel- und Kaffeesiedergewerbe“ in der Kurrentgasse im ersten Bezirk feierlich eröffnet. Die Tourismusschulen MODUL sind damit das älteste Bildungsinstitut für Tourismus im deutschsprachigen Raum und älteste existierende Institut auf Sekundarniveau der Welt.

Ab 1946 war das MODUL in der Jaurèsgasse (1030 Wien, Landstraße) angesiedelt; in die folgenden Jahre fiel auch die Entwicklung und Gründung des ersten Hotelfachlehrgangs, des späteren Kolleg für Tourismus. 1975 erfolgte der Umzug nach Döbling in die Peter Jordan-Straße und die Erweiterung des Ausbildungsangebots mit der Höheren Lehranstalt für Tourismus. Innovative Ausbildungszweige nicht nur im sekundären, sondern auch im tertiären Bildungsbereich, die vom MODUL entwickelt worden sind – etwa der International Course in Hotel Management, die ersten Fachhochschulgänge für Tourismusmanagement und die MODUL University Vienna – festigten den Status der Schule als wichtiger Impulsgeber für die österreichische und internationale Tourismus- und Freizeitwirtschaft.

So sind die Tourismusschulen MODUL ein geschätzter Partner der heimischen und internationalen Tourismusbranche. Durch den globalen beruflichen Erfolg von Tausenden Absolventinnen und Absolventen genießt das MODUL weltweit einen ausgezeichneten Ruf.

Mit der Übersiedelung an den wko campus wien im September 2023 ist die Schule bestens für die Zukunft gerüstet, um auch weiterhin die hochwertige Ausbildung zu bieten, die alle Türen für eine Karriere in der Tourismusbranche öffnet. Jährlich bildet die Schule 450 junge Menschen in zwei Ausbildungsprogrammen aus: die 5-jährige Höhere Lehranstalt für



© Florian Wieser

Lehrküche MODUL

Tourismus mit Maturaabschluss und das 2-jährige Kolleg für Tourismus mit Diplomabschluss.

Im Zuge der Anbindung an den wko campus wien und damit an weitere Bildungseinrichtungen der Wirtschaftskammer Wien ist darüber hinaus eine optimale Ausrichtung der Ausbildung an die Bedürfnisse der Wirtschaft möglich. Insbesondere die Nähe zur FH Wien der WKW, die entsprechende Tourismus- & Entrepreneur-Studiengänge anbietet, ist für die Schülerinnen und Schüler von Vorteil.

DIE AUTORIN

Mag. Barbara Kluger-Schieder, 1967 in Wien geboren, war nach dem Jusstudium und einigen Jahren in der WK Niederösterreich in verschiedenen Positionen in der WK Wien tätig. Ab 2014 leitete sie das WIFI Wien und übernahm 2021 das Bildungsmanagement mit der Aufgabe der Steuerung und Koordination aller Bildungsangebote der WK Wien.



© Christina Häusler



KAPITEL 8

„Green Economy“ –
die große Chance
für den
Wirtschaftsstandort
Wien

Interview mit
Gabriel Felbermayr und Walter Ruck

Das Gespräch führte Michael Vorauer.



Im Doppelinterview sprechen Gabriel Felbermayr, Direktor des Wirtschaftsforschungsinstituts Wifo, und Wirtschaftskammer Wien-Präsident Walter Ruck über die Erfolgsgeschichte Österreichs und die wirtschaftlichen Herausforderungen der Zukunft.

Zu Beginn eine umfassende Frage: Wie beurteilen Sie die wirtschaftliche Entwicklung in Österreich und Wien seit der Gründung der Zweiten Republik im groben Überblick?

Gabriel Felbermayr: Der Grundtenor ist, dass die Nachkriegs-Wirtschaftsgeschichte Österreichs ein Riesenerfolg ist. Die Bedingungen waren zu Beginn für Österreich schlecht. Die europäischen Einigung ist zunächst an Österreich vorbeigezogen. Dazu kam die periphere Lage: Im Norden, im Osten und im Süden gab es den Eisernen Vorhang. Mit diesen Fakten im Kopf muss man schon sagen: was von 1945 bis 1990 entstanden ist, wird zurecht als Wirtschaftswunder bezeichnet. Auch in den darauffolgenden Jahren, vor allem bis zur großen Wirtschafts- und Finanzkrise in 2008, hat Österreich massiv profitiert – vom Fall des Eisernen Vorhangs und vom EU-Beitritt.

Walter Ruck: Wir leben in einem kleinen Land, das sich aber international einen hervorragenden Ruf erarbeitet hat. Nicht nur in Kunst und Kultur, oder in der Diplomatie, sondern auch wirtschaftlich. Wir sind heute ein Land, das auch auf den globalen Märkten

mit seinen Produkten und Dienstleistungen erfolgreich ist. Der EU-Beitritt war in diesem Zusammenhang eine wichtige und richtige Entscheidung, die uns geholfen hat. Bis 1989 war Wien eine schrumpfende Stadt. Unsere Mitgliederzahlen sanken, auch bedingt durch die periphere Lage. Ab 1989 konnten wir wieder in unsere Rolle als mitteleuropäisches Zentrum zurückfinden. Derzeit ist es allerdings auch für die Wiener Wirtschaft nicht einfach.

Felbermayr: In den letzten Jahren hat sich die wirtschaftliche Entwicklung in Österreich abgeschwächt. Dafür gibt es verschiedene Faktoren. Wir haben ein Pro-Kopf-Einkommen, das zu den höchsten der Welt gehört. Der weitere Fortschritt, gemessen in Prozenten, wird immer schwieriger. Ein Prozent mehr BIP in Österreich bedeutet pro Kopf etwa € 500,-- mehr Wertschöpfung pro Jahr, ein Prozent mehr BIP in Bangladesch bedeutet gerade einmal € 25,-- mehr. Reich zu sein bedeutet daher auch, dass das prozentuelle Wachstum – fast logischerweise – zurückgeht.

Ruck: Dennoch gelingt es uns in Wien noch immer, eine überdurchschnittliche, wirtschaftliche Performance hinzulegen. Vor allem in den letzten Jahren hat sich der Wirtschaftsstandort Wien in seiner Gesamtheit besser entwickelt als Österreich gesamt gesehen. Trotzdem haben wir Herausforderungen zu bewältigen. Wirtschaftlicher Erfolg ist keine „g'machte Wiesen“.

Felbermayr: Es gibt eine Reihe von Dingen, die uns jetzt zwicken, vor allem die Demografie. Die Menschen, die Unternehmerinnen und Unternehmer werden älter. Das Spitzenpersonal von Unternehmen wird älter. Auch die Leute, die Produkte verkaufen, Dienstleistungen anbieten, am Band stehen, werden im Durchschnitt älter. Und das macht natürlich etwas mit Produktivitätsfortschritt, Innovationsfähigkeit, Risikobereitschaft. Es wäre zu einfach, zu sagen, vorher ist es super gelaufen und jetzt ist es schlecht. Diese Verlangsamung ist Teil eines natürlichen Prozesses.

Ruck: Wien ist hier in einer etwas anderen Position. Die Köpfe hätten wir, vor allem durch den vergleichsweise starken Zuzug. Aber bei den Qualifikationen hapert es.

Gibt es in dieser langen, wirtschaftlichen Erfolgsgeschichte einen speziellen Österreich-Faktor, der die Entwicklung positiv beeinflusst hat, oder ist das eher eine allgemeine Entwicklung?

Felbermayr: Wir hatten natürlich in ganz Westeuropa eine sehr gute wirtschaftliche Entwicklung, nicht nur in Österreich. Wir sind aber manchen Ländern, die in den 70er Jahren noch vor uns waren, davon gewachsen, teilweise deutlich. Zum Beispiel Italien, Frankreich, Großbritannien. Und das hat schon etwas mit der Fähigkeit der österreichischen Institutionenlandschaft, mit Krisen umzugehen, zu tun.

Ruck: Wir haben sehr früh einen konstruktiven Weg der Zusammenarbeit entwickelt. Der Gedanke, gemeinsam etwas weiterzubringen, das Gemeinsame über das Trennende zu stellen, Konflikte am grünen Tisch zu regeln und nicht auf der Straße, dieser Grundgedanke ist schon etwas sehr Österreichisches. Den sollten wir auch hegen und pflegen.

Felbermayr: Die Sozialpartnerschaft ist sicherlich etwas gewesen, das uns in Österreich einen kompromissbereiteren Weg beschert hat, wo wir weniger

sozialen Unfrieden hatten. Und das gilt bis heute, wenn man sich die Streikstatistik anschaut. Darin sind wir mit der Schweiz bei weitem das Land mit den wenigsten Streiktagen. Als Ökonom sage ich: Arbeitskampf ist immer ineffizient. Jede Streikstunde ist für die Volkswirtschaft eine verlorene Stunde. Deswegen sind Kompromisse am Verhandlungstisch besser.

Ruck: Das ist auch aus meiner Sicht immer der bessere Weg. Vielleicht nicht immer der leichtere Weg, aber am Ende der bessere.

Felbermayr: Jeder Kompromiss tut weh. Die letzten KV-Kompromisse zum Beispiel haben der Wirtschaft sehr weh getan.

”

Der Gedanke, gemeinsam etwas weiterzubringen, das Gemeinsame über das Trennende zu stellen, Konflikte am grünen Tisch zu regeln und nicht auf der Straße, dieser Grundgedanke ist schon etwas sehr Österreichisches. Den sollten wir auch hegen und pflegen.

Walter Ruck

Jetzt sind wir gerade in jüngerer Zeit sehr gebeutelt worden. Wir hatten die Finanzkrise 2007/08. Wir hatten die Pandemie, wir haben die Energieproblematik. Wie geht es dem Wirtschaftsstandort Österreich, dem Wirtschaftsstandort Wien damit?

Ruck: Ja, das waren und sind auch heute noch große Verwerfungen. Was aber positiv ist: Der Wirtschaftsstandort Wien hat krisenhafte

Entwicklungen immer wieder überdurchschnittlich gut bewältigen können und ist auch gestärkt daraus hervorgegangen. Das sieht man beispielsweise in der Digitalisierung. Sie hat durch die Pandemie eine deutliche Beschleunigung erfahren. Warum ist das so? Eine große Stärke des Wirtschaftsstandorts Wien ist seine Heterogenität. Wir haben seine Vielfalt, was die Branchenverteilung und die Unternehmensgrößen betrifft, stärken können. Das hilft uns vor allem auch in schwierigen Zeiten.

Felbermayr: In den letzten Jahren haben wir eine Serie von negativen Schocks erlebt. Manche dieser Schocks sind in Österreich und auch in Wien besonders hart ausgefallen. Das hat aber jetzt nichts mit dem österreichischen System zu tun, sondern das ist sehr viel Pech dabei. Wir haben einen höheren

Tourismusanteil als viele andere Volkswirtschaften. Damit hat die ganze Corona-Problematik bei uns eine viel stärkere Wirkung gehabt und die wirkt nach. Stichwort Kurzarbeitergeld und vieles mehr. Es waren große Hilfen nötig, diese haben die öffentlichen Finanzen bei uns aber stärker belastet als anderswo, und vielleicht auch am Ende für mehr Inflationsdruck gesorgt. Dann kam die nächste Krise bei den Lieferketten. Wir haben in Österreich nicht nur einen höheren Tourismus-Anteil, sondern auch einen höheren Industrie-Anteil als in den USA und als in vielen anderen OECD- und EU Staaten. Die Lieferketten-Problematik hat uns auch hier härter erwischt. Dann kam die Energiekrise. Und da war auch wieder die Industriestärke ein Thema, und Wien gehört durchaus auch zu Industriebundesländern. Plus: wir haben eine Geografie, die wir uns nicht ausgesucht haben. Wir haben keine Häfen. Dass etwa die Spanier schon immer viel Flüssiggas importiert haben, ist logisch.

Weil Sie die Geografie angesprochen haben und die Gasversorgung: Da rauszukommen bedeutet eigentlich, alternative Energieträger und neue Wege des Gasimports zu finden?

Felbermayr: Als wir mit Hochdruck und mit großem finanziellem Einsatz die Speicher im Sommer 2022 gefüllt haben, haben wir bewiesen, dass das geht. Wir hatten damals geringere Importquoten aus Russland, als wir sie jetzt haben. Das heißt, diese alternativen Wege, die waren schon da, und zwar als ganz Europa gleichzeitig die Speicher gefüllt hat. Und selbst unter dieser Stresssituation konnte man Gas aus Norwegen, Gas aus den Terminals der Nordsee, Gas über Genua und Triest nach Österreich holen. Insofern ist das technisch schon machbar. Und auch das Gas-Sparen hat eigentlich gut funktioniert. Wir haben aktuell deutlich weniger Gasbedarf in Österreich und auch der Anteil der Erneuerbaren Energieträger wächst. Da kann man sagen: Das geht nicht schnell genug, aber die Richtung ist eigentlich schon recht ermutigend.

Ruck: Ich habe manchmal den Eindruck, dass wir immer wieder den Fokus verlieren. Nach einer gewissen Schrecksekunde kommt in akuten Fällen relativ schnell Bewegung in die Sache. Ist die Situation bewältigt, folgt wieder Business as usual. Wir müssen unbedingt an unserer Lernfähigkeit arbeiten,



© Soonthorn | stock.adobe.com



die richtigen Schlüsse ziehen, sie auch verfolgen und dauerhaft umsetzen. Als Sozialpartner leisten wir gerne dazu unseren Beitrag. Als die Preissituation im Energiesektor eskaliert ist, haben wir gemeinsam mit der Stadt Wien und der Industriellenvereinigung ein umfassendes Maßnahmenpaket auf den Tisch gelegt. Darin haben wir Abkommen mit Italien und Slowenien angeregt, um Gas aus dem Süden Europas beziehen zu können. Oder einen gemeinsamen, Europa-weiten Gaseinkauf. Oder eine Überarbeitung der Merit-Order, wo das teuerste Kraftwerk letztendlich den Strompreis bestimmt. Oder den intensiven Ausbau erneuerbarer Energie. Vorschläge gibt es.

Erleben wir jetzt einen Back-Slash durch die Globalisierung von Krisen, der uns stärker trifft?

Felbermayr: Ja, schon. Die geostrategischen Rivalitäten treten wieder stärker zutage und das führt zu höheren Risiken im Auslandsgeschäft. Man muss sich vor neuen Zöllen in den USA fürchten. Das ist nicht gut. Sagen wir, ein Geschäft rechnet sich bei einem Zoll von drei Prozent, und ein Präsident Trump legt 25 Prozent darauf, dann rechnet sich das Geschäft nicht mehr. Und wenn ich die Wahrscheinlichkeit dafür hoch einschätze, dann mache ich das Geschäft nicht. Das ist sicher etwas, das Sand ins Getriebe streut.

Ruck: Wir haben von der Globalisierung sehr profitiert. Und auch vom EU-Beitritt. Ein großer Teil des wirtschaftlichen Erfolgs von Österreich – und auch

Wiens – fußt auf dem Export. Der europäische Gedanke war immer Frieden durch Handel. Deshalb ist es gerade jetzt ein Gebot der Stunde, wirtschaftliche Beziehungen und auch diplomatische Beziehungen zu pflegen. Wien war ein Zentrum der Diplomatie, wir hatten eine starke Rolle als Vermittler am internationalen Parkett. Das geht mir in letzter Zeit ein wenig ab. Daran sollten wir arbeiten.

Felbermayr: Es gibt insgesamt eine gewisse Globalisierungsmüdigkeit. Die Europäer wollen keine Freihandelsabkommen mehr abschließen. Das Mercosur-Abkommen scheitert auch daran, dass es im österreichischen Parlament ein Votum dagegen gibt. Es ist nicht nur die Tatsache, dass im Ausland Dinge passieren, die für unser Export- und Importgeschäft schwierig sind. Es sind auch selbstgemachte Faktoren. Wir bekommen nicht einmal ein Abkommen in Australien hin. Australien ist uns kulturell nahe. An sich sollte das leicht gehen. Aber selbst das schaffen wir nicht.

Ruck: Der freie Handel, offene Grenzen sind aus Sicht der Wiener Wirtschaft unabdingbare Grundprämissen. Dies gilt es zu erhalten und zu fördern. Bei einem übermäßigen Autarkie-Anspruch können wir nur scheitern.

Wenn man die Position Europas und Österreichs aus der Vogelperspektive betrachtet und mit den USA und mit China vergleicht, wo liegen wir da?



Die neue Wirtschaftsuniversität Wien (WU Wien)

Felbermayr: Die EU ist die Region, die in den letzten 20 Jahren am meisten an relativem Einfluss verloren hat. Die USA auch, aber nicht so stark. Und beide zu Gunsten Chinas. China hat sich bis 2020 immer höhere Anteile am weltweiten Bruttoinlandsprodukt geangelt. Aber seit 2020 geht es dort auch nicht mehr nach oben. Die Chinesen werden schneller alt als sie reich werden. Und auch dort ist zu beobachten, was bei uns in der Nachkriegsgeschichte zu beobachten war: Wenn man beginnt, ein Land aufzubauen, sind die Wachstumsraten hoch. Aber wenn es sehr darum geht, dass das Wachstum innovationsgetrieben stattfinden muss, da tut man sich schwer.

Ruck: Innovation ist einer der Schlüsselfaktoren für einen erfolgreichen Wirtschaftsstandort. Darin liegen unsere Chancen. Da haben wir vor allem in Wien Potenzial. Was hemmt, ist die Bürokratie und wir müssen auch den Wissenstransfer verbessern, beispielsweise durch Kooperation von Unternehmen mit den Universitäten. Durch die Förderung von Startups und deren Vernetzung mit etablierten Unternehmen. In der Wirtschaftskammer Wien haben wir eine eigene Plattform aufgesetzt, die Erfinder mit Unternehmen zusammenbringt und die auf großes Interesse stößt.

Felbermayr: Die Innovationsfähigkeit der USA überrascht uns immer wieder. Sie kommen aus Krisen schnell zurück. Sie sind immer noch für Zuwanderung sehr attraktiv. Da geht es nicht nur um Zuwanderung aus Mexiko oder durch Armutsflüchtlinge aus Südamerika, sondern auch – man braucht nur an die Universitäten zu schauen – um das beste Humankapital, das auf der Welt verfügbar ist. Es sind Österreicher, die man an den US-Universitäten trifft und viele Deutsche, Franzosen, Europäer. Da sind uns die USA voraus. In Europa ist das deutlich schwächer. Ein starker Grund dafür ist eben die Demografie. Es hat etwas mit dem Median-Alter der Verbraucherinnen und Verbraucher zu tun. In jüngeren Gesellschaften werden neue Produkte, neue Dienstleistungen stärker und schneller angenommen. Als Innovator gehe ich dorthin, wo ich denke, dass ich die richtige Klientel für mein Produkt finde.

Ruck: Wir müssen in der Bildung doch einiges richtig machen, sonst wären unsere Leute im Ausland nicht so gefragt. Wichtig wäre, sie wieder zurückzuholen. Bildung ist ein wichtiger Wettbewerbsvorteil. Wien ist die größte Universitätsstadt im deutschsprachigen Raum. Das wird oft übersehen – und muss stärker genutzt werden. Das betone ich auch immer auf Wirtschafts-

missionen im Ausland. Warum investieren gerade große internationale Pharma-Unternehmen in Wien? Weil es hier für sie top-ausgebildete Fachkräfte gibt.

Wenn China schwächelt, wo sind dann unsere Mitbewerber?

Felbermayr: Die Chinesen schwächeln zwar, aber sie haben in vielen Bereichen enorme Kapazitäten. Und bauen weiter Kapazitäten auf. Es ist klar, dass die Chinesen noch viel stärker zu harten Konkurrenzen werden. Zum Beispiel im Automotive-Bereich. Obwohl die Chinesen keine globalen BIP-Anteile mehr dazu gewinnen, wachsen sie weiter. Sicher nicht mehr mit zehn Prozent, sondern eher mit vier bis fünf Prozent. Aber bei uns ist es immer noch viel weniger. Und sie gehen in Branchen, in denen wir bisher dominierend waren. Das erzeugt Wettbewerbsdruck. Aber viel davon ist subventionsgetrieben. Wo es viel ehrlicheren, und damit umso schwierigeren Wettbewerb gibt, ist mit den USA. Die USA haben deutlich günstigere Energiepreise. Das bedeutet für energieintensive Branchen, dass die USA deutlich attraktiver geworden sind als Europa.

Sind wir überhaupt noch wettbewerbsfähig, als Europäer, als Österreicher?

Ruck: Ja, das sind wir grundsätzlich, aber wir haben Hausaufgaben zu erledigen. Bei der Abgabenquote, bei den Arbeitskosten, über Innovationsförderung haben wir schon gesprochen.

Felbermayr: Wir sind, was die Löhne angeht, Spitzenreiter auf der Welt. Kaum jemand verdient so gut wie wir in Österreich. Auch wenn man sich große Länder anschaut. Dann haben wir hohe Steuern und Abgaben. Es gibt nur zwei weitere Länder, die höhere Lohnnebenkosten haben als Österreich. Wir haben

sehr hohe Energie-Preise auch im europäischen Durchschnitt, auch höhere als in Deutschland. Und wenn alle Regler auf Maximum gestellt sind, dann wird es natürlich schon eng. Da muss man schauen, dass, wo es geht, die Belastungen weniger werden.

Das war jetzt der Umkehrschluss.

Felbermayr: Wir dürfen nicht überall Kostenweltmeister sein. Es muss zumindest ein paar Elemente geben, die in die Wettbewerbsfähigkeit eingehen, so dass wir besser dastehen. Und die gibt es jetzt schon. Wir haben mit den verschiedenen Senkungsrunden beim Unternehmen-Steuersatz mit 23 % keine so

schlechte Ausgangslage. Es sind sieben Prozentpunkte weniger als in Deutschland. Das ist viel. Da kann man schon ein bisschen teurere Energie haben.

Ruck: Immerhin haben wir es nach Jahren der Verhandlungen auch durchgesetzt, dass die kalte Progression abgeschafft wird. Das war ein großer Schritt.

Felbermayr: Im Bereich E-Government sind wir noch nicht dort, wo wir sein wollen. Da kann man Skandinavien oder Estland als Vorbild

nehmen. Aber im Vergleich zu den großen Wettbewerbern Frankreich, Italien, Deutschland, auch die USA, sind wir hier trotzdem nicht schlecht aufgestellt. Bei der Entbürokratisierung ist Luft nach oben. Aber in der Digitalisierung von Dienstleistungen, vor allem bei E-Government und Regierungsdienstleistungen, da sind wir gar nicht so schlecht.

Ein Blick in die Glaskugel: Wo sehen Sie den Wirtschaftsstandort, langfristig betrachtet, vielleicht sogar bis 2050, und was braucht es dafür?

Felbermayr: Was uns am meisten verändern wird in den nächsten 50 Jahren, ist die Demografie. Wir werden älter. Das ist einerseits gut, denn die höhere

”

Wir müssen KI einsetzen, wir müssen Automatisierung einsetzen, wo es möglich ist. Wenn uns das nicht gelingt, folgt aus der Alterung auch eine relative Verarmung. Wir müssen den Faktor Arbeit letztlich durch Maschinen ersetzen, noch mehr als in der Vergangenheit. Und die KI ist nichts anderes als eine Maschine.

Gabriel Felbermayr



Lebenserwartung ist ja erfreulich, andererseits hat sie große Konsequenzen. Das bedeutet zum Beispiel, dass der Faktor Arbeit strukturell knapp bleiben wird. Und auch, dass immer mehr Menschen von immer weniger Aktiven aus dem Umlagensystem finanziert werden müssen. Das bedeutet am Ende zwangsläufig hohe Abgaben und einen hohen Anteil der Bevölkerung, der zwar konsumiert, aber aufgrund des höheren Alters nichts zum Bruttosozialprodukt beitragen kann. Jedenfalls nicht als Produzent.

Ruck: Die Prognosen für Wien sind hier ein wenig optimistischer. 2053 sollte sich das System, was die Altersverteilung betrifft, wieder stabilisiert haben. Ziel muss es dennoch sein, dass wir Ältere länger im Erwerbsleben halten. Reales und gesetzliches Pensionsalter klaffen noch weit auseinander. Da geht es auch um Prävention. Auch das Arbeiten im Pensionsalter muss finanziell attraktiver werden – vor allem abgabenseitig. Da sind erste, kleine Schritte passiert, weitere müssen folgen. Und drittens ist auch eine wirklich grundlegende Reform der Rot-weiß-rot-Karte notwendig. Der Prozess muss einfacher werden. Derzeit ist das ein Hürdenlauf, den man kaum schafft.

Felbermayr: Eine sehr viel gezieltere Einwanderungspolitik kann helfen. Darüber werden wir dringend reden müssen. Realistischerweise kann sie das

Problem nicht komplett beheben. Da fehlen zu viele Menschen. Und wir sind auch nicht in der Lage, so hohe Zuwanderung zu verkraften. Deswegen brauchen wir massives Investment, vor allem natürlich in Bildung, aber auch in alles, was Automatisierung und Robotisierung angeht. Wir müssen KI einsetzen, wir müssen Automatisierung einsetzen, wo es möglich ist. Wenn uns das nicht gelingt, folgt aus der Alterung auch eine relative Verarmung. Wir müssen den Faktor Arbeit letztlich durch Maschinen ersetzen, noch mehr als in der Vergangenheit. Und die KI ist nichts anderes als eine Maschine.

Ruck: Das bedeutet allerdings nicht, dass dadurch die Arbeitslosigkeit steigt. Das ist ja eine große Angst in der Bevölkerung. Die Jobs werden sich ändern, die Arbeit wird eine andere sein und die Nachfrage wird in Bereichen sein, die nicht automatisiert werden können. Das war im technischen Fortschritt immer so. Wichtig ist, dass wir Bildungs- und Ausbildung forcieren und modernisieren. Auch deshalb betreiben wir intensiv die Errichtung einer neuen IT-HTL in Wien.

Felbermayr: Zusätzlich muss auch ganz zentral daran gedacht werden, dass der Preis für Energie wichtiger wird als je zuvor. Maschinen brauchen am Ende alle einen existentiellen Faktor: Energie. Wir benötigen mehr und mehr Energie als Mittel, um den knappen

Faktor Arbeit zu ersetzen. Es muss gelingen, dass wir wieder Energiepreise bekommen, die uns in der Mittelklasse einordnen, und nicht unter die Länder, die die höchsten Energiepreise haben.

Im Idealfall leben wir also langfristig in einem Land, das sehr stark digitalisiert ist, das sehr stark automatisiert ist, das sehr stark dienstleistungsorientiert ist. Ist das Ihr Bild?

Felbermayr: Ja. Aber ob das jetzt bedeutet, dass wir keine Industrie mehr haben, würde ich nicht sehen. Ich glaube, dass zunehmend für die Industrie Rechtssicherheit und ein gutes Investitionsklima noch entscheidender werden, weil diese für die kapitalintensive Automatisierung so wichtig sind. Das erklärt übrigens auch, warum zum Beispiel die Schweiz ein attraktiver Industriestandort ist, obwohl die Arbeitskosten dort noch höher sind als in Österreich.

Ruck: In 25 Jahren sehe ich Wien im besten Fall als dekarbonisierte Stadt mit hoher Lebensqualität, die auch wirtschaftlich prosperiert. Die Produktion wird nach wie vor wichtig bleiben. Auch für Wien. Aber

Rechtssicherheit ist nicht nur für die Industrie enorm wichtig, sondern für alle Wirtschaftstreibenden. Ich würde sogar sagen, das Recht ist die Basis nicht nur allen wirtschaftlichen, sondern auch allen gesellschaftlichen Handelns. Wenn man sich darauf nicht mehr verlassen kann, dann wird es finster – für den Wirtschaftsstandort und in der Folge auch für die Gesellschaft als Ganzes. Ich würde zum guten Investitionsklima auch ein gutes Innovationsklima ergänzen.

Felbermayr: Was wir wollen, ist eine Industrie, die Wertschöpfung generiert. Das ist mit einem hohen Automatisierungsanteil machbar. Deswegen will ich die Industrie als Wohlstandsgenerator nicht abschreiben. Als Jobmotor, wie wir das bisher hatten, wird sie verlieren. Das ist auch erwünscht, denn die Arbeitskräfte, die die Industrie durch Automaten ersetzen kann, werden wir vor allem im Dienstleistungssektor brauchen.

Ruck: Wien hat schon jetzt eine starke Position bei Dienstleistungen. Auch im Export. Da ist Wien Spitzenreiter innerhalb Österreichs. Das illustriert, dass wir im Dienstleistungssektor eine gute Ausgangslage



© Florian Wieser



für eine weitere positive Entwicklung haben. Auch im Technik-Bereich haben wir eine gute Basis – und mit der Technischen Universität eine sehr gute Ausbildungsstätte.

Felbermayr: Automation ist eine Chance für die österreichische Wirtschaft und auch für Unternehmen. Österreich ist nicht schlecht aufgestellt, die digitalisierte Factory der Zukunft auch umzusetzen. Wir bauen Maschinen, sie sind für uns ein wichtiges Exportgut. Diese Maschinen sind auch smart. Sie klinken sich in die Netzwerke ein und werden Teil von Smart-Factories. Wenn wir weiter auf den Weltmärkten erfolgreich sein wollen, muss es uns gelingen, dieses Modell nicht mehr nur zu exportieren, sondern auch zu Hause umzusetzen.

Das bedeutet einen industriellen Wandel, aber keine Deindustrialisierung, wie es immer wieder und auch jetzt gern dargestellt wird.

Felbermayr: Genau. Allerdings immer unter der Voraussetzung, dass der Rohstoff, den man braucht, zur Verfügung steht. Das war früher die Arbeitskraft, jetzt ist das immer mehr die Energie. Es muss einen guten Investitionsstandard geben. Den Roboter kann man überall hinstellen. Ich will ihn aber in Wien, im 23. Bezirk, in einer sauberen, emissionsfreien Fabrik stehen haben, weil da dieser Roboter für Wien Wert-

schöpfung generiert. Rechtssicherheit, ein günstiger Energiepreis und Steuerthemen – diese Standortfaktoren werden wichtiger.

Ruck: Die Debatte über eine mögliche Deindustrialisierung resultiert genau aus diesen Punkten. Und sie ist auch nicht neu. Vor allem bei Steuern und Abgaben wäre Zeit gewesen, um entlastende Maßnahmen zu setzen. Immerhin ist es erfreulich, dass hier in jüngerer Vergangenheit Bewegung reingekommen ist, ein wenig zumindest. Die Energieproblematik ist vergleichsweise neu. Was nicht bedeutet, dass man sich hier Zeit lassen könnte. Dennoch: Die Wiener Industrie wird schon seit der Erdölkrise 1973 totgesagt, aber Totgesagte leben länger.

Wir brauchen günstige Energie. Wie spielt das mit der Energiewende zusammen? Ist Nachhaltigkeit ein notwendiges Übel? Oder bietet sie auch Chancen?

Ruck: Für mich ist „Green Economy“ kein Schlagwort, keine Alibi-Handlung, kein Green-Washing, sondern eine echte Chance – vor allem für die Wiener Wirtschaft. Das geht weit über das Energiethema hinaus. Da geht es um Kreislaufwirtschaft, da geht es um effiziente und damit Ressourcen-schonende Prozesse, und vieles mehr. Wenn die Rahmenbedingungen passen, können Wiener Unternehmen mit ihrer Flexibilität und Innovationsfreude die Chancen nutzen. Das

ist eine Win-win-Situation. Grüne Projekte bringen nicht nur der Umwelt und Gesellschaft etwas, sie können auch einen starken, wirtschaftlichen Beitrag leisten. Das haben wir auch in mehreren Publikationen belegt.

Felbermayr: Der Zug ist längst abgefahren. Es läuft in Richtung Dekarbonisierung, weil Öl und Kohle zu verbrennen mit negativen Nebeneffekten verbunden ist. Das ist nicht nur das CO₂. Warum pushen die Chinesen die Elektromobilität so sehr? Erstens, weil sie es besser können. Verbrenner-Technologie können sie nicht so gut. Zweitens kommt dazu, dass die Luftqualität in vielen größeren Städten ein Politikum geworden ist. Sie ist schlecht für die Lebenserwartung, bringt Krankheiten mit sich. Das ist nicht nur in China so, das ist in Indien ganz massiv so, und auch in vielen Metropolen Afrikas. Deshalb muss man dort aus dem Verbrennen von Fossilen Energieträgern aussteigen. Deswegen sollten wir uns nicht einreden, dass wir uns das aussuchen können. Der Zug fährt global in Richtung Dekarbonisierung und da sollten wir möglichst gute Plätze ergattern und möglichst weit vorne sitzen.

Ruck: Am besten ist, wir sitzen gleich ganz vorne, im Führerstand der Lokomotive.

Felbermayr: Das ist natürlich schwierig, denn das wollen alle. Aber das ist die bessere Strategie, als sich jetzt den Kopf zu zermartern, ob die Verbrenner zwei Jahre länger sinnvoll sind. Das halte ich für nicht zielführend. Aber gleichzeitig gilt natürlich, dass die Erneuerbaren auch problematische Eigenschaften haben. Wenn ich sicher sein will, dass ich garantiert eine Terrawattstunde Strom zur Verfügung habe, muss ich drei Terrawattstunden Produktionskapazität installieren. Photovoltaikanlagen produzieren in der Nacht nun mal nicht. Wenn es regnet, produzieren sie nicht und auch nicht, wenn Schnee auf ihnen liegt. Die Windräder produzieren auch nur Strom, wenn der Wind weht. Dazu kommt die regionale Verteilung des Stroms.

Speichern und Transportieren von Strom, das ist die nächste Herausforderung.

Ruck: Wir produzieren mit den Windkraftanlagen im Burgenland schon jetzt mehr Strom, als wir verteilen können – zumindest zeitweise. Das Speichern wird noch viel Hirnschmalz benötigen, sprich: Forschung. In Sachen Netzausbau brauchen wir, glaube ich, auch ein Umdenken auf breiter Ebene. Es muss ein brei-

ter, gesellschaftlicher Konsens erzielt werden, dass erneuerbare Energieträger für unsere Zukunft sehr relevant sind und dass damit auch ein umfassender Netzausbau verbunden ist. Jahrelange Debatten, wie zum Beispiel beim Ausbau der 380-kv-Leitungen, werden wir uns nicht mehr leisten können. Genauso wenig wie langwierige Genehmigungsverfahren.

Felbermayr: Man muss nicht nur die Produktionskapazität erhöhen, sondern auch die Netze massiv ausbauen. Das kostet zunächst einmal vor allem Geld. Das Gute an den Erneuerbaren ist: die Donau, die Sonne, der Wind schicken keine Rechnungen, die Gasbarone, die Simmering mit Treibstoff versorgen, schon. Insofern sind die Produktionskosten von Erneuerbaren niedrig aber die Kapitalkosten hoch. Deswegen sollte man sich nicht einbilden, dass daraus Wachstum wie in den 60er Jahren resultieren kann. Es ist anstrengend, aber wenn dieses System etabliert ist, die Kapitalkosten gesunken sind, dann liefern die Anlagen, ähnlich wie die Staumauern in den Bergen oder an der Donau, zu Grenzkosten von Null Strom.

Das bedeutet, wir müssen jetzt sehr viel investieren. Da wird wahrscheinlich auch der Staat mitspielen müssen. Die Energieversorgung der Zukunft als gesamtstaatliche Aufgabe?

Felbermayr: Das war sie immer. Wir haben seit den Neunzigerjahren eine Phase sehr liberalisierter Energiemärkte gehabt, wo die Energieversorger zu Aktiengesellschaften wurden. Das hat auch Vorteile gebracht. Aber die Frage ist, ob dieses System die großen Transformationsaufgaben stemmen kann? Und wie man es dreht und wendet, es wird jedenfalls – selbst wenn man die Dinge rechtlich so lässt, wie sie sind – eine Beteiligung des Steuerzahlers und letztlich des Staates geben müssen.

Ruck: Dass diese enormen Kosten nur von der Privatwirtschaft getragen werden, ist nicht möglich. Auch das meine ich, wenn ich von einem breiten, gesellschaftlichen Konsens spreche. Es bedarf der Anstrengung aller. Ich erinnere gerne daran, dass der Staat auch bereit war, sogenannte Übergewinne bei den Energieunternehmen abzuschöpfen. Eigentlich ein starker Eingriff. Zudem ist die öffentliche Hand an vielen Energieversorgern beteiligt.

Felbermayr: Innerhalb der nächsten zehn Jahre müssen 20 Milliarden Euro in Netze investiert werden. Das

sind zwei Milliarden pro Jahr. Auf die Stromrechnung umgelegt, ist das ungut. Dann wird Strom noch teurer. Da wird man wahrscheinlich über Subventionswege einen Beitrag leisten müssen.

”

Seit den 1970er Jahren geht die durchschnittliche Arbeitszeit – ziemlich linear – nach unten. In der Corona-Zeit hat sich der Rückgang aber beschleunigt. Das ist jetzt besonders schmerzhaft, weil die Gesellschaft insgesamt älter wird und das Arbeitsangebot schon aus demografischen Gründen kleiner wird. Wenn dann der Teilzeit-Wunsch noch stärker wird, dann ist es eine doppelte Verknappung.

Gabriel Felbermayr

Wenn wir uns jetzt Breitbandinternet anschauen, gibt es in Österreich noch immer genug weiße Flecken, sprich Lücken im Netz. Bekommen wir das hin, mit den Stromnetzen, wenn es beim Breitbandinternet schon nicht rund läuft?

Ruck: Und auch relativ lange dauert. Die Diskussion um den Ausbau des Breitbandnetzes haben wir auch schon einige Jahre. Und auch in Wien ist das Netz noch nicht optimal ausgebaut. Im Großen und Ganzen ist es ganz gut, aber vor allem in Betriebsgebieten gibt es Nachholbedarf. Da brauchen wir noch gar nicht von smarten Fabriken sprechen, da geht es um das Versenden großer Datenmengen. Wir werden unsere Anstrengungen verstärken und beschleunigen müssen, beim Internet aber auch bei den Energienetzen.

Felbermayr: Das ist eine ganz harte Frage, die man sich als Gesellschaft stellen muss. Es gab eine Diskussion in Deutschland: 5G an jede Milchkanne. Das kann man machen, kostet aber. Wenn man das als Gesellschaft wünscht, dann muss man als Gesellschaft die Ressourcen, die dafür notwendig sind, mobilisieren. Wenn wir hier im reichen Zentrum Europas sagen, der Verbrenner muss in zehn Jahren Geschichte sein, dann werden wir zum Beispiel auch in Rumä-



© lordn | stock.adobe.com

nien in den ländlichen Regionen mithelfen müssen. Dort gibt es kein Ladenetz, und es wird schwierig, dort eines zu realisieren. Als Gesellschaft werden wir da scharf nachdenken müssen, was wir wollen und wie wir es erreichen wollen.

Bekommen wir das hin?

Felbermayr: Ja, doch. Ich bin Optimist. Ich glaube, wir sind alle Optimisten. Wir stehen alle auf und gehen in die Arbeit oder in den Verein oder machen etwas, das Nutzen erzeugt. Wir agieren meist zukunftsorientiert, dafür müssen wir einen Grundoptimismus haben. Wenn wir diesen verlieren, dann führt das nicht nur zu Depression, sondern es hat auch ganz massive Auswirkungen auf das Wirtschaftsleben und auf das gesamte Leben. Grundoptimismus, glaube ich, ist einfach notwendig. Und der ist auch nicht naiv oder unrealistisch. Wir haben schon viele Krisen bewältigt.

Ruck: Ich sage auch ja. Wir Wirtschaftstreibenden sind grundsätzlich optimistisch, wenn man so will. Wir glauben an unser Produkt, an unsere Dienstleistung. Investieren sehr viel Zeit in unser Tun. Optimismus in der Wirtschaft ist also auch für mich etwas Grundlegendes, und psychologisch wichtig. Und manches ist auch im Wirtschaftsleben Psychologie. Die aktuellen Konjunkturprognosen sind gerade nicht so rosig, trotzdem blicken viele Unternehmerinnen und Unternehmer, mit denen ich spreche, positiv in die Zukunft.

Man hat bisher das Gefühl gehabt, gerade in der Nachkriegsgeneration und auch später, vielleicht sogar bis in die 90er Jahre, dass es einen Grundkonsens des Anpackens und des Etwas-Leisten-wollens gegeben hat. Und jetzt hat man eher das Gefühl, dass es von Work-Life-Balance in Richtung Life-Work-Balance geht. Dass immer mehr Menschen Teilzeit arbeiten wollen, vor allem auch junge. Wollen wir nicht mehr arbeiten?

Felbermayr: Diese Entwicklung gibt es schon länger. Seit den 1970er Jahren geht die durchschnittliche Arbeitszeit – ziemlich linear – nach unten. In der Corona-Zeit hat sich der Rückgang aber beschleunigt. Das ist jetzt besonders schmerzhaft, weil die Gesellschaft insgesamt älter wird und das Arbeitsangebot schon aus demografischen Gründen kleiner wird. Wenn dann der Teilzeit-Wunsch noch stärker wird, dann ist es eine doppelte Verknappung.

Ruck: Aus Sicht der Unternehmen bräuchten wir eine gegenläufige Entwicklung. Mehr Voll- als Teilzeit. Es ist wichtig, dass jeder und jede, die Vollzeit arbeiten wollen, das auch können. Hier müssen wir die Rahmenbedingungen verbessern. Das bedeutet auch, dass wir bei der Kinderbetreuung ansetzen müssen. Die ist in Wien nicht so schlecht ausgebaut. Aber auch bei uns gibt es an den Randzeiten noch Handlungsbedarf – und bei der Flexibilität. Klar ist aber auch, dass sich der Arbeitsbegriff an sich und wie wir ihn bisher kannten, verändert. Positiv ist, dass der Arbeitszeitenrahmen mittlerweile schon sehr flexibel ist. Fest steht auch, dass man die Solidargemeinschaft innerhalb der Sozialversicherung nicht überstrapazieren darf.

Felbermayr: Es braucht auch bei den Menschen, die von den Unis kommen und von den Schulen, ein neues Verständnis, dass die Erhaltung des Wohlstands am Ende Anstrengung erfordert. Der Zusammenhang, dass ohne Input kein Output kommt, muss die Generation, die jetzt an der Uni ist, wahrscheinlich erst für sich neu verstehen. Es braucht ein neues Gleichgewicht.

Haben junge Menschen überhaupt eine Perspektive? Können sie sich etwas aufbauen, ein Eigenheim schaffen? Viele sagen, ich mache lieber ein Sabbatical, oder genieße das Leben, weil leisten kann ich mir eh nichts.

Felbermayr: Genau, die Perspektiven verändern sich. Aber auch da kann man direkt nicht viel dagegen machen. Nach dem Zweiten Weltkrieg haben wenig mehr als sechs Millionen Menschen im Land gewohnt. Jetzt sind es 9,2 Millionen auf derselben Fläche, aber mit höheren Ansprüchen. Das heißt zum Beispiel, Land ist einfach sehr viel knapper geworden. Die Ambitionen und Ziele, die sich Menschen setzen, verändern sich, aus vielen Gründen, aber Ziele, auf die man hinarbeitet, bleiben. Das Sabbatical muss man sich leisten können. Oder die Weltreise. Oder die schön eingerichtete Wohnung, auch wenn es ein Mietobjekt ist. Manche Lebensentwürfe, die in den 1960er, 70er, 80er Jahren möglich waren, funktionieren nicht mehr. Die Menschen finden anderswo ihre Motivation.

Und wo?

Ruck: Ich bin mir sicher, dass es mitunter sehr stark auch um die Sinnfrage geht, vor allem wenn man mit jüngeren Menschen spricht. Und dass der rein ökonomische Antrieb als Motivator gesunken ist. Wenn es

um Perspektiven geht, sollte man vermitteln, dass die berufliche Tätigkeit auch erfüllend und sinnstiftend sein kann. Ich denke, dass hier die Selbstständigkeit und das Unternehmertum ein Weg hierfür ist. Wir haben in Wien anhaltend hohe Gründerzahlen, und in Wien sind die Unternehmensgründer auch am jüngsten. Hauptmotiv für eine Unternehmensgründung war über viele Jahre der Wunsch, sein eigener Chef zu sein, also die Selbstständigkeit an sich. Dieses Motiv ist immer noch stark, aber an der Spitze steht mittlerweile der Wunsch flexibler zu sein, zeitlich, wie auch in der Lebensgestaltung.

Felbermayr: Die Motivation verschiebt sich ein Stück weit in den Bereich der Freizeit. Aber auch das können Dinge sein, auf die man hinarbeiten muss. Wichtig ist, dass es sich für die Menschen nach wie vor auszahlt, in der Früh aufzustehen und arbeiten zu gehen. Und dafür muss es auch Konsumwünsche geben dürfen, auf die man hinarbeitet. Wenn man sich kein Haus leisten kann, will man dafür vielleicht eine Weltreise machen oder ein schönes Auto haben. Wenn das nicht möglich ist, weil ich mit dem Auto nicht mehr in die Innenstadt fahren darf oder weil Flugreisen wegen CO₂-Bepreisung unmöglich werden, dann nehmen wir den Menschen Leistungsanreize. Das wäre nicht gut.

Ruck: Der Weg in eine Verbotsgesellschaft wäre grundfalsch. Wir müssen Dinge ermöglichen, nicht verbieten. Sonst stellt sich erneut die Sinnfrage.

Kehren wir nochmal zum Beginn dieses Gesprächs zurück. Sie beide haben den Beitrag der Sozialpartnerschaft bis heute als einen sehr wichtigen gesehen. Wird diese Rolle auch für den künftigen Erfolg Österreichs als Wirtschaftsraum, als Gesellschaft wichtig sein? Oder gibt es da eine Umdeutung aus Ihrer Sicht?

Felbermayr: Es ist sicherlich notwendig, dass man dieses Partnerschaftsverhältnis immer wieder neu ka-

libriert. Es ist sicherlich notwendig, auch über fundamentale Dinge nachzudenken, zum Beispiel über die Benya-Formel. Ist sie so, wie wir sie kennen, in jeder Ausprägung, das richtige Instrument für die nächsten Jahrzehnte? Ich glaube, dass die Sozialpartnerschaft beweisen muss, dass sie reformfähig ist. Sie hat sich aber immer wieder über die Jahrzehnte weiterentwickelt. Unter dieser Bedingung ist die Sozialpartnerschaft weiterhin ein großer Standortvorteil. Weil sie uns zwingt, in vielen Bereichen Lösungen zu finden, die breit getragen werden können.

Ruck: Wenn wir über die Benya-Formel sprechen, muss man auch sagen, dass sie vor allem in der Coronazeit falsch angewendet worden ist. In Wahrheit hätte es hier bei den KV-Abschlüssen Korrekturen

nach unten geben müssen. Das ist illusorisch, aber mit ein Grund für die aktuelle Debatte. Die Sozialpartnerschaft wird in Zukunft noch an Bedeutung gewinnen. Die Herausforderungen werden nicht kleiner, die Welt dreht sich schneller. Umso mehr brauchen wir Stabilität und ein gegenseitiges Verständnis auf Augenhöhe.

Felbermayr: Die Volatilität und die Kurzfristigkeit in der Politik steigen.

Je volatiler und kurzfristiger die Politik wird, umso wichtiger ist es, dass unsere Institutionen eine gewisse Stetigkeit haben. Und ich glaube, die Sozialpartnerschaft ist ein Modell, dass diese Stetigkeit bereitstellt. Deswegen sollten wir sie reformieren. Da gibt es vieles, das passieren muss. Aber sie ist im Kern ein Modell, das sich bewährt hat, und das sich gerade in Krisenzeiten und in volatilen Zeiten weiter bewähren wird.

Reformieren in welche Richtung?

Felbermayr: Ein Problem, das wir schon angesprochen haben, ist, dass wir sehr hohe Lohnnebenkosten haben. Was über die Lohnnebenkosten an Finanzmitteln aufgebracht wird, wird auch oft sozialpartnerschaftlich administriert, zum Beispiel in der Arbeitslo-

”

Wenn es um Perspektiven geht, sollte man vermitteln, dass die berufliche Tätigkeit auch erfüllend und sinnstiftend sein kann. Ich denke, dass hier die Selbstständigkeit und das Unternehmertum ein Weg hierfür ist.

Walter Ruck

senversicherung. Daher wird notwendig sein, dass die Sozialpartner gerade bei der Reform der Arbeitslosenversicherung an einem gemeinsamen Strang ziehen. Wir werden in Zukunft Bereiche der sozialen Sicherungssysteme aus dem Lohnnebenkostenbereich herausziehen müssen. Da meine ich gar nicht so sehr die Pensions- oder Krankenversicherung, sondern die weitere Sicherung der Familien, den FLAF oder die Wohnbauförderung. Da werden die Sozialpartner mitreden müssen. Ein weiteres Element ist, die Kosten des Systems klein zu halten. Die Wirtschaftskammer hat jetzt in der Hoch-Inflationszeit ihre Mitgliedsbeiträge etwas gesenkt. Die Suche nach Effizienz wird dringender, je enger die Budgets werden. Da werden wir nicht nur über die Wirtschaftskammer sprechen müssen, sondern auch über die Arbeiterkammer. Die Produktivität des sozialpartnerschaftlichen Systems muss steigen.

Ruck: Als Sozialpartner steht für uns die gemeinsame Verantwortung für den Wirtschaftsstandort, seine Unternehmen und die Beschäftigten im Vordergrund. Die Sozialpartnerschaft war auch nie eine Neben-

regierung. Das will sie auch nicht sein. Als Sozialpartner denken wir zudem über die engen Grenzen einer Legislaturperiode hinaus. Das wird es auch in Zukunft brauchen. Mein Anspruch ist es, dass die Wirtschaftskammer Wien nicht nur die beste Interessenvertretung ist, sondern auch die modernste und effizienteste Serviceeinrichtung für Unternehmen. Dafür haben wir schon einige große Schritte gesetzt. Wir haben bereits vor fünf Jahren zehn Standorte der WK Wien, die über Wien verteilt waren, zu einem, gemeinsamen Standort am Praterstern zusammengeführt, dem Haus der Wiener Wirtschaft. Gleichzeitig haben wir die Struktur unserer Organisation neu aufgestellt. Wir haben unsere Prozesse und Angebote digitalisiert. Wir wollen 24 Stunden am Tag und sieben Tage die Woche für unsere Mitglieder erreichbar sein. Deshalb setzen wir uns auch intensiv mit dem Einsatz von Künstlicher Intelligenz auseinander. Und wir haben eben erst unseren Bildungsstandort am Währinger Gürtel, den WKO Campus Wien, um sehr viel Geld modernisiert, sodass wir hier Aus- und Weiterbildung auf höchstem Niveau anbieten können. Ausbildung von der Wirtschaft für die Wirtschaft.



© Florian Wieser



WKO WIEN
WIRTSCHAFTSKAMMER WIEN

HERZLICH
WILLKOMMEN
Wirtschaftskammer Wien

HERZLICH
WILLKOMMEN
Wirtschaftskammer Wien

HAUS DER
WIENER
WIRTSCHAFT

KAPITEL 9

Die Präsidenten der
Wirtschaftskammer
Wien seit der
Konstituierung 1849



„Gestern versammelten sich zum ersten Male die Mitglieder der Handelskammer, die sich für constituirt erklärte. Der Präsident ist noch nicht gewählt. Bis zu dessen Wahl bleibt Herr Spörlin Alterspräsident. Schriftführer ist Herr Theodor Hornbostel“, schreibt der „Österreichische Lloyd“ am 16. Jänner 1849.

Wer waren die Präsidenten der Wirtschaftskammer Wien seit ihrer Konstituierung?

© WKO Archiv



15. Jänner 1849 bis 27. Jänner 1849: Alterspräsident Michael Spörlin (1. und 2. Kammer-Sitzung)

Michael Spörlin (* 1784 in Mülhausen; † 22. Juni 1857 in Wien) war der Sohn eines evangelischen Pastors. Nach seiner Übersiedlung nach Wien gründete er in Gumpendorf die Papiertapetenfabrik Spörlin & Rahn. 1813 erhielt er den Titel k.k. Hofpapiertapetenfabrikant. Spörlin wirkte bei der Organisation von Gewerbeausstellungen in Wien 1835, 1839 und 1845, ebenso wie bei der Great Exhibition 1851 in London mit. Gemeinsam mit Rudolf von Arthaber und Theodor Friedrich von Hornbostel war er maßgeblich an der Gründung des Niederösterreichischen Gewerbevereins im Jahr 1839 beteiligt.

© Franz Eybl († 29. April 1880), commons.wikimedia.org



27. Jänner 1849 bis 1851: Theodor Friedrich v. Hornbostel (ab der 3. Kammer-Sitzung)

Theodor Friedrich Hornbostel (* 29. Oktober 1815 in Wien; † 2. Juni 1888 in Wien) war Teilhaber der Seidenweberei C. G. Hornbostel in Wien Gumpendorf. Hornbostel wurde 1848 österreichischer Handelsminister und ein Jahr darauf erster gewählter Präsident der Wiener Handelskammer. Dieses Amt bekleidete er bis 1851. 1855 wurde er Verwaltungsrat der neu gegründeten Creditanstalt. Als Direktor der Creditanstalt für Handel und Gewerbe (ab 1856) und Vizepräsident der Kaiserin-Elisabeth-Westbahn wurde Hornbostel mit Verleihung des Eisernen Kronenordens 3. Klasse am 7. November 1860 in Wien in den österreichischen Ritterstand erhoben. 1886 wurde Hornbostel Präsident des Verwaltungsrates der Creditanstalt.

1852: Josef Eduard Drasche

Josef Eduard Drasche (*14. Juli 1808 in Brünn; † 2. Dezember 1889 in Wien) entstammte einer calvinistischen, im 17. Jahrhundert aus Flandern nach Böhmen eingewanderten Familie, die dort Leinenmanufakturen gründete. Drasche war zunächst Tuchfabrikant in Brünn. 1836 wurde er bürgerlicher Tuchgroßhändler in Wien. Im Jahre 1852 wurde er Präsident der Handelskammer Wien. Sein Bruder war der Ziegelfabrikant Heinrich Drasche-Wartinberg (1811-1880).

© WKO Archiv



1853 bis 1861: Anton v. Dück

Anton Dück (*24.10.1801, in Wien; † 9.12.1866, in Wien) war der Sohn eines Kaufmannes, erlernte den Beruf eines Textilkaufmanns und war in der Seidenbranche als bürgerlicher Handelsmann tätig. Er war Mitbegründer und Vorsitzender des Verwaltungsrates der Niederösterreichischen Escompte-Bankgesellschaft und leitend bei der Westbahngesellschaft und der Handelsakademie tätig. Dück war Mitglied der Handels- und Gewerbekammer (Kammerrat) von 1849 bis 1861 und Präsident der Handelskammer von 1853 bis 1861. Für seine Verdienste um die Gründung und Entwicklung der Gremialhandelsschule wurde er 1854 geadelt und 1862 in den Ritterstand erhoben.



1862 bis 1865: Karl (Carl) Klein

Karl Klein war ein k.k. privilegierter Großhändler und war in den Jahren von 1849 bis 1867 Kammerrat der Handelskammer Wien. Von 1862 bis 1865 war er Präsident der Wiener Handelskammer.



1866 bis 1869: Simon Freiherr v. Winterstein

Freiherr Simon von Winterstein (* 16. Dezember 1819 in Prag; † 10. Juni 1883 in Vöslau) kam in jungen Jahren nach Wien und war ab 1851 Gesellschafter der Spedition Weindlmayer & Winterstein, durch die er in Kontakt mit der k. k. Kaiser Ferdinands-Nordbahn und zum Haus Rothschild kam. Von 1858 bis 1866 war er Kammerrat der Wiener Handelskammer und von 1866 bis 1869 deren Präsident, sowie zeitweise Präsident der Wiener Israelitischen Kultusgemeinde. 1862 wechselte Winterstein in die Direktion der Nordbahn und in jene der Creditanstalt. 1861 bis 1869 war er als Vertreter der Handelskammer Mitglied des Abgeordnetenhauses des Reichsrates und 1869 wurde er zum lebenslänglichen Mitglied des Herrenhauses ernannt. 1869 wurde er in den Ritter- und 1874 in den Freiherrenstand erhoben.



1870 bis 1873: Josef v. Reckenschuß

Josef Reckenschuß (* 13. Jänner 1810 in Schottenfeld bei Wien; † 24. Jänner 1888 in Kindberg, Steiermark) musste nach dem Tod seines Vaters, eines Seidenzeugfabrikanten, in seinem 11. Lebensjahr bei einem Weber in die Lehre gehen. 1830 machte er sich mit einer kleinen Seidenfabrik selbständig, aus der ein florierendes Geschäft mit Seidentüchern hervorging. Reckenschuß wurde 1859 in die Wiener Handelskammer aufgenommen und ab 1861 viermal in den niederösterreichischen Landtag entsandt. Er engagierte sich in der Handelskammer Wien und wurde von 1860 bis 1874 Kammerrat. 1868 wurde Reckenschuß Vizepräsident und von 1870 bis 1873 Präsident der Wiener Handelskammer. 1871 wurde er Mitglied des Kuratoriums des Museums für Kunst und Industrie und 1873 Mitglied der kaiserlichen Weltausstellungskommission. Für seine zahlreichen Verdienste wurde er 1867 in den Ritterstand des österreichischen Kaiserstaates erhoben.



1874 bis 1882: Johann Gögl

Johann Gögl (*10. März 1826 in Krems; † 11. Juli 1892 in Wien) war Spezereiwarenhändler und Chef eines Handelshauses in Wien. Gögl wurde 1853 Mitgründer der Niederösterreichischen Escompte-Gesellschaft in Wien und 1866 Verwaltungsrat sowie 1891-1892 Vizepräsident der Creditanstalt. Er engagierte sich in der Handelskammer Wien und wurde 1862 bis 1884 Kammerrat. Von 1871 bis 1872 war er Vizepräsident und von 1874 bis 1882 Präsident der Handels- und Gewerbekammer Wien. Gögl war von 1873 bis 1875 Mitglied des Abgeordnetenhauses des Reichsrathes. 1877 wurde er Mitglied des Herrenhauses auf Lebenszeit. 1886 wurde er Mitglied und 1892 Direktor des Vereins der Ersten österreichischen Spar-Casse in Wien.



1883 bis 1892: Rudolph (Rudolf) Freiherr von Isbary

Rudolf Friedrich Ernst Freiherr von Isbary (* 14. November 1827 in Leipzig; † 9. Juni 1892 in Wien-Hütteldorf) war Seidenfabrikant, Textilindustrieller, Kammerfunktionär und Politiker. 1853 heiratete er Louise Hlawatsch (1834–1898) und wandelte 1856 mit seinem Schwiegervater Karl dessen seit 1839 bestehende Wollwarenerzeugung in Wien Mariahilf in die Shawl-Fabrik Hlawatsch u. Isbary um. 1857 errichtete er eine Faktorei in Gmünd in Niederösterreich und 1860 eine Filiale in New York. 1868 bis 1892 war Isbary Mitglied der niederösterreichischen Handelskammer als Kammerrat. 1872 wurde er zum Vizepräsidenten und 1883 bis 1892 zum Präsidenten gewählt. In den Jahren 1873 bis 1880 wurde er als deren Abgeordneter in den österreichischen Reichsrat entsandt. Ab 1862 fungierte er als Mitglied des niederösterreichischen Landtages, 1865–74 als Handelsgerichtsbeisitzer. 1883 wurden er und seine Nachkommen in den österreichischen Adelsstand als Freiherrn von Isbary erhoben.



1892 bis 1904: Max Freiherr v. Mauthner

Max von Mauthner (* 22. Juli 1838 in Prag; † 28. Dezember 1904 in Wien) war der Sohn von Israel Mauthner (1800–1857), einem Kaufmann in Prag, der 1848 nach Wien übersiedelte. 1874 wurde er Mitgründer und Gesellschafter der „Wienersdorfer Malzfabrik Mauthner & Haberl“, 1894 Alleininhaber der Wienersdorfer Malzfabrik Mauthner in Traiskirchen in Niederösterreich. Von 1869 bis 1904 war er Kammerrat der Handelskammer Wien. Von 1891 bis 1892 war er deren Vizepräsident und von 1892 bis 1904 Präsident der Handelskammer. Er übte Funktionen in diversen Weltausstellungs-Kommissionen aus und gilt als Wegbereiter in wichtigen Änderungen bei Sozialversicherungsgesetzen und in Zoll- und Steuerfragen. Mauthner war u.a. auch Vizepräsident der österreichischen Central-Bodenkredit-Bank und Direktor des Vereins der Ersten österreichischen Spar-Casse in Wien. 1902 wurde er zum Freiherrn geadelt.



1904 bis 1909: Julius v. Kink

Julius Ritter von Kink (* 21. April 1848 in Bregenz; † 25. Januar 1909 in Wien) trat 1869 in die Leitung der Zementfabrik in Kufstein (Tirol) ein. Ab 1875 wurde er Teilhaber an der von seinem Vater erworbenen Heinrichsthaler Papierfabrik. Nach dem Verkauf der Fabrik im Jahr 1872 wurde er dort Verwaltungsrat. Ab 1900 war er Vizepräsident und 1906 bis 1909 Präsident des neuen Eigentümers AG der k. k. privilegierten Hydraulischen Kalk- und Portlandzementfabrik zu Permoos. Seit 1874 war er Gesellschafter und Geschäftsführer der „Martin Kink & Co. Heinrichsthaler Papierfabrik“. 1890 wurde Kink Mitbegründer einer „Pensions-, Invaliditäts-, Witwen- und Waisen-Versorgungskasse für Beamte österreichisch-ungarischer Papierfabriken“. 1892 war er Gründungsmitglied und Vizepräsident und von 1900 bis 1904 Präsident des Zentralverbands der Industriellen Österreichs. Zwischen 1905 und 1909 war er Präsident der Handelskammer Wien. 1907 wurde er Obmann der Industriellenvereinigung. Unter Julius von Kink wurde der Bau des Kammergebäudes (Architekt: Ludwig Baumann) am Stubenring 8-10 am 25. Juni 1905 begonnen. Bereits im März 1907 wurde dort der volle Betrieb, nach nur 22 Monaten Bauzeit, aufgenommen.



1909 bis 1920: Paul v. Schoeller

Paul Eduard von Schoeller (* 15. Juni 1853 in Wien; † 2. November 1920 in Wien) entstammte der Wiener Linie der rheinischen Unternehmerfamilie Schoeller. Sein erster Erfolg war die Sanierung der Rollgerstenfabrik in Ebenfurth bei Wien, der Schoeller'schen Dampfmaschine. 1889 wurde er gemeinsam mit seinem Bruder Philipp Wilhelm Universalerbe des Firmenimperiums. In späteren Jahren konnten sich Schoellers Stahlsorten und Geschosse auf dem Weltmarkt durchsetzen. Auch in anderen Familienbeteiligungen wie der Hütteldorfer Bierbrauerei AG oder der Leipnik-Lundenburger Zuckerproduktionsgesellschaft und der Granthaler Zuckerfabriken AG war Schoeller aktiv. Ab 1902 war er bis 1920 Kammerrat, 1909 bis 1920 Präsident der Wiener Handelskammer, von 1903 bis 1909 Präsident des Zentralverbandes der Industriellen Österreichs. Als Generalkonsul für das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Irland als Generalkonsul in Wien wurde er zum „Sir“ geadelt. Er war Mitbegründer des Technischen Museums.



1920 bis 1922: Heinrich Vetter

Heinrich Vetter († 22. März 1922) war ein Metallwarenfabrikant. Von 1909 bis 1922 war er Kammerrat der Handelskammer Wien und wurde am 20. Februar 1920 zum Präsidenten der Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie für Wien und Niederösterreich gewählt. Vetter war schon vor dem Ersten Weltkrieg Mitglied der Industriellenvereinigung. Er war Vizepräsident des Industriehaus-Vereines und federführend beim Bau des Hauses der Industrie am Schwarzenbergplatz, das 1911 eröffnet wurde. Er war Mitglied des Gründungskomitees für das in den Jahren 1909 bis 1913 errichtete Technische Museum.

1922 bis 1925: Ing. Dr. Franz Quidenus

Franz Quidenus (* 6. Juli 1871 in Wien; † 30. Juli 1936 in Wien) war Architekt, Sachverständiger und Baumeister und leistete Pionierarbeit zur Schaffung einer Infrastruktur für den Automobilismus. Ab 1911 war er Schätzmeister und Sachverständiger für das Kraftfahrwesen, insbesondere für das Automobilfahren. 1921 erwarb er das Doktorat der Rechtswissenschaften an der Universität Wien. Nach Ende des Ersten Weltkrieges konzentrierte er seine Tätigkeiten auf das Autofach. 1925 wurde er Vizepräsident und 1931 Präsident des Wiener Automobil-Clubs, wo er Gründungsmitglied gewesen war. Er bemühte sich um die Bildung der Automobilsenate beim Landesgericht Wien und initiierte die Gründung des Verbandes der gerichtlich beeideten Sachverständigen und Schätzmeister im Kraftfahrwesen (1934–1938) sowie die Gründung eines Österreichischen Kuratoriums für Verkehrssicherheit (1937–1938).



1925 bis 1930: Friedrich Tilgner

Friedrich (Fritz) Rudolf Tilgner (*3. 1. 1868 in Wien; † 11. 3. 1946 in Oberaudorf/Deutschland), ein Kaufmannssohn, wurde nach der Matura an der Wiener Handelsakademie Generalsekretär in der Papierfabrik Schlöglmühl. 1896 trat er in die Firma Josef Adensamer & Cie, eine Seidenband- und Seidenstofffabrik, als Prokurist ein, später wurde er Gesellschafter. Von 1909 bis 1935 war er Kammerrat und von 1925 bis 1930 Präsident der Handelskammer Wien. Tilgner war großdeutsch eingestellt, Mitglied der NSDAP (seit 1938) und trat als Präsident der Handelskammer für eine an Deutschland orientierte Wirtschaftspolitik ein. 1935 erfolgte sein Austritt aus der Kammer, seine Funktionen im Bund österreichischer Industrieller behielt er jedoch weiter bei. Von 1939 bis 1945 war er NS-Ratsherr im Stadtgau Wien mit Beiratsfunktion für wirtschaftliche Unternehmen und Wirtschaftsförderung. Nach dem Krieg lebte er in Deutschland.



1930 bis 1935: Ernst Streeruwitz (Bundeskanzler a.D.)

Ernst Streeruwitz (* 23. September 1874 Mies, Böhmen/Střibro; † 19. Oktober 1952 in Wien) entstammt einer friesischen Familie. Von 1901 bis 1903 wurde durch Streeruwitz der Guts- und Fabrikbesitz der Firma Franz Leitenberger in Josefstal (Böhmen), reorganisiert. Von 1904 bis 1913 war er Direktor der in Böhmen befindlichen Cosmanos AG. 1914 wurde er Leiter der Neunkirchner Druckfabriks-AG. Nach dem Kriegsdienst wurde er 1925 Generaldirektor der Neunkirchner Druckfabriks-AG sowie Obmann des Arbeitgeberverbands der Textilindustrie. Als Abgeordneter war er Sprecher des Hauptverbands der Industrie und wirkt u.a. am Zustandekommen neuer Zollsätze mit. Nach dem Rücktritt von Ignaz Seipel (1929) wurde er vom 4. Mai bis zum 25. September 1929 Bundeskanzler. Von 1930 bis 1935 war Streeruwitz Präsident der Wiener Handelskammer. Er gehörte zu den Befürwortern des Ständestaats und später auch des Anschlusses an das Deutsche Reich. Nach dem Ausscheiden aus der Politik studierte er in Wien Staatswissenschaften (Doktorat 1939) und lebte in Wien als Privatmann.



1935 bis 2. Februar 1938: Regierungskommissär MinR Dr. Emil Garhofer

Am 9. Dezember 1935 waren die Mandate der gewählten Kammerräte abgelaufen. Weil bis dahin das neue, auf berufsständischer Grundlage aufgebaute Kammergesetz noch nicht fertiggestellt war, wurde die Kammer einem Regierungskommissär unterstellt. Dieser war Emil Garhofer (*13.01.1889 in Neu-Bis-tritz/Südböhmen; † 11.09.1961 in Wien). Er war bald nach seiner Geburt mit seiner Familie nach Wien gezogen und hatte das Studium der Rechtswissenschaften mit dem Doktorat abgeschlossen. Nach seiner Zeit im Wiener Polizeidienst und in der k.k. Landwehr wurde er 1918 vom neu errichteten Staatsamt für Handel, Verkehr, Industrie und Bauten übernommen. 1935 wurde er als Regierungskommissär Leiter der Handelskammer Wien. Er wurde mit dem Inkrafttreten des berufsständischen Kammergesetzes am 30. Juni 1937 zum Zweck der Errichtung einer Kammer für Wien vom Handelsministerium verlängert und hatte diese Position bis 2. Februar 1938 inne. Nach dem Anschluss im März 1938 wurde Garhofer durch Zwangspensionierung entlassen. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges wurde er im Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau Leiter der Abteilung Gewerbeförderung und 1947 Sektionschef der gewerbepolitischen Sektion. Später war er Präsident der Kammer der Wirtschaftstreuhand.



2. Februar 1938 bis 13. März 1938: Dr. Martin Kink

Martin von Kink (* 16. Juli 1885 in Purkersdorf, † 2. April 1973 in Wien) war der Sohn des ehemaligen Präsidenten der Wiener Handelskammer (1904-1909) Julius von Kink. Er promovierte 1910 an der Universität Wien zum Doktor der Rechtswissenschaften. Von 1913 bis 1916 war er Konzeptsbeamter der Wiener Handelskammer. Seit 1916 war Kink Teilhaber und später geschäftsführender Vizepräsident (1927) der Allgemeinen Baugesellschaft – A. Porr. Von 1925 bis 1935 war er Kammerrat der Handelskammer Wien. Am 1. November 1934 wurde er Mitglied des Bundeswirtschaftsrates und Zensor der Oesterreichischen Nationalbank. Ebenfalls von 1934 bis 1938 war er Präsident des Wiener Industriellenverbands (ab 1936 Vorsitzender des Bundes österreichischer Industrieller für Wien) und Vizepräsident des Hauptverbands der Wiener Industrie. Am 2. Februar 1938 wurde Kink in der konstituierenden Sitzung der Handelskammer für Wien nach dem Kammergesetz 1937 zum Präsidenten gewählt. Im März 1938 seiner Posten enthoben, wurde er 1946 erneut Präsident der Wiener Handelskammer.



März bis Juli 1938: Regierungskommissär Dr. Richard Riedl (Minister a.D.)

Richard Riedl (* 8. Dezember 1865 in Wien; † 9. März 1944 in Wien) wurde als Sohn eines Beamten der Tabakregie geboren. Nach Absolvierung seines Studiums der Rechtswissenschaften, arbeitete er ab 1890 in der Wiener Handelskammer und gründete 1908 den Deutschen Klub, der in der k.u.k. Monarchie die deutschen Interessen vertrat. 1909 wurde er Sektionschef im Handelsministerium. Im Ersten Weltkrieg wirkte er als Generalkommissär (Geheimer Rat) für Kriegs- und Übergangswirtschaft. Nach dem Ersten Weltkrieg war er Unterstaatssekretär im Staatsamt für Gewerbe, Industrie und Handel und im Staatsamt für Kriegs- und Übergangswirtschaft. Nach seinem Ausscheiden aus der Regierung wechselte er ins Außenamt, wo er 1921 an den österreichisch-jugoslawischen und an den österreichisch-rumänischen Handelsverträgen mitarbeitete. Als Gesandter der Republik wirkte er in der Weimarer Republik sowie später in Deutschland, in Dänemark, Norwegen und Finnland. Er galt als Fachmann für regionale Wirtschaftsunionen und für Wirtschaftsfragen Südosteuropas. Nach dem Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich wurde Riedl von März bis Juli 1938 kommissarischer Leiter der Wiener Handelskammer.

15. Juli 1938 bis 1939: Dipl.-Ing. Walter Raffelsberger (Kommissar. Leiter)

Walter Viktor Ludwig Raffelsberger (* 4. August 1899 in Wien; † 1989) studierte nach dem Ersten Weltkrieg an der Technischen Hochschule in Wien Chemie und schloss das Studium 1921 als Diplom-Ingenieur ab. Raffelsberger trat am 1. Mai 1933 der NSDAP bei. Er fungierte als illegaler NSDAP-Kreisleiter und Gauleiter der Steiermark. Wegen nationalsozialistischer Betätigung wurde er 1935 festgenommen und wanderte ins Deutsche Reich aus. Er trat am 21. März 1938 der SS bei. Nach dem „Anschluss Österreichs“ an das Deutsche Reich war er ab April 1938 Staatskommissar für Privatwirtschaft und Leiter der Vermögensverkehrsstelle, die bis 1939 rund 26.000 jüdische Klein- und Mittelbetriebe auflöste oder „arisierter“. 1938–1939 war Raffelsberger kommissarischer Leiter der Wiener Handelskammer, Ende 1939 wurde er NSDAP-Gauwirtschaftsberater von Wien sowie Staatskommissar für die Regelung der Personalangelegenheiten in der Privatwirtschaft und in den gewerblichen Organisationen der Wirtschaft. Am 20. April 1941 wurde er zum SS-Oberführer ernannt und war u.a. bis September 1944 stellvertretender Leiter des Produktionsamtes für Verbrauchsgüter im Ministerium von Albert Speer. Nach Kriegsende tauchte er unter und war später in Südtirol als Generalvertreter für die Jenbacher Motorenwerke tätig.



1940 bis 1942: Dr. Hans Fischböck (Minister a. D.)

Hans Fischböck (* 24. Januar 1895 in Geras im Bezirk Horn; † 3. Juni 1967 in Wehrda bei Marburg an der Lahn) promovierte nach der Rückkehr aus dem Militärdienst 1919 in Rechtswissenschaften. Er bekleidete führende Positionen bei der Österreichischen Verkehrsbank und der Österreichischen Realitäten-Aktiengesellschaft (ÖRAG). 1930 trat er dem Deutschen Herrenklub (DHK) bei. Fischböck wurde am 18. Februar 1938 zum Mandatar des Staatsrates berufen, der für die Wirtschaftskontakte zum Deutschen Reich zuständig war. Im März 1938 wurde er auf Initiative von Hermann Göring zum Minister für Handel und Verkehr eingesetzt, kurz darauf zum Minister für Wirtschaft und Arbeit und zusätzlich zum Minister für Finanzen ernannt. Im April 1938 wurde er zum Reichstagsabgeordneten für Österreich ernannt und hatte von 1939–1945 ein Mandat im Stadtrat von Wien inne. Ab Mai 1939 war er u.a. Vorstandsvorsitzender der Creditanstalt-Bankverein Wien. Ende 1939 wurde er kommissarischer Leiter der Wirtschaftskammer Wien und mit Anfang 1940 Präsident der Industrie- und Handelskammer in Wien (bis Ende Jänner 1942). Fischböck trat 1940 in die NSDAP und in die SS ein. Zunächst Generalkommissar für Finanzen und Wirtschaft in den Niederlanden, wurde er im August 1944 zum Stellvertreter des Generalbevollmächtigten für die Rüstungsaufgaben ernannt. Nach dem Zweiten Weltkrieg lebte Fischböck unter falschem Namen in München und flüchtete nach Argentinien. Später lebte er als argentinischer Staatsbürger unter seinem richtigen Namen in Deutschland und wurde Berater eines Stahlkonzerns.



1942 bis Kriegsende 1945: Dr. h.c. Philipp v. Schoeller

Philipp von Schoeller (* 4. Jänner 1892 Czakowitz (Böhmen), † 8. Juni 1977 Salzburg) entstammte einer böhmischen Industriellenfamilie und arbeitete nach dem Ersten Weltkrieg als Gesellschafter und Leiter im Bankhaus Schoeller & Co. und war Präsident der Schoeller-Bleckmann Stahlwerke AG. Schoeller war Mitglied der Vaterländischen Front und ab dem 1. Mai 1938 Mitglied der NSDAP. Er war im Beirat des Gauwirtschaftsamtes und ab 1939 Wehrwirtschaftsführer sowie vom 11. Mai 1939 bis zum 16. März 1945 Rats Herr in Wien. Anfang Februar 1942 wurde er Präsident der Industrie- und Handelskammer in Wien sowie Leiter der Wirtschaftskammer Wien. Beide Kammern wurden 1943 in der Gauwirtschaftskammer Wien vereinigt, deren Präsident Schoeller bis April 1945 war. Nach 1945 stand sein Name auf der 2. Kriegsverbrecherliste, er war fast zwei Jahre in Untersuchungshaft. Das Volksgericht Wien verurteilte ihn am 15. März 1948 zu zwei Jahren schweren Kerker und Vermögensverfall.



April 1945 bis 31. Mai 1946: Dr. h.c. Eduard Heigl (Leiter aller österr. Handelskammern)

Eduard Heigl (* 9. April 1880 in Wien; † 10. April 1957 in Wien) war Mitarbeiter im städtischen Dienst und später im Landesdienst und wurde 1904 mit der politischen Organisation der Christlichsozialen Partei betraut. Ab 1918 war er Direktor des Gewerbeförderungsinstituts der Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie in Wien. Heigl war Mitglied der Konstituierenden Nationalversammlung 1919 bis 1920 sowie von 1919-1933 Direktor des Gewerbeförderungsinstitutes der Handelskammer. Von 1920 bis 1934 war er christlich-sozialer Abgeordneter zum Nationalrat sowie von 1920 bis 1921 Bundesminister für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten und von 1930 bis 1932 Bundesminister für Handel und Verkehr. Die nationalsozialistische Herrschaft entfernte ihn 1938 aus seinen wirtschaftlichen Positionen, 1944/45 war er einige Tage in Gestapo-Haft. Nach dem Krieg war er vom 27.4. bis 20.12.1945 Staatssekretär für Industrie, Gewerbe, Handel und Verkehr und 1946 bis 1948 Bundesminister für Handel und Wiederaufbau. Bis 1. Juni 1946 war Heigl Leiter aller österreichischen Handelskammern. 1948 wurde er Präsident der Creditanstalt-Bankverein. Er war Ehrenpräsident des Österreichischen Exportförderungsinstituts und Finanzreferent der ÖVP.



1. Juni 1946 bis 1960: Dr. Martin Kink

Martin Kink war bereits vom 2. Februar 1938 bis zum März 1938 Präsident der Wiener Handelskammer und wurde am 1. Juni 1946 mit der Führung der Amtsgeschäfte der Wiener Handelskammer betraut. Diese Funktion hatte er bis 3. Dezember 1946 inne. Mit Juni 1946 wurde neuerlich zum Präsidenten der Wiener Handelskammer gewählt. Er erwarb sich Verdienste um den Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg. So fand unter ihm 1950 eine Spendenaktion der Wiener Handelskammer für den Wiederaufbau des Stephansdoms statt. Er reformierte das Ausbildungswesen, gründete die Hotelfachschule und ließ 1952-1954 das Gewerbehaus errichten. 1950 wurde er mit der Goldenen Medaille der Kammer der gewerblichen Wirtschaft ausgezeichnet. Unter Kink wurde 1952 bis 1954 das Gewerbehaus errichtet. 1959 wurde von ihm der später unter dem Namen bekannte „Dr.-Martin-Kink-Stipendienfonds“ zur Förderung des notwendigen inländischen Nachwuchses gegründet. Am 5. Oktober 1960 wurde an der Stelle des abgetragenen Rothschildspitals der Grundstein für das neue Wirtschaftsförderungsinstitut gelegt.



22. November 1960 bis 14. Februar 1964: Ing. Rudolf Sallinger

Rudolf Sallinger (* 3. September 1916 in Lasseo/Niederösterreich; † 7. März 1992 in Wien) absolvierte als Werkstudent die Technische Lehranstalt und besuchte als außerordentlicher Hörer die Fachabteilung Architektur der Technischen Hochschule Wien. Ab 1943 führte er den Steinmetzbetrieb seiner Frau mit etwa 50 Mitarbeitern in Wien Margareten. 1945 wurde er Funktionär in der Innung der Steinmetze, 1953 Obmann der Sektion Gewerbe der Wiener Handelskammer und Kurator des Wirtschaftsförderungsinstituts (WIFI). Am 22. November 1960 wurde Sallinger zum Präsidenten der Wiener Handelskammer gewählt, am 14. Februar 1964 wurde er Präsident der Bundeswirtschaftskammer. Diese Funktion hatte er bis Dezember 1990 inne. Unter seiner Präsidentschaft wurde das WIFI Wien erbaut und 1963 eröffnet. Er war Präsident des Österreichischen Nationalkomitees der Internationalen Handelskammer und Präsident des Instituts für Wirtschaftsforschung. Unter ihm wurde das Netz der Auslandsvertretungen der österreichischen Wirtschaft weltweit aufgebaut. Sallinger war von 1966 bis 1989 Obmann des Österreichischen Wirtschaftsbundes und 1966 bis 1990 Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP), stellvertretender Bundesparteiobmann der ÖVP sowie Mitglied in einigen Aufsichtsräten. Mit dem Gewerkschaftsbund-Präsidenten Anton Benya vertiefte und festigte Sallinger das System der Österreichischen Sozialpartnerschaft. Er erhielt zahlreiche hohe Auszeichnungen. Der nach ihm benannte Rudolf-Sallinger-Fonds vergibt jährlich den Rudolf-Sallinger-Preis.



11. März 1964 bis 1970: Karl Lakowitsch (Landeshauptmann Stv. a.D.)

Karl Lakowitsch (* 5. Februar 1897 in Wien; † 2. Februar 1975 in Wien) studierte ein Jahr Chemie an der Technischen Hochschule Wien, legte 1929 die Meisterprüfung als Orthopädischer Schuhmacher ab und übernahm den elterlichen Betrieb. Er leitete von 1934 und 1938 die Wiener Schuhmachereinung und gründete 1934 die Produktivgenossenschaft der Schuhmacher Wiens. 1938 war er aus politischen Gründen in Haft. Lakowitsch war als ÖVP-Politiker lange Jahre tätig (u.a. Abgeordneter zum Nationalrat und Mitglied des Bundesrates). Von 1953 bis 1964 war er Amtsführender Stadtrat für Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten sowie von 1954 bis 1964 Abgeordneter zum Wiener Landtag und Mitglied des Wiener Gemeinderates. Am 15. Dezember 1959 wurde er zum Landeshauptmann-Stellvertreter Wiens gewählt (bis 24. April 1964). Am 11. März 1964 wurde Lakowitsch zum Präsidenten der Wiener Handelskammer gewählt und am 11. November 1965 für die Funktionsperiode bis 11. November 1970 wiedergewählt. Lakowitsch war Kurator des Wirtschaftsförderungsinstitutes der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft. Er übte wichtige Funktionen im gewerblichen Genossenschaftswesen als Vorstandsobmann und Präsident des Verbandsausschusses des Österreichischen Genossenschaftsverbandes (ÖGV) sowie als Vorstand und Präsident des Aufsichtsrates der Österreichischen Zentralgenossenschaft (ÖVAG) aus.



1970 bis 1975: Otto Mitterer (Minister a.D., Abg. z. NR)

Otto Mitterer (* 22. Oktober 1911 in Wien; † 7. Jänner 1994 in Kitzbühel) trat 1930 in den väterlichen Uhrengroßhandel ein und übernahm später dessen Leitung. Nach dem Zweiten Weltkrieg engagierte er sich in Standesorganisationen wie der Wiener Kammer für Handel und Gewerbe und in Wirtschaftsgremien der Österreichischen Volkspartei. Er war 1952 bis 1953 und 1956 bis 1975 Abgeordneter zum Nationalrat, 1954 bis 1956 Mitglied des Bundesrats und ab 1956 Obmann der Sektion Handel in der Wiener Handelskammer. Mitterer war von 1970 bis 1975 Präsident der Handelskammer Wien. Von 1968 bis 1970 war er Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie in der Regierung Klaus. Mitterer gehörte zu den Befürwortern der Sozialpartnerschaft und der Integration Österreichs in die Europäische Gemeinschaft und zu den Vorkämpfern für eine Reform der Umsatzsteuer. Er galt als Fachmann für Wirtschaftspolitik und Außenhandelsfragen.



1975 bis 29. Februar 1992: Ing. Karl Dittrich (Abg. z. NR)

Karl Dittrich (* 18. Jänner 1928 in Kufstein; † 30. November 1995 in Tübingen) machte sich als Bauingenieur 1952 mit einem Isolierbetrieb in Währing selbstständig, beschäftigte sich bereits 1958 mit standespolitischen Fragen der Innung. Er wurde 1960 zum Innungsmeisterstellvertreter des Bauhilfsgewerbes und 1969 zum Innungsmeister gewählt. Er war zwischen 1965 und 1970 Kammererrat und von 1970 bis 1975 Vizepräsident der Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Wien. 1975 wurde Dittrich Präsident der Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Wien. Er vertrat die ÖVP zwischen dem 17. Oktober 1975 und dem 7. November 1978 im Bundesrat. Danach war er vom 7. November 1978 bis zum 30. April 1992 Abgeordneter zum Nationalrat. Von 1990 bis 1993 war er stellvertretender Vorstand des Aufsichtsrats der Bank Austria. Die von Dittrich vertretene enge Zusammenarbeit zwischen der von ihm vertretenen Wiener Wirtschaft und der Kommunalverwaltung unter Vizebürgermeister Hans Mayr (Ressort Wirtschaft und Finanzen) macht ihn zum Vorkämpfer der Sozialpartnerschaft. Sie sicherte ihm die Anerkennung aller politischen Lager und führte zur Realisierung zahlreicher Projekte (z.B. Wiener Wirtschaftsförderungsfonds, Förderungsaktionen der großen Einkaufsstraßen, Auslandsaktivitäten).



9. April 1992 bis 30. November 2004: Prof. Senator h.c. Walter Nettig

Walter Nettig (* 7. Juni 1935 in Wien; † 29. September 2020) machte eine Ausbildung als Fotokaufmann und wanderte als 19-Jähriger nach Australien aus, wo er als Erntehelfer auf den Zuckerrohrfeldern und als Verkäufer arbeitete. In den USA absolvierte Nettig danach ein zweijähriges Handelsstudium. Zurück in Österreich, eröffnete er 1958 ein Fotogeschäft in Traiskirchen, drei Jahre später die erste Filiale in Wien. 1977 entstand mit der Fotoring Austria GmbH die größte Einkaufsvereinigung Österreichs in der Fotobranche. Von 1970 bis 1990 wuchs das Filialnetz der Firma Foto Nettig auf 27 Niederlassungen in Wien und Graz an. Anfang der 1990er Jahre verkaufte Nettig die Mehrheit der Anteile an seiner Firma. In der Wirtschaftskammer war er ab 1970 aktiv. Ab 1972 Vorsteher-Stellvertreter des Landesgremiums Wien des Fotohandels, avancierte er 1982 an die Spitze des Gremiums. Fünf Jahre später wurde Nettig Obmann der Sektion Handel der Wiener Wirtschaftskammer. 1992 wurde er Präsident der Wirtschaftskammer Wien. Unter seiner Ägide wurden viele Initiativen für die Wiener Wirtschaft gesetzt, etwa die Schaffung der Plattform Wien-Products, einer gemeinsame Vermarktungslinie für hochwertige Wiener Produkte. Nettig war bis Ende 2004 Präsident der Wiener Wirtschaftskammer. Weiters war er Präsident des Fußballvereins First Vienna FC 1894, Präsident der Wiener Sängerknaben, sowie Präsident des Fonds der Wiener Kaufmannschaft. Als ÖVP-Politiker wurde Walter Nettig 1987 Gemeinderat in Wien. 1989 folgte er Dr. Erhard Busek als Stadtrat in der Landesregierung und im Stadtse-nat nach. 1991 kehrte Nettig als Abgeordneter in das Stadtparlament zurück, dem er bis 1996 angehörte. Bis zu seinem Lebensende war er auf Initiative von Bürgermeister Dr. Michael Häupl Sonderbeauftragter für Außenwirtschafts-fragen mit Sitz in der Wiener Stadtregierung, allerdings ohne Stimmrecht.



1. Dezember 2004 bis 5. Juni 2014: Brigitte Jank

Brigitte Jank (* 19. September 1951 in Wien) schloss die Handelsakademie der Wiener Kaufmannschaft mit der Matura ab. Danach startete sie in der Immobilienbranche als Unternehmerin und Immobilientreuhänderin. 1998 wurde sie als allgemein beeedete und zertifizierte Sachverständige für das Immobilienwesen vereidigt. Von 16. Mai 2000 bis 25. November 2004 war sie Fachgruppenobfrau der Fachgruppe Immobilien- und Vermögenstreuhänder der Wirtschaftskammer Wien, von März 2003 bis November 2004 war sie Vize-präsidentin der Wirtschaftskammer Wien, deren Präsidentin sie von 1. Dezember 2004 bis 5. Juni 2014 war. Von 2013 bis 2017 war sie Abgeordnete zum Nationalrat. Jank wurde am 1.12.2006 Mitglied des Landespartei Vorstandes der ÖVP Wien. Sie war stellvertretende Präsidentin des Fußballklubs FK Austria Wien, Vizepräsidentin des internationalen Immobilienverbandes FIABCI, Lektorin an der Fachhochschule Wien (FH-Studiengang Immobilienwirtschaft), Vorsitzende des Universitätsrats der Modul University. Von Mai 2012 bis Oktober 2023 war Brigitte Jank Präsidentin des Österreichischen Behindertensportverbandes. Sie war auch Vorsitzende des Universitätsrats der Universität für angewandte Kunst und ist deren Ehrensatorin. In ihre Zeit als Präsidentin der Wirtschaftskammer Wien fallen u.a. der Ausbau der sozialen Absicherung der Unternehmer, die verstärkte Ausrichtung nach Zentral- und Osteuropa und die Unterstützung der Wiener UnternehmerInnen im Rahmen der Bewältigung der Weltwirtschaftskrise von 2008/2009.



Seit 5. Juni 2014: DI Walter Ruck

Walter Ruck (* 6. August 1963 in Wien) legte nach dem Studium des Bauingenieurwesens an der Technischen Universität Wien, das er 1987 mit dem Diplom abschloss, 1989 die Baumeisterprüfung ab. 1991 übernahm er die Geschäftsführung der 1977 von seinem Vater gegründeten Baufirma. Seit 2004 leitet er das Unternehmen, das sich auf die Restaurierung denkmalgeschützter Fassaden spezialisiert hat, alleinverantwortlich. Ruck fungiert seit 2000 als gerichtlich beeideter Sachverständiger und wirkte von 2009 bis 2015 als Vorstandsmitglied des Österreichischen Normungsinstituts (Austrian Standards), davon 2011 bis 2015 als Vizepräsident. Ruck übernahm von 2005 bis 2011 die Funktion des Innungsmeisters der Landesinnung Bau Wien. Von 2010 bis 2014 war er Obmann der Sparte Gewerbe und Handwerk in der Wirtschaftskammer Wien. Im Juni 2014 wurde Walter Ruck zum Präsidenten der Wiener Wirtschaftskammer gewählt. Seit 2015 gehört er dem Finanzausschuss der Wirtschaftskammer Österreich an. Unter seiner Präsidentschaft wurde 2019 die bis zu diesem Zeitpunkt auf zehn Standorte verteilte Wiener Kammerorganisation an einem neuen Standort in Wien-Leopoldstadt, zusammengeführt – dem Haus der Wiener Wirtschaft. Mit dem Umzug an den Praterstern erhielt die WK Wien auch eine neue, moderne Arbeits- und Organisationsstruktur. 2023 folgte der umfassende Umbau und die Modernisierung des Bildungscampus der WK Wien am Währinger Gürtel. Ruck gehört dem Präsidium der Wirtschaftsentwicklungsagentur Wien (ehemals Wiener Wirtschaftsförderungsfonds) an.

Die Direktoren der Wirtschaftskammer Wien seit der Konstituierung 1849

J. C. Rad (30.1.1849 bis 27.4.1849)
Dr. Wilhelm Schwarz (27.4.1849 bis 1.11.1850)
Leopold Brodhuber (1.6.1851 bis 1.12.1851)
Karl Eduard Bauernschmid (4.12.1851 bis 6.3.1852)
Dr. Karl Holdaus (1.5.1852 bis 31.12.1879)
Dr. Johann Zapf (1.1.1880 bis 31.1.1894)
Dr. Rudolf Maresch (1.2.1894 bis 30.6.1907)
Richard Riedl (1.7.1907 bis 31.1.1909)
Hofrat Dr. Max von Tayenthal (4.2.1909 bis 15.3.1921)
Dr. Erich Pistor (21.3.1921 bis 21.2.1924)
Dr. Karl Götzingler (21.2.1924 bis 15.12.1932)
Dr. Viktor Fischmeister (15.12.1932 bis März 1938)
Dr. Karl Klofetz (März 1938 bis 1.12.1939)
Dr. Hans Schmidt (Hauptgeschäftsführer 1.8.1938 bis Ende April 1945)
Dr. Wilhelm Becker (1.5.1945 bis 31.12.1945)
DDr. Anton Widmann (1.1.1946 bis 31.12.1946)
Dr. Theodor Lissy (1.1.1947 bis 30.11.1948)
Dr. Franz Korinek (1.12.1948 bis 5.4.1950)
Dr. Franz Zöllner (5.4.1950 bis 1.7.1972)
DDr. Karl Kehrer (1.7.1972 bis 1.10.1979)
Dr. Heinrich Kainz (1.10.1979 bis 30.11.1994)
Senator h.c. Prof. Dr. Günther Schön (1.12.1994 bis 31.12.2008)
Mag. Heinz Wollinger (1.1.2009 bis 30.6.2016)
Mag. Meinhard Eckl (seit 1.7.2016)



WKO WIEN
WIRTSCHAFTSKAMMER WIEN

HAUS DER
WIENER
WIRTSCHAFT

ISS

waff

Campus Leopoldsdorf

Für die
Stadt Wien





KAPITEL 10

Schlüsselergebnisse
aus der Geschichte der
Wirtschaftskammer
Wien

15. Dezember 1848

Das Ministerium für Handel und Gewerbe erlässt die „Provisorischen Bestimmungen in betreff der Errichtung von Handelskammern“. Der Weg ist frei, um in allen größeren Gemeinden der Monarchie derartige Kammern zu bilden.

20. Jänner 1849

In ihrer zweiten Sitzung, noch im Ratssaal des Wiener Magistrats, wählt die Kammer die vom ehemaligen Bürgermeister Czapka bewohnten Räume in der Feuerwehrkaserne am Hof als Geschäftslokal.

1859

Übersiedlung in das Montenuovo-Palais in der Strauchgasse 1.

29. Juni 1868

Das bei der Gründung gewährte und nach einem Jahr aufgehobene Recht der Kammer auf die Begutachtung von Gesetzen und Verordnungen wird durch das neue Gesetz „betreffend die Organisation der Handel- und Gewerbekammer“ wiederhergestellt.

7. November 1877

Die Kammer übersiedelt. Neue Adresse: Das Börse-Gebäude am Schottenring.

28. Juli 1905

Grundsteinlegung für das Kammergebäude am Stubenring.

15. Jänner 1849

Konstitution der ersten Handelskammer Österreichs in Wien. Der offizielle Titel lautet zwar „Handelskammer für das Erzherzogtum Österreich unter der Enns“ wird aber gemeinhin nur als „Wiener Handelskammer“ bezeichnet. Zum ersten Präsidenten wird der Seidenfabrikant und ehemalige Handelsminister Theodor Hornbostel gewählt (1849 bis 1851).

4. Jänner 1851

Die nach dem „provisorischen Gesetz über die Errichtung von Handels- und Gewerbekammern“ vom 18. März 1850 und den Kammerwahlen von 1850 neu konstituierte Wiener Handels- und Gewerbekammer tritt erstmals zusammen.

11. Mai 1868

Neuerliche Übersiedlung, diesmal in das von Heinrich Ferstel gebaute Bankgebäude in der Herrengasse 14.

2. April 1873

Die Kammer erwirbt durch die Reichsratswahlordnung den Anspruch auf zwei Sitze im Reichsrat.

15. Mai 1902

Grundsatzbeschluss zur Errichtung eines eigenen Kammergebäudes.

7. bis 12. Februar 1907

Übersiedlung in das neue und zugleich erstes eigene Kammergebäude am Stubenring 8-10.

25. Februar 1920

Mit dem „Gesetz über Kammern für Handel, Gewerbe und Industrie“ wird eine Demokratisierung des Wahlrechts und eine Gliederung der Kammer in mindesten drei Sektionen (Handel, Gewerbe, Industrie) vorgenommen.

3. Dezember 1946

Konstituierung der Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Wien. Dr. Martin Kink wird zum ersten Präsidenten bestellt.

7. Dezember 1950

Das Haus der Kaufmannschaft auf dem Schwarzenbergplatz wird wieder in Besitz genommen. Errichtet worden war es 1902 bis 1903 nach Plänen von Ernst von Gotthilf.

23. Juni 1954

Das neue Gewerbehäus in der Salesianergasse – heute Hotel Hoxton – Rudolf Sallinger-Platz – wird eingeweiht.

5. Oktober 1960

Am ehemaligen Standort des Rothschildspitals am Währinger Gürtel wird der Grundstein für das neue Wirtschaftsförderungsinstitut – WIFI Wien – gelegt.

1919

Die Handelskammer übernimmt vom Land Niederösterreich das Gewerbeförderungsinstitut und führt es weiter.

1937

Beschluss eines neuen Handelskammergesetzes und Schaffung der Bundeshandelskammer als Dachorganisation. Diese konnte wegen der Besetzung Österreichs im März 1938 nicht mehr aktiv werden.

6. und 7. Mai 1950

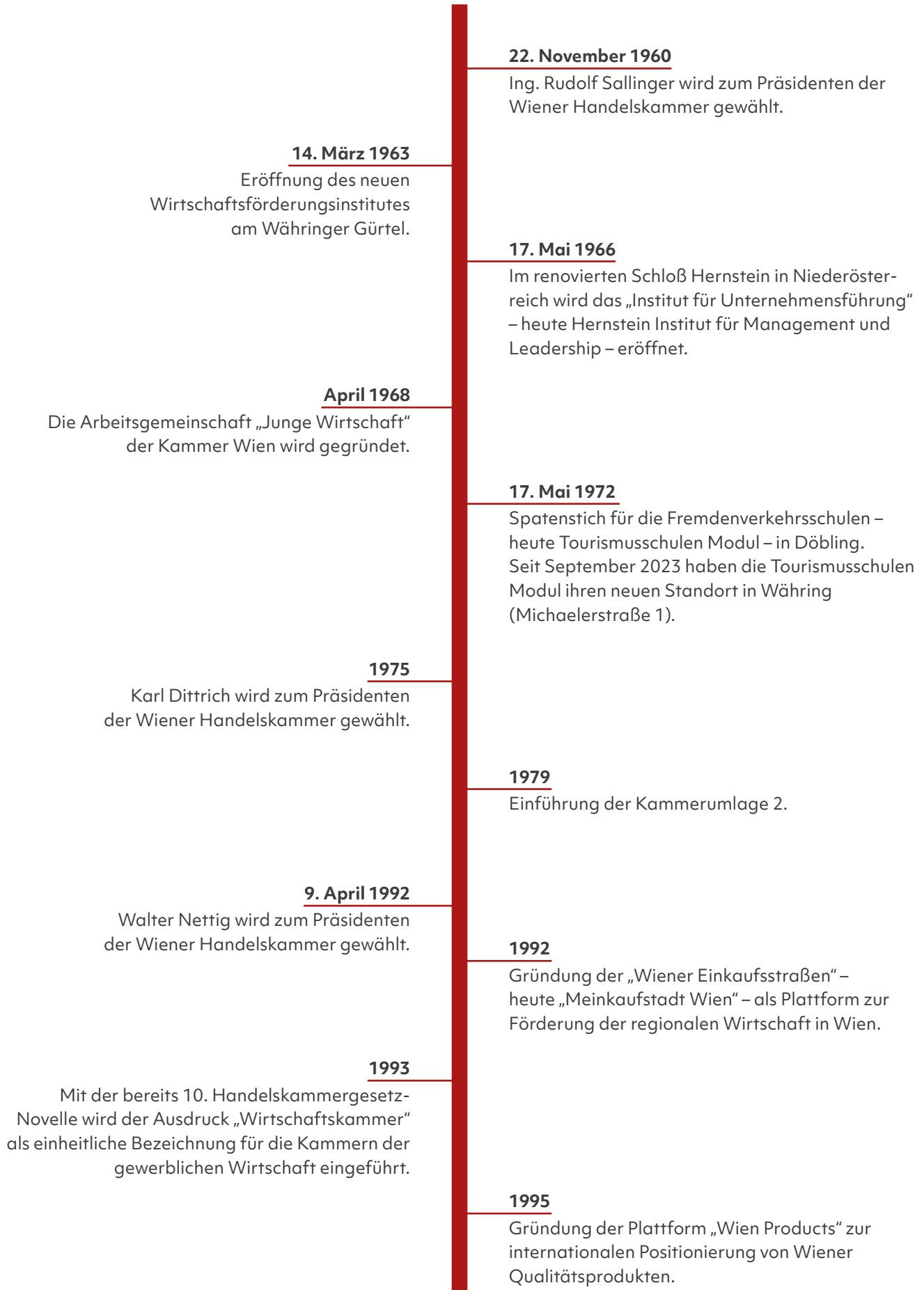
Die ersten Kammerwahlen finden in Wien statt, bisher gab es nur bestellte Funktionäre. Wahlbeteiligung: rund 60 %.

5. November 1951

In der Hotelfachschule der Wiener Kammer – Standort 1030 Wien, Jaurésgasse – beginnt der Unterricht.

11. September 1958

Das Seniorenwohnheim der Wiener Kaufmannschaft – heute Parkresidenz Döbling – öffnet seine Pforten.



1995/96

Eine Mitgliederbefragung über die gesetzliche Mitgliedschaft bringt mit 82 % eine deutliche Mehrheit für die Beibehaltung der Pflichtmitgliedschaft.

1. Jänner 1999

Das „Wirtschaftskammergesetz 1998-WKG“ tritt in Kraft.

1. Jänner 2002

Eine umfangreiche Novelle des Wirtschaftskammergesetzes tritt in Kraft. Die Sektionsordnung wird durch die neue Spartenordnung abgelöst. Die neue Sparte Information und Consulting wird eingerichtet.

1. Dezember 2004

Die bisherige Vizepräsidentin Brigitte Jank wird erste Präsidentin der Wirtschaftskammer Wien.

2006

Einführung der Betriebshilfe in Kooperation mit der Sozialversicherungsanstalt.

2009

Gründung des Forum EPU als Servicecenter für Einpersonen- und Kleinunternehmen.

5. Juni 2014

DI Walter Ruck wird Präsident der Wirtschaftskammer Wien.

April 2017

Mit „WKOimBezirk“ wird eine neue Netzwerk-Einheit eingerichtet, welche die regionale Unterstützung der Unternehmen in den Wiener Bezirken zum Ziel hat.

30. April 2019

Die Wirtschaftskammer Wien eröffnet das „Haus der Wiener Wirtschaft“ beim Praterstern. An der neuen Adresse „Straße der Wiener Wirtschaft 1“ werden alle Dienststellen der WK Wien und die Geschäftsstellen der Fachorganisationen unter einem Dach zusammengeführt.

Quellenverzeichnis

KAPITEL 1: Ein Meilenstein für Österreichs Unternehmen

Internetquellen:

- OESTA, Nachlass Phillip Graf Stadion. Antrag „zur Errichtung einer Hofkommission zur Regelung der Kommerzangelegenheiten“ <https://www.archivinformationssystem.at/detail.aspx?ID=1999184>
- Arisierungskommission der Wiener Photographeninnung: <https://www.lexikon-provenienzforschung.org/arisierungskommission-der-wiener-photographeninnung>
- Dezemberverfassung: <https://hdgoe.at/Dezemberverfassung>
- Mollardhof: <https://www.kfj-fonds.at/>
- Handeslakahademie: [https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Handelsakademie_\(Geb%C3%A4ude\)](https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Handelsakademie_(Geb%C3%A4ude)),
- Karl Freiherr von Bruck: https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Karl_Ludwig_Bruck
- Theodor Friedrich von Hornbostel: https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Theodor_Friedrich_von_Hornbostel
- Handelskammergesetz 1868: <https://alex.onb.ac.at/cgicontent/alex?aid=rgb&datum=1868&page=277&size=45>
- WKO Auslandswarenbüro siehe: Alice Teichova https://wug.akwien.at/WUG_Archiv/1992_18_4/1992_18_4_0539.pdf.
- Gesetzliche Gleichstellung der Arbeiterkammern: https://www.arbeiterkammer.at/ueberuns/akundoebggeschichte/1918-1933_Gruendung_und_erste_Erfolge.html
- Bürgerkrieg 1934: https://www.parlament.gv.at/aktuelles/news/archiv/j2014/2014_02_12_oesterreich_buergerkrieg
- Das Haus der Mode in der NS Zeit: <https://magazin.wienmuseum.at/das-haus-der-mode-in-der-ns-zeit>
- Sozialpartnerschaft: https://www.sozialpartner.at/?page_id=1115,
- Walter Netting/Sozialpartnerschaft: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20200929_OTS0148/buergermeister-michael-ludwig-zum-ableben-von-walter-nettig-trauer-um-einen-grossen-sozialpartner
- Diversity: <https://www.wko.at/wien/netzwerke/definitionen-diversity>
- Preisstabilität durch die Euroeinführung: <https://www.wko.at/oe/oesterreich/2022-01-28-chart-of-the-week.pdf>
- EinkaufsstraßenInitiative aktuell: <https://meinkaufstadt.wien/>

Primärquellen:

- OESTA (Kopie WKO) Ermächtigung des provisorischen Gesetzes vom 18.3.1850 durch Kaiser Franz Josef, ÖSTA 900/1850.
- RGBL 122/ 26. März 1850
- RGBL 85/1868
- BGBL 201/ 30. Juni 1937
- BGBL 182/56 vom 10.10.1946
- BGBL. 223/1947

RGBL 1938/162/571 vom 15.11.1938. Kundmachung zum Gesetz zur Vorbereitung des organischen Aufbaues der deutschen Wirtschaft.

OESTA 2/1848, Graf Montecuculli, Antrag auf Gründung eines Handelskammergesetzes an den Kaiser, 19. April 1848.

(WKO Kopie) Circulare der k.k. Landesregierung im Erherzogtum Österreich. „Erlass des Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Bauten vom 15. Dezember 1848“ zur Errichtung der Handelskammern“ (1848).

(WKO)Kundmachung vom 15. Jänner 1849 über die Errichtung der Handelskammern.

ÖNB ANNO, Wiener Zeitung vom 3. März 1850.

ÖNB ANNO, Wiener Zeitung, 21. Mai 1850.

ÖNB ANNO, Wiener Zeitung, 17. Februar 1850.

Bericht über die erste allgemeine österreichische Gewerbsprodukten- Ausstellung 1835. Gerold, Wien 1835.

Sekundärliteratur:

Franz Geißler, Von der österreichischen Handelskammer zur Handelskammer für Wien.

In: Wirtschaftspolitische Blätter 1/1974. 9-11

Franz Geißler, Historische Wurzeln der Bundeswirtschaftskammer. In: Wirtschaftspolitische Blätter 6/1976. 46-53.

Franz Geißler, Österreichs Handelskammerorganisation in der Zwischenkriegszeit. Eine Idee auf dem Prüfstand. Österreichischer Wirtschaftsverlag, Wien 1977.

Felix Geißler, Österreichs Handelskammerorganisation in der Zwischenkriegszeit. Die große Wende. Österreichischer Wirtschaftsverlag. Wien 1980.

Bundeskammer und Wiener Kammer der gewerblichen Wirtschaft, Festschrift zur Zentarfeier der ersten österreichischen Handelskammer in Wien. Wien 1948.

Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie in Wien. Das Kammergesetz und die Wahlordnungen der österreichischen Kammern für Handel, Gewerbe und Industrie. Eigenverlag, Wien 1920.

„Activities of Trade Unions and Statement of Labour Policy. In: Alliierte Kommission in Österreich (Hg), Gazette of the Allied Commission for Austria. Fortlaufende Reihe, Wien 1945-1955.

Denkschrift der Wiener Handelskammer (Hg). Ein Jahr Wiederaufbau 1945-1946. Wien 1945.

Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft (Hg), 15 Jahre Auslandsorganisation der Bundeskammer 1946-1961. Eigenverlag, Wien 1961.

Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft (Hg), Kammernachrichten. 40 Jahre Bundeswirtschaftskammer 1946-1986. Eigenverlag, Wien 1986.

Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft (Hg), 40 Jahre Außenhandelsförderung 1946-1986. Eigenverlag, Wien 1986.

Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft (Hg), Wiederaufbau in der österreichischen Wirtschaft. Die Hauptreferate 1. und 2. März 1946. Eigenverlag, Wien 1946.

Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, Die Kaiser-Franz Josef Stiftung für Volkswohnungen und Wohlfahrtseinrichtungen. Wien 1911.

Werner Kretschmer, Die Handels- und Gewerbekammern in Cisleithanien. Organisation, Wahlrecht und Tätigkeit der wirtschaftlichen Interessenvertretung in der Zeit von 1848 bis 1918. Univ. Diss. Graz 1991.

Werner Kretschmer, Geschichte der parlamentarischen Vertretung in Gestalt der Handels- und Gewerbekammern in Österreich. Univ. Dipl., Graz 1989.

WKO (mehrbändig) Sitzungsberichte der Handels- und Gewerbekammer für das Erzherzogtum unter der Enns in Wien 1865-1938.

Kammer für Gewerbe und Industrie (Hg), Betriebsordnung der Gauwirtschaftskammer in Wien. Eigenverlag Wien 1944.

Kammer für Gewerbe und Industrie (Hg), Zechmeister Franz, Betriebszeitung der Handelskammer Wien, 1938-1939.

Heinz Abel, Die Industrie- und Handelskammern im NS Staat. Univ. Diss., Breslau 1940.

Barbara Stiglmayer, 50 Jahre WIFI Österreich. Wien 1996.

- Wirtschaftskammer Wien (Hg) 25 Jahre Junge Wirtschaft Wien. Wien 1994.
- Gesellschaft für Wirtschaftsdokumentationen (Hg). Herbert Pribyl, Die Wiener Handelskammer.
In: Wiener Wirtschaftschronik Wien 1989. 238-242.
- Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, Festschrift zur Eröffnung des Gewerbehauses am 2. 12. 1934.
Wien Eigenverlag 1934.
- WKO Wiener Gewerbetreibendenverband (Hg). Bericht über die Tätigkeit vom 1. November 1933 bis
31. Oktober 1934. Eigenverlag Wien 1934.
- WKW Bericht der Wiener Handelskammer an das k. k. Ministerium für Handel, Gewerbe, öffentliche Bauten
über den Zustand des Handels und der Industrie 1849-1850. Wien 1850.
- Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft (Hg) Wirtschaftspolitische Blätter 3/1970. Vorwort.
Die österreichische Handelskammerorganisation gestern, heute und morgen. 115-123.
- Hans Seidel, Von Kriegsende bis zum Staatsvertrag. Eine wirtschaftshistorische Betrachtung.
WIFO Studie zu „Wirtschaft und Wirtschaftspolitik“, Wien 2005.
- Herbert Reiger, 30 Jahre Bundeswirtschaftskammer. In: Wirtschaftspolitische Blätter 6 /1976. 15.
- Elfriede Gaál-Cahak, Das Familienbüchlein der Amalie Hornbostel. Ein Beitrag zur Geschichte einer Wiener
Fabrikantenfamilie. In: Wiener Geschichtsblätter 56/2001. 30-52.
- Gunda Barth-Scalami, Margret Friedrich, Frauen auf der Wiener Weltausstellung von 1873.
In: Brigitte Mazohl-Wallnig (Hg), Bürgerliche Frauenkultur im 19. Jahrhundert. In: L´Homme Schriften.
Reihe zur feministischen Geschichtswissenschaft. Band 2. Böhlau 1990. 175-232.
- Margret Friedrich, Zur Tätigkeit und Bedeutung bürgerlicher Frauenvereine im 19. Jahrhundert in Peripherie und
Zentrum. In: Brigitte Mazohl-Wallnig (Hg), Bürgerliche Frauenkultur im 19. Jahrhundert. In: L´Homme
Schriften. Reihe zur feministischen Geschichtswissenschaft. Band 2. Böhlau 1990. 125-173.
- Das Haus der Mode in der NS Zeit. Wien als Reichsmodestadt. In: Siegfried Mattl, Gottfried Pirhofer, Franz J.
Gangelmayer, Wien in der nationalsozialistischen Ordnung des Raumes, Wien 2018. 83-94.

KAPITEL 2: Von der Dampfmaschine zur Künstlichen Intelligenz

- Stadtchronik Wien, Christian Brandstätter Verlag, 1986
- Michael John und Albert Lichtblau, Schmelztigel Wien – Einst und Jetzt, Böhlau Verlag, 1990
- Wien Museum, www.wienmuseum.at
- www.geschichtewiki.wien.gv.at
- Österreichisches Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum, www.wirtschaftsmuseum.at sowie die Publikation
„100 Jahre leben und wohnen in Wien – von der Großmutter zum Enkel“
- Bundesministerium Arbeit und Wirtschaft: 175 Jahre Wirtschaftsministerium 1848-2023
- Diverse Publikationen und Studien der Wirtschaftskammer Wien
- www.orf.at/ots.at

KAPITEL 3: Vom Acker zum Müllberg und wieder zurück

- BMK, (2023), Die Bestandsaufnahme der Abfallwirtschaft in Österreich,
Statusbericht 2023 für das Referenzjahr 2021
- BMK (2022), Kreislaufwirtschafts-Strategie,
https://www.bmk.gv.at/themen/klima_umwelt/abfall/Kreislaufwirtschaft/strategie.html , abgerufen 3/24
- Friedrich Hauer, (2010), Die Verzehrungssteuer 1829 – 1913 als Grundlage einer umwelthistorischen
Untersuchung des Metabolismus der Stadt Wien, Institute of Social Ecology, IFF – Faculty for Interdisciplinary
Studies (Klagenfurt, Graz, Vienna)
- WKO Industrie (2022), Die Textilindustrie auf einen Blick:
<https://www.wko.at/ooe/industrie/textil-bekleidung-schuh-leder/factsheet-textilindustrie> , abgerufen 3/24

RIS (2024): Staatsgrundgesetz vom 21. December 1867, über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder., <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10000006>, abgerufen 3/24

Industriellenvereinigung (2024), Die Geschichte der Industrie, <https://www.dieindustrie.at/wirtschaft-finanzen/die-geschichte-der-industrie/>, abgerufen 3/24

Umweltberatung (2024), Der ultimative Guide zu Mehrweg, <https://www.umweltberatung.at/themen-abfall-mehrweg>, abgerufen 3/24

Graumann (2017): Ringspinnmaschinen: <https://graumann.at/sandgruber/>, abgerufen 3/24

Oberösterreichischer Energiesparverband (2022), LED. Ihr Zuhause im neuen Licht, www.energiesparverband.at, abgerufen 3/24

Internetquellen:

https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Wien_Geschichte_Wiki, abgerufen 3/24

<https://positionen.wienenergie.at/projekte/waerme-kalte/wiener-modell/>, abgerufen 3/24

Waschküchen <https://www.wienerwohnen.at/mieterin/lebenimgemeindebau/Waschkuechen.html>, abgerufen 3/24

KAPITEL 4: Zufluchtsort und Keimstätte des Wissens

Ein Dank ergeht an Christoph Huber und Eugen Maria Schulak für wertvolle Hinweise sowie dem Österreichischen Wissenschaftsfonds (FWF) für die Förderung des Projekts „Adverse Allies: Logical Empiricism and Austrian Economics“ (ESP 206-G).

KAPITEL 5: Anfang und (Schein-)Ende der Sozialpartnerschaft

Peter Neidhart: Historische Analyse ausgewählter österreichischer Interessenvertretungen anhand der Erklärungsansätze von Douglass North und Mancur Olson. Phil.Diss., Wirtschaftsuniversität Wien 2003.

Vergleichende Studie des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung, Köln 2000.

Leibrecht, M. und Rocha-Akis, S. (2014): Sozialpartnerschaft und makroökonomische Performance. Wien: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung; Schneider, F., Haigner, S., Jenewein, S. und Wakolbinger, F. (2013): Sozialpartnerschaft und Wirtschaftswachstum. Innsbruck: Gesellschaft für Angewandte Wirtschaftsforschung mbH.; Filzmaier, P., Perlot, F. und Weingärtler, M. (2013): Funktionen und Wirkungen der Sozialpartnerschaft in Österreich: Analyse der Beispiele Selbstverwaltung und Streiks. Wien: Institut für Strategieanalysen.

<https://www.idealismprevails.at/zukunft-der-sozialpartner-in-oesterreich-ein-erfolgsmodell/>

KAPITEL 9: Die Präsidenten der Wirtschaftskammer Wien seit der Konstituierung 1849

<https://sammlung.wienmuseum.at>

Österreichische Nationalbibliothek: <https://onb.wg.picturemaxx.com>

<https://commons.wikimedia.org>

Reprofotografie: Klaus Prokop, <https://www.klausprokop.eu>

Bildverzeichnis

Florian Wieser – Seiten: 6, 46, 69, 70, 71, 77, 80, 83, 87, 93, 95, 111, 112

Enzo Holey – Seite: 8

Stadt Wien/PID, Fotograf Kuntscher – Seite: 10

WKÖ – Seite: 12

Bildarchiv der Österreichischen Nationalbibliothek –
Seiten: 14, 17, 20, 22, 23, 32, 42, 43, 44, 45, 50, 51, 53,
64, 72, 99, 100, 103, 104, 106, 107, 108, 109

stock.adobe.com – Seiten: 15, 18, 26, 27, 41, 48, 49,
54, 55, 56, 57, 63, 67, 82, 84, 86, 88, 90

WKO Archiv – Seiten: 16, 18, 21, 96, 97, 98, 99, 100,
101, 102, 103, 104, 107

HOPI-MEDIA e.U. Bernhard J. Holzner – Seite: 24

Antonia Weichselbaumer – Seite: 25

Wien Museum – Seiten: 28, 29, 30, 34, 37, 38

Moni Fellner – Seite: 33

Stadt Wien – Seite: 39

WKW/www.fotoweinwurm.at – Seiten: 39, 74

www.studiohuger.at – Seiten: 40, 114

Alexander Linsbichler – Seite: 47

Robert Jäger / APA-Archiv / picturedesk.com –
Seite: 52

Parlamentsdirektion | Ulrike Wieser – Seite: 55

Sebastian Philipp – Seite: 58

ÖGB/Christina Schön – Seite: 59

Manuel Ortlehner – Seite: 60

Harald Klemm – Seite: 61

Unsplash – Seiten: 62, 78, 79

Parlamentsdirektion | Raimund Appel – Seite: 65

BOGENBERGER Photographie Heike Bogenberger –
Seite: 67

Christine Geserick – Seite: 67

ÖVP/Rausch – Seite: 68

C.Stadler/Bwag; CC-BY-SA-4.0 – Seite: 73

AlexanderMüller-www.alexandermüller.at – Seite: 75

Peter Hruska – Seite: 76

Christina Häusler – Seite: 77

commons.wikimedia.org – Seiten: 94, 96, 105

Margret Wenzel-Jelinek – Seite: 109

Pressefoto Votava – Seite: 110

ONEYE – Seite: 110

MMag. Florian Köhler – Seite: 115

Danksagungen

Die Erstellung dieser Jubiläums-Schrift war ein gemeinsames Werk.

Wir bedanken uns im Besonderen bei unseren AutorInnen:

Mag. (FH) Hannes Hippacher, MSc., Mag.^a phil. Barbara Holzheu, Harald Hornacek,
Mag.^a Barbara Kluger-Schieder, Mag. Dr. Alexander Linsbichler, MA,
DDr. Univ.-Prof. Oliver Rathkolb, Univ.-Prof. Dr. Rudolf Taschner

Ebenso gilt unser Dank

Mag.^a phil. Barbara Holzheu und Klaus Prokop
für die Fotorecherche, Beratung, Auswahl und Produktion der Reprofotografie.

Bei folgenden Institutionen bedanken wir uns für die tatkräftige Unterstützung:

Bibliothek/Archiv der Wirtschaftskammer Österreich:

Herbert Fröhler, Karin Peck, Mag. Rita Tezzele

Archiv der Österreichischen Nationalbibliothek

Christoph Huber

Wien Energie

Eugen Maria Schulak

Wien Geschichte WIKI

Wien Museum

Wiener Wohnen

Mitwirkende MitarbeiterInnen der WK Wien:

Thomas Bohuslav, Mag. Ursula Brabec MAS (PR), Mag. Friedrich Gregshammer, Petra Matovic,
Mag. Dr. Helmut Naumann, MMag. DDr. Herbert Pribyl, Denise Stangl BA, Michael Vorauer



Impressum

Herausgeber:
Wirtschaftskammer Wien
Straße der Wiener Wirtschaft 1
1020 Wien

Redaktion:
Harald Hornacek (Redaktionsleitung)
Thomas Bohuslav
Mag. Fritz Gregshammer
Mag. Dr. Helmut Naumann
MMag. DDr. Herbert Pribyl

Historische Beratung und Archivrecherche:
Mag. Barbara Holzheu

Foto-Redaktion/Reprofotografie:
Klaus Prokop

Grafik:
Marketing der Wirtschaftskammer Wien

Druck:
GERIN DRUCK GmbH
2120 Wolkersdorf